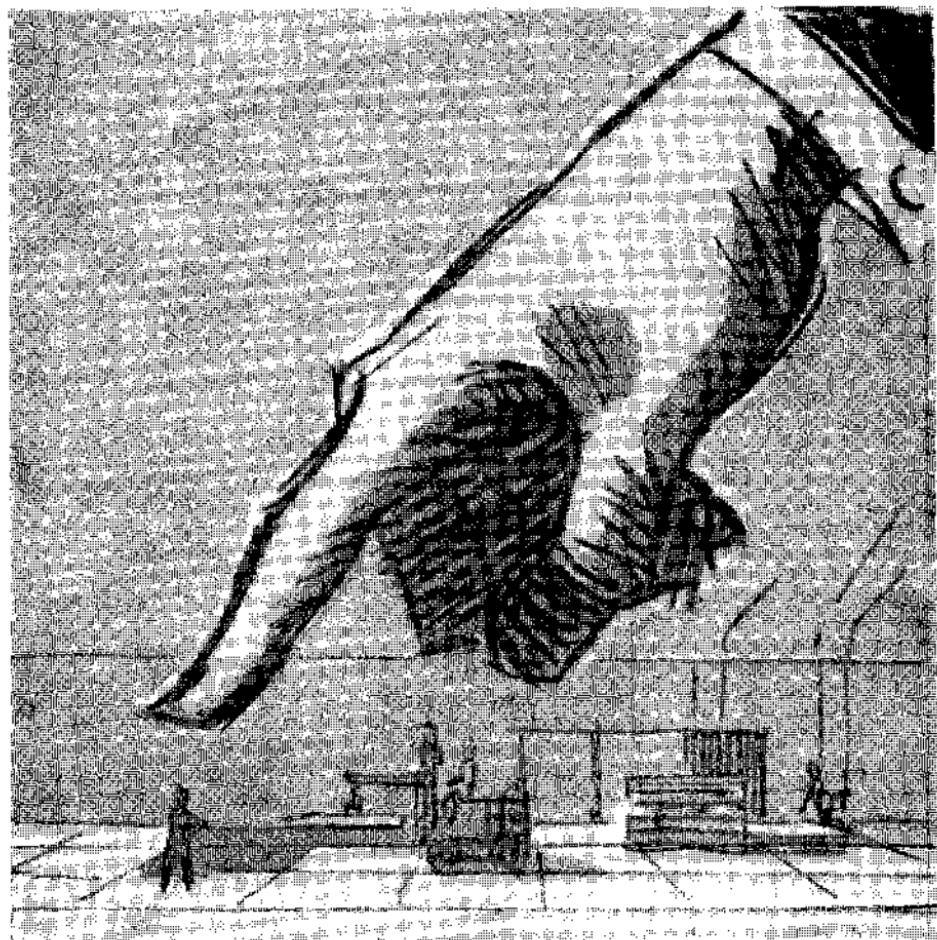


GESAGT – GETAN ...



AUF IHN KOMMT ES AN

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

21. Jahrgang / Heft 11/12

November-Dezember 1966

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Mitteilung des ZK der KPD	2
Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten	3
Die Bundesrepublik und die europäische Sicherheit	10
Der Dialog wird täglich geführt	15
Stabilisierungsgesetze, Arbeitsmarkt und Lohnpolitik	19
Die Zusammenarbeit mit der Intelligenz suchen	24
Beruf und Berufung der Schriftsteller	28
„Schubladengesetze“ – Schleichweg zur Diktatur	31
Die Eskalation der USA in Vietnam	35
Die wachsende internationale Autorität der DDR	39
Dokumentation	
Breite Öffentlichkeit fordert Aufhebung des KPD-Verbots	43
Junge Genossen fragen – Wissen und Tat antwortet:	
Was steckt hinter den „Generalsrevolten“?	48
Aus der internationalen Arbeiterbewegung	
Zu den Vorgängen in China	51
Tatsachen aus der DDR	54

Düsseldorf, den 24. September 1966

Mitteilung

des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Als Antwort auf das sogenannte Stabilisierungsgesetz, das die Regierung im Bundestag eingebracht hat, unterbreitet die Kommunistische Partei Deutschlands der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ihre Vorschläge

„Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes.“*

Die Bundesregierung will durch ihr sogenanntes Stabilisierungsgesetz die finanziellen Rechte der Länder und Gemeinden einschränken, den arbeitenden Volksschichten neue Belastungen auferlegen und die Löhne und Gehälter einfrieren. Stabilisiert werden sollen ausschließlich die Rüstungsausgaben und die Profite des Großkapitals.

Die KPD macht konstruktive Vorschläge, wie der Verfall der Währung aufgehalten, wie Vollbeschäftigung und Kaufkraft gesichert werden können. Sie weist den Weg zu einer dem Wohle des Volkes dienenden stabilen Friedenswirtschaft.

Die Vorschläge der KPD enthalten Grundsätze, Maßnahmen und Wege zu einer demokratischen Wirtschaftspolitik.

Die KPD appelliert an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, an die Bundestagsfraktion und an die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, sich den Gesetzentwürfen der Regierung entgegenzustellen.

Die KPD erklärt, daß eine den Volksinteressen dienende Stabilisierung und eine demokratische Wirtschaftspolitik erreicht werden können, wenn sich die Arbeiter und ihre Organisationen, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Werktätigen gemeinsam für ihre gerechten sozialen Forderungen einsetzen.

*) Der Wortlaut der Vorschläge ist in einer Sonderausgabe „Freies Volk“, September 1966, erschienen.

Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten

Aus dem Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des ZK der SED am 16. September 1966

Wenn wir von europäischer Sicherheit sprechen, so müssen wir davon ausgehen, daß die Quellen der Unsicherheit und der Kriegsgefahr beseitigt werden müssen. Da zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen, ist der Verzicht der beiden deutschen Staaten auf das Verfügungsrrecht über Kernwaffen und ihr Wille zur Abrüstung die wichtigste Frage der europäischen Sicherheit. Die Forderung der Regierung in Bonn auf Mitzuführung über Atomwaffen richtet sich also unmittelbar gegen jede Entspannung und gegen jede Vereinbarung über europäische Sicherheit.

Es ist die Frage gestellt worden, welche Staaten an einer solchen gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz teilnehmen sollen. Selbstverständlich alle europäischen Staaten. Natürlich gehören zur Vorbereitung einer solchen Konferenz Konsultationen zwischen den Regierungen zweier oder mehrerer Staaten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht ihre Aufgabe darin, durch Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen im Sinne unserer Friedensdoktrin unsere Beziehungen zu allen europäischen Staaten zu entwickeln.

Die Bonner Regierung wendet sich gegen eine europäische Sicherheitskonferenz. Unter Berufung auf ihre Alleinvertretungsanmaßung fordert sie den Ausschluß des deutschen Friedensstaates — der Deutschen Demokratischen Republik — von einer solchen Konferenz.

Diese unrealistische, revanchistische Forderung geht von der Behauptung der westdeutschen Propaganda aus: Die Ursache für die Unsicherheit in Europa sei die Existenz zweier deutscher Staaten. Erst müsse den herrschenden Kreisen Westdeutschlands gestattet werden, ihre Herrschaft über die DDR auszudehnen, bevor weitergehende Schritte in Richtung euro-

päische Sicherheit unternommen werden könnten.

Bekanntlich haben die Spannungen in Deutschland, die sich natürlich auch auf Europa auswirken, ihre Ursache nicht im Bestehen zweier deutscher Staaten. Ein einheitliches Deutschland hat bekanntlich zwei Weltkriege ausgelöst. Die Ursachen der Spannungen liegen in der Bonner Revanchepolitik, in der feindlichen Haltung der westdeutschen herrschenden Kreise gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, in ihrer imperialistischen Forderung nach Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik, in der Bonner Ablehnung jeder Verständigung über einen Weg zur deutschen Konföderation.

Das Wesen der deutschen Frage besteht, wie wiederholt nachgewiesen wurde, in der Sicherung des Friedens durch die Überwindung des deutschen Militarismus und der Rüstungswirtschaft. Die friedliche Regelung der deutschen Frage verlangt, die Grundsätze des Potsdamer Abkommens auch in Westdeutschland zu verwirklichen und Sicherheit zu schaffen, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht . . .

Manchmal wird gesagt, man dürfe einer so hochentwickelten Kulturnation wie der deutschen die Wiedervereinigung nicht ewig vorenthalten. Aber niemand anders verhindert doch die deutsche Wiedervereinigung als die westdeutschen Monopolherren, die Revanchisten und Militaristen. Im übrigen soll man nicht vergessen, daß es in Deutschland zwei Traditionen und auch zwei Kulturen gibt. Einerseits die barbarische Tradition und Unkultur des deutschen Imperialismus, die in der Ermordung von Millionen Menschen in den Gaskammern von Auschwitz und anderen Konzentrationslagern ihren Niederschlag fand und die auch gegenwärtig ihren Ausdruck in der Unterstützung des barbarischen Krieges

der USA in Vietnam und in der atomaren Kriegsvorbereitung findet. Andererseits die fortschrittliche Tradition der deutschen Nation und ihre humanistische deutsche Kultur, die heute von der DDR und von den fortschrittlichen Kräften der Arbeiterklasse und der humanistisch gesinnten Intelligenz in Westdeutschland repräsentiert wird. Sie allein dienen den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Von großer Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Europa und die Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist

der Antrag der Deutschen Demokratischen Republik auf Aufnahme in die Vereinten Nationen. Man muß davon ausgehen, daß **Westdeutschland das zweite Zentrum der Kriegsgefahr in der Welt** ist. Von deutschem Boden gingen zwei Weltkriege aus. Deshalb ist die Frage der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zugleich eine Frage der europäischen Sicherheit. Ein solcher Beschuß der UNO würde die Annäherung der beiden deutschen Staaten erleichtern und ermöglicht vielleicht auch, Konflikten und Kriegsgefahren rechtzeitig vorzubeugen.

Zwei deutsche Staaten — zwei Gesellschaftssysteme

Als Realpolitiker muß man unterscheiden zwischen den nächsten Schritten der Entspannung, die in den Beziehungen einer sozialistischen DDR und eines kapitalistischen Westdeutschlands nicht nur möglich, sondern notwendig sind, und dem Problem der Wiedervereinigung. Wir tun alles, was in unseren Kräften steht, um eine Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herbeizuführen.

Wir tragen keine Miterantwortung für die Spaltung Deutschlands. Wir wollten im Sinne des Potsdamer Abkommens ein einheitliches, friedliches, demokratisches Deutschland und in ihm für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung kämpfen. Da jedoch die USA-Imperialisten und die anderen imperialistischen Westmächte Furcht hatten vor einer demokratischen Entwicklung, haben sie — unterstützt von westdeutschen reaktionären Kräften — Deutschland gespalten.

Nunmehr stehen sich, verkörpert durch die beiden deutschen Staaten, Sozialismus und Imperialismus in Deutschland unmittelbar, Grenze an Grenze gegenüber. Das hat zur Folge, daß hier jede Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus zumeist in besonders zugespitzter Form in Erscheinung tritt ...

Dies unterstreicht die Bedeutung, die die europäische Sicherheit für das deutsche Volk hat. Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist der Rahmen, in dem es möglich wäre, auch die deutschen Probleme schrittweise zu lösen. Andererseits würde sich na-

türlich jede Verständigung der beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf Atomwaffen und konkrete Maßnahmen zur Abrüstung, über die Respektierung der bestehenden Grenzen positiv auf die europäische Sicherheit auswirken.

Es ist also von nationaler und europäischer Bedeutung, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Deutsche Demokratische Republik eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet haben, um die Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durchzusetzen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht der Meinung, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, obwohl sie verschiedene Gesellschaftsordnungen haben, feindlich sein müssen.

Zur friedlichen Koexistenz gehören bekanntlich mindestens zwei. Es ist unmöglich, sie zu verwirklichen, wenn der Partner sich sträßt, ihre Prinzipien anzuerkennen, und auf alle Vorschläge mit verstärkter Alleinvertretungsansmaßung und Revanchepolitik anwortet. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik streben nach der Wiederherstellung eines imperialistischen Gesamtdeutschlands und nach ihrer Vormachtstellung in Europa. Man darf sich keinerlei Illusion hingeben und muß die einfache Wahrheit begreifen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Prozeß der Bändigung, der Zurückdrängung und der Überwindung der Kräfte des Revanchismus und des Militarismus in Westdeutsch-

land vor sich gehen kann. Daher sind wir der Meinung, daß derjenige, der sich von ihm erpressen läßt, die Deutsche Demokratische Republik nicht als

gleichberechtigten Staat anzuerkennen, den westdeutschen Revanchismus und Militarismus stärkt und die europäische Sicherheit beeinträchtigt. . .

Amoklauf der Alleinvertretungsanmaßung

Wir sind der Meinung, daß Sicherheit und Frieden in Europa die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und nicht zuletzt zu den beiden deutschen Staaten erfordern. Deshalb sind wir für normale Beziehungen auch zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und allen sozialistischen Ländern. Logischerweise aber setzt diese Normalisierung der Beziehungen seitens der westdeutschen Bundesrepublik die Anerkennung der gültigen völkerrechtlichen Normen, den Verzicht auf Revanchepolitik, auf Alleinvertretungsanmaßung, den Verzicht auf Gebiete anderer Staaten und das Bekenntnis zu einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung voraus. Andernfalls könnte wohl kaum von normalen Beziehungen die Rede sein. Eine Bonner Regierung, deren erklärtes Ziel es zum Beispiel ist, Polen zu zerstückeln, ist natürlich kaum als Partner „normaler Beziehungen“ mit diesem selben Polen vorstellbar.

Bekanntlich hat sich Bonn den Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern seinerzeit selbst versperrt, als es die als „Hallstein-Doktrin“ bekannte These verkündete, es werde mit keinem Staat — mit alleiniger Ausnahme der Hauptsiegermacht Sowjetunion — diplomatische Beziehungen unterhalten, wenn dieses Land die Deutsche Demokratische Republik anerkennt und normale Beziehungen zu ihr unterhält. Neuerdings hat Bonn die Hallstein-Doktrin sogar noch in dem Sinne verschärft, daß jedem Land mit Repressalien bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen sogar schon dann gedroht wird, wenn es in irgendeiner Weise seine eigenen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik „aufwertet“, das heißt, sie in positivem Sinne weiterentwickelt. . .

In jüngster Zeit treibt Bonn die Frechheit seiner Alleinvertretungsanmaßung und der völkerrechtswidrigen

Einmischung in die Außenpolitik anderer Staaten sogar so weit, daß es bei der indischen Regierung unter handfester Drohung gegen den Plan der Eröffnung einer indischen Handelsvertretung in der Hauptstadt der DDR protestierte. Die Bonner Regierung hat sich damit als Regierung eines Staates mit einer neokolonialistischen Politik präsentiert. . .

Bekanntlich sind die Tatsachen des Lebens stärker als die Hallstein-Doktrin. In Moskau gibt es gleichrangige diplomatische Vertretungen der beiden deutschen Staaten. In den anderen sozialistischen Ländern gibt es Botschaften der Deutschen Demokratischen Republik und in einigen dazu auch noch westdeutsche Handelsvertretungen. In Helsinki sind die offiziellen Vertretungen der beiden deutschen Staaten gleichrangig. In einigen arabischen Staaten ist die Deutsche Demokratische Republik offiziell präsent, nicht aber die westdeutsche Bundesrepublik. In anderen Staaten wiederum gibt es neben diplomatischen Vertretungen der westdeutschen Bundesrepublik diese oder jene Vertretungen der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist heute die Situation.

Die innere und äußere Politik der Deutschen Demokratischen Republik hat also die Hallstein-Doktrin, mit deren Hilfe wir isoliert werden sollten, durchlöchert. Wenn in weiteren Hauptstädten diplomatische Vertretungen der beiden deutschen Staaten gleichberechtigt nebeneinander tätig sein werden, so wird der Gegensatz zwischen Wirklichkeit und Hallstein-Doktrin noch offenkundiger. Wer dann noch die These aufrechterhalten will, Westdeutschland könne nicht hinnehmen, daß andere Staaten normale Beziehungen zur DDR unterhalten, macht sich selbst zum Narren. . .

In der Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung vereinigen sich alle Elemente der Revanchepolitik und der europäischen Spannung: das Nicht-anerkennenwollen der Ergebnisse des

zweiten Weltkrieges, die Vorbereitung auf den Versuch einer gewaltsamen Annexion der DDR, der Anspruch auf Territorien Volkspolens, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Sowjetunion, der Anspruch auf Hegemonie in Europa, der Anspruch, anderen Staaten die Außenpolitik im Sinne der Bonner Revancheforderungen zu diktieren.

Mit Hilfe dieser Alleinvertretungsanmaßung will Bonn bekanntlich Bürger anderer Staaten zu Untertanen der westdeutschen Bundesrepublik erklären, die deren Gesetzen unterworfen seien. Das dient nicht nur künftigen Aggressionen. Das ist offenbar auch als juristische Grundlage für die Rekrutie-

rung künftiger fünfter Kolonnen des westdeutschen Militarismus gedacht. Die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung ist also ein Akt der Aggression. Sie gefährdet ständig den Frieden in Europa und ist eine Hauptursache der großen Spannungen, die die Sicherheit und den Frieden unseres Kontinents beeinträchtigen. . . .

Wir fordern daher im Interesse der europäischen Sicherheit von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik den Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche, auf Revanchepolitik und Alleinvertretungsanmaßung. Das ist die Voraussetzung dafür, daß Frieden und Sicherheit in Europa stabilisiert werden. . . .

Zur Krise der Bonner Revanchepolitik

In den wenigen Monaten, die seit der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages vergangen sind, haben sich die Widersprüche im ganzen imperialistischen Lager und auch innerhalb wichtiger imperialistischer Länder, wie zum Beispiel in Westdeutschland, England und den USA, verschärft. Eine der Folgen dieser Widersprüche ist die nun schon bald permanente Krise der NATO. Folgen dieser Widersprüche sind auch im ökonomischen, politischen und militärischen Bereich innerhalb der westdeutschen Bundesrepublik offen zutage getreten.

Nicht wenige NATO-Staaten haben offenbar nicht den Wunsch, sich in die Abenteuer des USA-Imperialismus oder auch des westdeutschen Imperialismus hineinziehen zu lassen. Diese Staaten kennen die aggressiven Pläne des westdeutschen Imperialismus natürlich sehr genau. Und gerade deshalb

sind sie besonders eifrig bemüht zu verhindern, daß Westdeutschland Mittverfügung über Kernwaffen erhält. Das Bestreben des Präsidenten der französischen Republik, de Gaulle, der Hegemoniepolitik des westdeutschen Imperialismus eine Initiative zur Verständigung zwischen den europäischen Staaten — möglichst unter französischem Patronat — entgegenzustellen, ist nicht zuletzt gegen die Achse Washington—Bonn gerichtet, die den anderen NATO-Partnern immer stärkeres Unbehagen bereitet. De Gaulle geht von den nationalen Interessen Frankreichs aus. Er sucht einen Weg zu einer gewissen europäischen Sicherheit. Gerade dies aber will die Politik der westdeutschen Imperialisten verhindern. So vergrößert sich der Widerspruch zwischen den aggressiven militärischen Interessen Westdeutschlands und den Interessen anderer NATO-Staaten auf dem europäischen Festland. . . .

Was geht in Westdeutschland eigentlich vor sich?

Jedermann spricht heute in Westdeutschland über Krisen: Krise in der Regierung, Krise in der Bundeswehr, Krise in der Wirtschaft, Krise in der Außenpolitik usw. Verklungen sind die Töne der Selbstzufriedenheit über Wirtschaftswunder, unerschütterliche Stabilität, Beseitigung aller kapitalistischen Widersprüche. Vom Winde verweht ist die Siegesgewissheit der

Vorwärtsstrategie. Unsere rechtzeitige Voraussage, daß die unüberwindlichen Widersprüche des deutschen Imperialismus mit der Zeit immer stärker in Erscheinung treten müssen, hat sich bestätigt.

Auch jetzt betrachten wir die Entwicklung in der Bundesrepublik von einem wissenschaftlichen und realistischen Standpunkt aus. Wir sehen in

dem Gezänk um Personen den Ausdruck echter Widersprüche und krisenhafter Entwicklungen.

Da wird eine ganze Kampagne gegen die Regierung Erhard geführt. Was ist denn mit dieser Regierung? Herr Erhard hat versucht, die Politik seines Vorgängers Adenauer weiterzuführen, und diese Politik den veränderten Bedingungen etwas anzupassen. Aber diese veränderten Bedingungen haben es nun einmal in sich. Sie lassen sich nicht nach Belieben manipulieren. Das Kräfteverhältnis zum Beispiel ist eine harte Tatsache. Die Adenauer-Politik war Politik der Revanche von der „Position der Stärke“ und mit Hilfe der atomaren Erpressung durch die USA. Herr Strauß hat als Kriegsminister versucht, diese Politik der sich verändernden Lage anzupassen. Er wollte die revanchistischen Ziele durch noch schnellere Aufrüstung und Atomrüstung und Verbindung von psychologischem Krieg mit verdecktem Krieg verwirklichen.

Die erste Regierung Adenauer konnte ihr Ziel nicht erreichen. Die zweite Regierung Adenauer konnte ihr Ziel ebensowenig erreichen. Auch Herr Strauß vermochte nicht, die Adenauer-Politik mit veränderten Methoden durchzusetzen. Und Herr Erhard schlägt sich mit dieser übernommenen, und von vornherein untauglichen Politik herum und versucht, den Revanchismus der herrschenden Kreise in Bonn mit den imperialistischen Interessen der USA und dazu auch noch mit den Interessen des Präsidenten de Gaulle irgendwie in Einklang zu bringen. Das aber kann weder Herrn Erhard noch einem anderen gelingen.

Wir können heute voraussagen, daß jede beliebige andere Regierung in Westdeutschland, die sich nicht von der bisher geführten Politik losöst und eine wirkliche und reale Alternativpolitik zeigt, ebenso zum Scheitern verurteilt ist.

Dieser verfehlten Politik der Revanche und der Spannungen wurde die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geopfert. Im Interesse dieser verfehlten Politik wurde die Feindseligkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik zum Prinzip erklärt und für die

Wiederaufrüstung bis Ende 1965 193 Milliarden DM vergeudet. Es erweist sich jetzt, daß selbst Verbündete der Bonner Regierung immer weniger bereit sind, die revanchistische Vorwärtsstrategie zu unterstützen und ihr eigenes Land für die Interessen der westdeutschen Militaristen zu opfern. Selbst in den USA wird der Kreis größer, der unter den gegenwärtigen Bedingungen die politische Konzeption der Herren Adenauer, Strauß und Barzel für unrealistisch hält. Nicht wenige Politiker Westdeutschlands und der USA verstehen recht gut, daß die Konsequenz einer solchen abenteuerlichen Politik die Zerstörung Deutschlands im Atomkrieg wäre. . .

Der Kreis um Adenauer, Strauß, Barzel und Gerstenmaier möchte sozusagen den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, das heißt, mit noch schärferen innenpolitischen diktatorischen Maßnahmen und mit einer Verstärkung der imperialistischen Expansionspolitik die Fragen lösen. Deshalb der Ruf der Rechtskreise nach dem starken Mann. . .

Ich erinnere daran, daß Herr Erhard bei seinem Amtsantritt erklärte, er wolle eine Politik der Mitte betreiben. Es ist offenkundig, daß er in Wirklichkeit nach rechts abgerutscht ist. Unter dem Druck des rechten Flügels der CDU/CSU mit den Herren Adenauer, Strauß und Barzel an der Spitze und infolge der Anpassung der Politik der Führung der SPD an die CDU-Politik trieb die Erhard-Regierung nach rechts. . . . Die Führung der SPD ist immer einige Schritte hinter der CDU auf diesem Wege gefolgt. Aber diese Politik steht im Widerspruch zu den Entwicklungsbedingungen der Bundesrepublik, zur gegenwärtigen Lage in Europa und zum Kräfteverhältnis in der Welt. Auch durch eine neue Technik des Regierens, wie sie Herr Strauß empfiehlt, kann keine dieser Fragen gelöst werden.

Das Unglück besteht darin, daß sich die SPD-Spitze ähnlich verhält wie im Jahre 1932 gegenüber den Regierungen Brüning und von Papen. Das heißt, sie entwickelt keine selbständige Politik, die den Entwicklungsbedingungen der Bundesrepublik und den Interessen des Volkes entspricht. . . .

Wie sehen wir die Lage?

Es wäre für die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten und für die Sicherheit in Europa jedoch schon von Nutzen, wenn in Bonn eine Politik der Mitte betrieben würde, das heißt eine Politik, die davon ausgeht, daß ein Nebeneinanderleben der beiden deutschen Staaten auf lange Zeit unvermeidlich ist und deshalb Schritte unternommen werden sollten, die der Erhaltung des Status quo dienen. . .

Wenn man keine Eroberungsabsichten hat, dann gibt es kein Hindernis, Verhandlungen mit der Regierung der DDR über die Normalisierung der Beziehungen aufzunehmen.

Wenn es keine Forderungen nach Grenzänderungen gibt und keine Eroberungsabsichten gegenüber der DDR, dann ist es möglich, die Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten Europas zu normalisieren.

Wenn kein Streben nach Grenzänderungen und Änderung des Status quo besteht, dann gibt es keinen Grund zur Aufrüstung. Der Verzicht beider deutscher Staaten auf Mitverfügung über Atomwaffen und Atomrüstung würde nicht nur von dem Volk in beiden deutschen Staaten, sondern von allen europäischen Völkern begrüßt.

Wenn die Bundesregierung eine Politik der Mitte durchführen würde, dann könnte sie die Rüstungskosten sofort auf die Hälfte herabsetzen, was sich günstig auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken würde. Dann wäre es auch leichter, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auszubauen.

Wenn zu einer Politik der Mitte, das heißt zu einer demokratischen Politik übergegangen und auf Notstandsgesetze und andere Maßnahmen, die den kalten Krieg zwischen beiden deutschen Staaten verschärfen, verzichtet würde, dann würde das der Entspannung in Deutschland dienen, und die westdeutsche Bevölkerung würde damit sehr zufrieden sein.

Wenn in Bonn nicht mehr auf einen Tag X spekuliert würde, könnte man übergehen zu einer Politik der Verständigung, die mit dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen bei-

den deutschen Staaten beginnen könnte. . .

In diesem Sinne bitten wir auch, unseren Vorschlag über politische Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand der SPD und dem Zentralkomitee der SED, zwischen den Vorständen der Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten und den Leitungen anderer gesellschaftlicher Organisationen zu verstehen. Es ist eine Illusion, zu glauben, mit irgendwelchen Besprechungen technischer Fragen könne etwas erreicht werden. Zeitgemäß sind die politischen Besprechungen über die Thematik, die ich im Zusammenhang mit meinen Bemerkungen über eine Politik der Mitte dargelegt habe. Selbstverständlich sind wir auch bereit, bei den Verhandlungen andere Vorschläge entgegenzunehmen und zu prüfen.

Eine sachliche Analyse zeigt also, daß es vom Standpunkt der Interessen des Volkes nur einen Ausweg gibt, nämlich eine andere und bessere Politik, eine demokratische Politik, die auf Mitverfügung über Atomwaffen, auf Kriegsrüstung und Revanche verzichtet, den Weg der Verständigung geht und das demokratische Mitbestimmungsrecht der Werktätigen gewährleistet.

Was will die westdeutsche Arbeitersklasse, was will das Volk Westdeutschlands? Das Volk will soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Stabilität, Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Errungenschaften. Das Volk ist gegen die Notverordnungs-Gesetzgebung, gegen jede Einschränkung der demokratischen Rechte. Es fordert das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in den Betrieben und in der Wirtschaftspolitik. Das Volk will Frieden und normale Beziehungen zu allen Staaten.

Und wenn auch viele Bürger in Westdeutschland die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik noch nicht erkannt haben, so wachsen doch unverkennbar die Einsicht und der Wunsch nach guten Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik.

Das sind zweifellos Vorstellungen und Forderungen bürgerlich-demokratischen Charakters. Jeder westdeutsche

Bürger kann sie mit gutem Gewissen unterstützen. . .

In dieser Situation wäre es nur natürlich, wenn sich die SPD, die Gewerkschaften, die Kommunisten, die DFU, die Vertreter der Intelligenz, humanistisch gesinnte Mitglieder der CDU und FDP und alle Anhänger des Friedens und der Verständigung auf einer demokratischen Plattform verständigen würden. Wir erinnern daran, daß im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen zweifellos die Mehrheit der Wähler solche Forderungen unterstützt hat. Auf der SPD als der einzigen im Parlament vertretenen legalen Oppositionspartei ruht selbstverständlich dabei eine besonders große Verantwortung.

Was erleben wir aber in der SPD-Führung? Bei den Differenzen zwischen den ehemaligen Hitlertypen und dem nicht weniger reaktionären Kriegsminister stellt sich Herr Schmidt, ein Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, auf die Seite der Hitlertypen. . .

Was hat Herr Schiller, der Experte für Wirtschaftspolitik des SPD-Parteivorstandes, zum sogenannten Stabilisierungsgesetz zu sagen, das, wie bekannt, alle Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage auf die Arbeiter, Bauern, auf die Städte und Gemeinden abwälzt? . . . Die Ausgaben für die Rüstung und für den Militarismus sind auch Herrn Schiller heilig. Er hat lediglich einige Formulierungsvorschläge, steht aber im übrigen auf dem Boden der Sicherung der Macht der Monopole . . .

Was die Außenpolitik betrifft, so unterstützen die Herren Wehner und Erler die Außenpolitik der USA im allgemeinen und versuchen im besonderen, den schmutzigen Krieg in Vietnam zu rechtbertigen.

Und was das Verhältnis der beiden deutschen Staaten angeht, so steht, wie

bekannt, die Führung der SPD uneingeschränkt an der Seite der CDU/CSU und deren Regierung in ihrem Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik.

So hält die Führung der SPD noch immer an der Gemeinsamkeit mit der Politik der CDU/CSU fest und unterläßt es, eine eigene Politik zu entwickeln. Eine solche selbständige demokratische Politik wird aber von den Massen immer dringender gewünscht, von der Sammlung der demokratischen Kräfte im Lande ganz zu schweigen.

Unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hat durch ihre Briefe an die westdeutsche Sozialdemokratie versucht, der SPD eine Brücke zu bauen, um nicht nur in Westdeutschland eine Einigung der demokratischen Kräfte, sondern auch die Normalisierung der Beziehungen zur SED und zur DDR zu fördern.

Manche sozialdemokratischen Ge nossen meinen, die Nichtdurchführung zweier Versammlungen sei die Ursache für die Erschwerung des Dialogs. Das ist aber nicht der Fall. Die Ursachen liegen tiefer. Sie liegen einfach darin, daß die Führung der SPD sich nicht trennen will von der Politik der westdeutschen Großbourgeoisie und deren führenden Partei, der CDU/CSU. . .

Die CDU-Führung machte kein Hehl daraus, daß sie unter Deutschlandpolitik die Ausdehnung der Macht der westdeutschen Monopole und Hitlertypen auf die DDR versteht. Wir waren deshalb gezwungen, den ganzen Plan der Aggression der Bonner Regierung, von der psychologischen Kriegsführung über den verdeckten Krieg und die Ausplünderung der DDR an Hand von Dokumenten der Öffentlichkeit zu übergeben.

An diesen Dokumenten haben sozialdemokratische Führer mitgearbeitet. . .

Worin besteht die Deutschlandpolitik der sozialdemokratischen Spitzes?

Sie will durch die Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU die deutsche Frage dem Staats- und Wirtschaftssystem Westdeutschlands entsprechend lösen. . .

Die von der SPD-Spitze betriebene

Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU ermutigt die westdeutschen Militaristen, wie sich das besonders während der Krise in der Führung der Bundeswehr gezeigt hat. Die Gemeinsamkeit mit der CDU-Politik . . . steht

im grundsätzlichen Gegensatz zu den nationalen, sozialen und friedlichen Interessen unseres deutschen Volkes. Dennoch sind wir der Meinung, daß der Dialog notwendig ist und fortgesetzt wird, obwohl er durch die jüngste Haltung der SPD-Spitze so sehr erschwert wurde. Wir werden nicht davon ablassen, auf dem Wege von Verhandlungen Annäherung und Klärung wenigstens solcher Teilfragen zu suchen, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien und den beiden deutschen Staaten förderlich sind.

Die sozialdemokratische Presse behauptet, die SED sei zu einer Politik der Einheitsfront und Volksfront von unten übergegangen. Mit „unten“ meint sie offenkundig die Arbeiterklasse und das Volk. Wir sind immer für eine Einheitsfront mit der Arbeiterklasse und dem Volk gewesen. Das Besondere unseres Dialogs bestand und besteht jedoch darin, daß wir nach wie vor auch für den Dialog mit der Führung der SPD, der Gewerkschaften und der anderen gesellschaftlichen Organisationen eintreten.

Auf dem 7. Ordentlichen Gewerkschaftstag der westdeutschen IG Chemie/Papier/Keramik hat sich der 1. Vorsitzende, Kollege Wilhelm Gefeller, positiv zur Gemeinsamkeit der Arbeiterschaft beider deutscher Staaten geäußert. Entsprechend den Auffassungen der Mitglieder des DGB

erklärte er, es gelte, „mit allen Mitteln eine neue Katastrophe zu verhindern“. Diese Gefahr solle durch die Verständigung zwischen der Arbeiterschaft, insbesondere zwischen SPD, SED und Gewerkschaften, abgewehrt werden. Er hat sich an mich mit der Aufforderung gewandt, von unserer Seite alles zu tun, um die Fortsetzung des Dialogs zu ermöglichen. Wir schätzen die Darlegungen des Kollegen Gefeller und die Stellungnahme des Gewerkschaftstages sehr hoch ein. Wir sehen darin den ehrlichen Willen westdeutscher Gewerkschafter, über alle Schwierigkeiten hinweg zu einer Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und ihren Organisationen in beiden deutschen Staaten zu kommen. Ich möchte von dieser Tagung des Zentralkomitees der SED aus Kollegen Wilhelm Gefeller und den anderen Funktionären und Mitgliedern der IG Chemie/Papier/Keramik wie allen Gewerkschaftern sagen, daß wir alles tun werden, damit sich dieser Wunsch, der auch der unsere ist, erfülle.

Gleichzeitig spreche ich die Einladung an die Mitglieder der Gewerkschaftsleitungen in Westdeutschland aus, die Annäherung dadurch zu fördern, daß sie Studiengruppen in die Deutsche Demokratische Republik entsenden, um unser sozialistisches Staats- und Wirtschaftssystem und die Rechte der Gewerkschaften zu studieren . . .

Die Bundesrepublik und die europäische Sicherheit

VON MAX SCHÄFER

Es wird immer deutlicher, daß die Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik in einer tiefen Krise steckt. Die Hauptursache dafür ist, daß ihre Politik sich in einem unlöslichen und weiter verschärfenden Widerspruch zur gesamten internationalen und innerdeutschen Entwicklung befindet.

det. Die großbürgerliche Wochenzeitung „Die Zeit“ sprach dies am 11. 3. 1966 in folgender Weise aus:

„In das Nadelöhr der heutigen Wirklichkeit paßt der Faden unserer bisherigen Politik überhaupt nicht hinein.“

I.

Der CDU/CSU-Politik lag (und liegt noch heute) die Doktrin zugrunde: durch militärische Aufrüstung und atomare Bewaffnung der Bundesrepublik und durch die Eingliederung in die

NATO das Kräfteverhältnis in Europa und der Welt so zugunsten des Imperialismus zu verändern, daß die DDR einverleibt und Osteuropa „neu geordnet“, d. h. die Ergebnisse des zweiten

Weltkrieges rückgängig gemacht werden könnten.

„Nur mit einem starken Europa haben wir auch Aussicht, die Sowjetzone und die Gebiete jenseits der Oder und Neiße für die Freiheit zurückzugewinnen.“¹⁾

„Es geht nicht nur um die Ostzone, es geht darum, ganz Osteuropa östlich des eisernen Vorhangs neu zu ordnen.“²⁾

Seit der Bildung der NATO 1949 und seit Adenauer diese politische Konzeption des wiedererstandenen deutschen Imperialismus entwickelte, haben sich tiefgreifende Veränderungen in der Welt und in Europa vollzogen. Das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus verändert, das sozialistische Weltsystem hat sich gefestigt, vor allem die europäischen sozialistischen Länder haben große Erfolge errungen. Ihre Zusammenarbeit auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet hat sich wesentlich verstärkt, ihr Gewicht hat sich außerordentlich erhöht. So betrug allein in den Jahren von 1961—1965 der Zuwachs der Industrieproduktion des sozialistischen Weltsystems 43 Prozent, während er in den Ländern des kapitalistischen Systems nur 34 Prozent ausmachte. Große ökonomische Aufbauerfolge hat in dieser Zeit besonders auch die DDR errungen, so daß selbst die verbissensten Feinde des Sozialismus diese nicht mehr leugnen können. Das hat wesentlich zur Veränderung des Kräfteverhältnisses auch in Deutschland beigetragen.

Von großer Bedeutung für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der sozialistischen Länder war die Beseitigung des Atomwaffenmono-

polis der USA. Die großen Erfolge der Sowjetunion in der Atomwissenschaft, der Raketen- und Steuerungstechnik, die Stärkung der Verteidigungskraft der sozialistischen Länder haben die Politik der atomaren Erpressung endgültig zum Scheitern gebracht. Umso stärker orientieren sich die aggressiven Kräfte in den USA und in Westdeutschland auf die Strategie des „begrenzten Krieges“, wie er von den USA in Vietnam geführt wird und wie ihn die westdeutschen Imperialisten planen, mit dem völlig unrealistischen Ziel, die DDR zu liquidieren. Damit wächst für die NATO-Staaten die Gefahr, über die NATO in die „begrenzten Kriege“ der USA verwickelt zu werden. Gleichzeitig verstärken die westdeutschen Imperialisten ihre Anstrengungen, die NATO zum Instrument ihrer revanchistischen Politik zu machen.

Die NATO wurde unter dem Vorwand einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten, der Abwehr eines angeblich unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Angriffs gebildet. Die Lüge von der „bolschewistischen Gefahr“ war wie zur Zeit des Hitlerfaschismus die Hauptbegründung für die Militarisierung der Bundesrepublik, für die Forderung auf Mitverfügung über Atomwaffen. Die Überwindung des Atommonopols der USA, die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers haben aber, entgegen den antikommunistischen Lügen, günstigere Bedingungen für die Entspannung und die Festigung des Friedens geschaffen. Infolgedessen wächst bei den europäischen Völkern und auch in der Bevölkerung der Bundesrepublik die Ablehnung der NATO und das Verlangen nach einer anderen Politik. Das alles hat zur gegenwärtigen Krise der NATO beigetragen.

II.

Eine weitere Ursache dafür ist das Wachsen der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, da sich das Kräfteverhältnis zwi-

¹⁾ Adenauer „Erinnerungen“, 1945—1953

²⁾ Adenauer am 1. 3. 1952 auf dem CDU-Parteitag in Heidelberg

schen ihnen infolge des heute verstärkt wirkenden Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ebenfalls verändert hat. Die Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses wird in der folgenden Statistik sichtbar:

Die ökonomischen Hauptkennziffern Westeuropas und der USA

Jahr	Anteil an der Industrieproduktion der kap. Welt in %		Anteil im Export der kapital. Welt in %		Goldvorräte (in Md. Dollar)	
	Länder West- europas	USA	Länder West- europas	USA	Länder West- europas	USA
1948	31	54	28	33	4	24
1964	34	44	47	18	18	15

(nach „Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“, Juli 1966, Seite 723)

Infolge dieser Veränderungen im ökonomischen Kräfteverhältnis — verglichen mit der Zeit unmittelbar nach Beendigung des zweiten Weltkrieges — stellt sich der westeuropäische Kapitalismus auf eigene Füße und ist bemüht, sich von der Vormundschaft der USA zu befreien.

In den letzten Jahren ist es den USA-Imperialisten jedoch gelungen, ein weiteres Sinken ihres Anteils an der Produktion der kapitalistischen Welt zu verhindern. Die USA-Imperialisten nutzen ihre ökonomische Überlegenheit über ihre kapitalistischen Konkurrenten zu einer großen Exportoffensive auf dem Weltmarkt aus und verstärken zugleich durch neuen Kapitalexport ihre Bemühungen, in die Wirtschaft der westeuropäischen Länder einzudringen. Das führt zu einer weiteren Verschärfung der Widersprüche.

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen wächst das Streben, sich

von der militärischen Vormundschaft der USA zu befreien und eine größere Selbständigkeit in der Außenpolitik zu erlangen. Das führt zu Komplikationen auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet zwischen verschiedenen europäischen NATO-Partnern und den USA. Am schärfsten kommt dies im Ausscheiden Frankreichs aus der NATO-Integration zum Ausdruck, die mit der Begründung erfolgt, daß die NATO „nicht mehr den Bedingungen entspricht, die in der Welt zur Zeit herrschen und die grundverschieden sind von denen des Jahres 1949 und der folgenden Jahre“.¹⁾

Aber auch zwischen den kapitalistischen Ländern Westeuropas hat sich das Kräfteverhältnis verschoben. Das zeigt u. a. die Veränderung des prozentualen Anteils der wichtigsten kapitalistischen Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt:

Der Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt (in %)

Jahr	Großbritannien	Italien	Kanada	USA	BRD	Frankreich	Japan
1948	11,3	2,6	3,3	53,9	3,6	4,0	1,0
1964	8,7	4,2	3,7	44,5	9,0	4,7	5,4

(nach: „Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“, Juli 1966, Seite 721)

Besonders schnell ist der Anteil der Bundesrepublik gestiegen, so daß sie heute den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt einnimmt. Gleichzeitig stellt die Bundesrepublik mit 12 Divisionen das größte Kontingent der NATO-Truppen in Europa. Die meisten Widersprüche in Europa sind mit dem

Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus verbunden, wodurch die Gefahr des Krieges bedrohlich verschärft wurde. Plastisch wurde diese vom westdeutschen Militarismus ausgehende Kriegsgefahr in dem von Hans Magnus Enzensberger herausgegebenen „Kursbuch“ dargestellt:

¹⁾ Memorandum vom 10. 3. 1966

„Zwanzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg ist die Gefahr militärischer Konflikte in Europa gebannt, mit einer Ausnahme. Kein europäischer Staat stellt heute territoriale Forderungen an einen andern, mit einer Ausnahme. Kein Staat in Euro-

pa spricht einem andern sein Lebensrecht ab, mit einer Ausnahme. Kein Staat bedroht in Europa einen andern mit der gewaltsamen Veränderung seines Gesellschaftssystems, mit einer Ausnahme.“⁴⁾

III.

Die westdeutschen Imperialisten leiten unverhohlen aus ihrem wiederhergestellten ökonomischen und militärischen Potential die Forderung nach Ausweitung ihres Einflußbereiches ab. „Wir sind wieder etwas in der Welt“, prahlte Bundeskanzler Erhard auf dem Parteitag der CDU im März 1965 in Düsseldorf. Der damalige geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, sagte bei derselben Gelegenheit,

„... daß Deutschland seit dem ersten Weltkrieg noch nie so stark war wie heute. Neben anderen Faktoren ist es diese wachsende Stärke, die uns vor neue Situationen stellt ... Wir müssen uns auch klar machen, daß wir die Interessen unseres Landes anspruchsvoller als bisher aussprechen und zur Diskussion stellen müssen ...“

Zu diesem „anspruchsvollen Aussprechen“ gehört die Forderung nach Atomwaffen, nach mehr Einfluß in der NATO, nach Vorherrschaft in Westeuropa, nach Liquidierung der DDR und Veränderung der Grenzen in Europa. Um diese ihre revanchistischen Ziele zu verwirklichen, setzen die westdeutschen Imperialisten auf die Hilfe des USA-Imperialismus. Sie geben allen aggressiven Aktionen der USA-Imperialisten ihre ungeteilte Unterstützung. Die Bundesregierung ist die einzige Regierung in Europa, die ohne Einschränkung dem schmutzigen Krieg der USA in Vietnam politische und materielle Unterstützung gibt. Gleichzeitig stützt die Bundesrepublik den USA-Dollar, indem sie für Milliarden Mark (z. B. von 1965—1967 für 5,4 Milliarden) Rüstungsgüter in den USA kauft und große Dollarbestände in der Bundesbank aufbewahrt. Darum erklärte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Barzel am 17. Juni 1966 in den

USA: „Wir wissen, was wir Vietnam und dem Dollar schuldig sind.“

So gibt es, wie Genosse Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des ZK der SED ausführte, „eine Art Vereinbarung auf Gegenseitigkeit“ zwischen Bonn und Washington. Der Achse Washington—Bonn liegt zugrunde, daß die USA-Imperialisten die Bundesrepublik als Brückenkopf in Europa und als Speerspitze gegen die europäischen sozialistischen Länder erhalten wollen, während die westdeutschen Imperialisten sich davon das Mitverfügungsrecht über Atomwaffen und Rückendeckung für ihre Revanchepolitik versprechen.

Wie sehr eine solche Politik Besorgnisse bei den Völkern Europas hervorruft, muß selbst die dem USA-Kriegsministerium nahestehende „U. S. News & World Report“ zugeben. Sie schreibt Anfang September 1966:

„Die Aussichten (der westdeutschen Aufrüstung) sind für einige Europäer viel erschreckender als die Drohung des Kommunismus.“

Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates der Regierung, Minister Krone, spricht offen aus, daß er über die Bestrebungen nach Verminderung der in Europa gelagerten Atomwaffen wie auch den „Anstrengungen auf Zustandekommen eines weltweiten Abkommens über das Verbot der Weitergabe von Atomwaffen“ sehr besorgt ist. Er schreibt wörtlich, die

„wichtigsten politischen Entscheidungen, von denen die Zukunft Europas abhängt, sind aber bisher nicht getroffen, und dazu gehört auch eine Lösung der deutschen Probleme, die dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit den ihm angemessenen Platz in Europa sichern würde. Was im Gegensatz hierzu vor sich geht, läuft auf eine Verfestigung, auf eine Versteinerung des Status quo hinaus.“⁵⁾

⁴⁾ „Katechismus zur deutschen Frage“, Kursbuch Nr. 4, 1966, S. 2-3

⁵⁾ „Die Welt“ vom 17. 9. 1966

Diese Äußerungen enthüllen, daß auch heute, trotz aller Beteuerungen in der sogenannten Friedensnote, die Eroberung der DDR, die Veränderung der Grenzen in Europa und ein „angemessener Platz in Europa“ die Ziele der Revanchisten sind. Hätte Hitler das etwa anders gesagt als Krone?

IV.

Der beste Weg dazu, der auch dem berechtigen Verlangen der Bevölkerung der Bundesrepublik nach einem gesicherten Frieden entspräche, wäre die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. In seinem Referat auf der 13. Tagung des ZK der SED sagte Genosse Walter Ulbricht:

„Wenn wir von europäischer Sicherheit sprechen, so müssen wir davon ausgehen, daß die Quellen der Unsicherheit und der Kriegsgefahr besiegt werden müssen. Da zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen, ist der Verzicht der beiden deutschen Staaten auf das Verfügungsrrecht über Kernwaffen und ihr Wille zur Abrüstung die wichtigste Frage der europäischen Sicherheit.“

Die sozialdemokratische schwedische Regierung hat in ihrer Antwort auf die sogenannte Friedensnote die Bundesregierung auf dasselbe Problem hingewiesen: Nichtweitergabe von Atomwaffen, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und die Bereitschaft zur Abrüstung.⁶⁾

Ein weiteres Problem der europäischen Sicherheit ist die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa. Dazu sagt die „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“, die von den Ländern des Warschauer Vertrages beschlossen wurde:

„Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist die Unantastbarkeit der zwischen den europäischen Staaten bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenzen der souveränen Deutschen Demokratischen

⁶⁾ „Blätter für deutsche und internationale Politik“, August 1968, S. 748

⁷⁾ „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 2. 9. 1968

Diese Politik würde aber auch dasselbe, ja — unter Berücksichtigung der modernen Waffentechnik — ein noch schrecklicheres Ende finden, wenn die Völker und vor allem die Bevölkerung der Bundesrepublik dem nicht früh genug Einhalt gebieten.

Republik, Polens und der Tschechoslowakei. Die auf dieser Tagung vertretenen Staaten bekräftigten ihre Entschlossenheit, jegliche Aggression, die seitens der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion gegen sie geführt wird, zu zerschlagen.

Ihrerseits erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, daß sie gegenüber keinem Staat Europas irgendwelche Gebietsforderungen haben.“

In einem Interview mit dem norwegischen Fernsehen antwortete Bundeskanzler Erhard auf die Frage, was Vorrang habe — die Wiedervereinigung oder europäische Sicherheitsprobleme: „Ich glaube, beides kann im letzten Grunde nur in einem inneren Zusammenhang und in einer Aktion erfolgen.“⁷⁾ Das ist im Grunde dieselbe Haltung, mit der Adenauer in den fünfziger Jahren die Abrüstungsverhandlungen torpediert hat: Jeder Schritt der Abrüstung sollte mit Zugeständnissen an die revanchistische Bonner Politik erkauft werden. Erhard fordert hier nichts anderes als freie Hand für die Bonner Revanchepolitik, d. h. das Gegen teil jeder europäischen Sicherheit. Dagegen ist die Frage Wiedervereinigung Deutschlands und europäische Sicherheit auch für die Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik wichtig in der Deklaration der Länder des Warschauer Vertrages beantwortet:

„Was die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten betrifft, so führt der Weg zu ihrer Verwirklichung über die Entspannung, über die allmähliche Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten und über Abmachungen zwischen ihnen, über Abrüstungsvereinbarungen in Deutschland und in Europa auf der Grundlage des Prinzips, daß das zukünf-

tige vereinigte Deutschland ein wirklich friedliebender, demokratischer Staat sein wird, von dem niemals

eine Bedrohung seiner Nachbarn und des europäischen Friedens ausgehen wird."



In allen Schichten der Bevölkerung wächst das Verlangen nach einer neuen Politik, die von der Erhaltung des Friedens und der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems bestimmt ist. Leider nimmt jedoch auch die SPD-Führung in allen Fragen der europäischen Sicherheit eine Haltung ein, die von der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU bestimmt ist. Wehrner, Erler und Helmut Schmidt fordern — wie Erhard, Krone, Strauß und von Hassel — atomares „Mitspracherecht“, d. h. Mitverfügung über Atomwaffen. Die SPD-Führung unterstützt die feindliche Haltung der Bundesregierung gegen die DDR, den Alleinvertretungsanspruch und die revanchistische Forderung nach Grenzrevisionen. Helmut Schmidt fordert die Bildung eines Generalstabes und mehr politischen Einfluß für die Hitler-Generale der Bundeswehr.

Der Verlauf des Dortmunder Parteitages und der Diskussionen danach

zeigt, daß zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD auch in diesen Fragen eine Alternative zur Politik der Bonner Machthaber fordern. Die Gewerkschaften erheben Forderungen, die Bestandteil einer Politik europäischer Sicherheit sind: Keine atomare Aufrüstung, Abrüstung, Gewaltverzicht.

Solche Bestrebungen gibt es auch in christlichen Organisationen, sowohl bei Protestanten wie bei Katholiken. Darum nimmt auch unter ihnen die Sympathie für die Bestrebungen der Kampagne für Abrüstung zu, welche besonders die Forderungen nach Beendigung des USA-Krieges gegen das vietnamesische Volk und nach einem System europäischer Sicherheit stellt. Die Kommunisten haben die verantwortungsvolle Aufgabe, dahin zu arbeiten, daß all diese Bestrebungen sich zu machtvollen Bewegungen für eine neue Politik des Friedens, der Verständigung und der europäischen Sicherheit entwickeln.

Der Dialog wird täglich geführt

VON PAUL BECKER

Auf den jüngsten Gewerkschaftskongressen zeigte sich deutlich das starke Verlangen der Arbeiter nach Verständigung. Auf allen Tagungen gab es eingehende Diskussionen über die Notwendigkeit der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten. Dabei wurde immer wieder bedauert, daß es nicht zu dem Redneraustausch zwischen SED und SPD gekommen ist. Viele Gewerkschafter und Sozialdemokraten beschäftigt die Frage, wie es mit dem Dialog zwischen SED und SPD weitergehen soll, beziehungsweise, warum es bei der Weiterführung dieses Dialogs Schwierigkeiten gibt.

Die Hauptursache der Schwierigkeiten ist die Politik der CDU/CSU. Dieselben gesellschaftlichen Kräfte, die den ersten und zweiten Weltkrieg verschuldeten und unser Volk damit innerhalb weniger Jahrzehnte zweimal

in die Katastrophe stürzten, setzen ihre Großmachtpolitik fort. Sie wollen die Ergebnisse des Hitlerkrieges nicht akzeptieren und streben danach, sie zu korrigieren. Ausdruck dieser Politik ist das Streben nach Atomwaffen, forcierter Rüstung, kriegsvorbereitende Notstandsgesetze und die Pläne zur „Befreiung der Zone“.

Als das Zentralkomitee der SED im Frühjahr den Sozialdemokraten erneut Gespräche über die Sicherung des Friedens und die Zukunft Deutschlands vorschlug und damit den Dialog auf die Tagesordnung setzte, fand diese Initiative in der Bundesrepublik breite Zustimmung. Die CDU/CSU entfachte jedoch eine wüste Hetze gegen die DDR und die SED. Sie bemühte sich mit allen Mitteln, das Gespräch zu verhindern. Dies wurde ihr durch die Haltung der SPD-Führer erleichtert.

Die verhängnisvolle Gemeinsamkeitspolitik

Trotz der gegen Verständigung und Entspannung gerichteten Politik der CDU/CSU hielten die Führer der SPD an der Gemeinsamkeit mit der CDU fest. An die Stelle des notwendigen Dialogs über Deutschland setzten sie den „Schlagabtausch“ und die „Konfrontation“. Willy Brandt stellte auf dem Dortmunder SPD-Parteitag dieser „Konfrontation“ vier Aufgaben. Hinter diesen Bedingungen versteckte die SPD-Führung ihr faktisches Nein zum sachlichen Gespräch mit der SED.

Erstens: „die gegensätzlichen Auffassungen darzulegen“. — Sinn eines Dialogs kann es jedoch nicht sein, bloß die gegensätzlichen Auffassungen gegenüberzustellen. Es geht vielmehr darum, gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Zweitens: „die verschiedenen Ansichten zu den Kernfragen zu entwickeln“. — Die Kernfrage ist die Frage der Friedenssicherung auf deutschem Boden. Brandt erklärte jedoch in Dortmund, daß es über Fragen der Friedenssicherung „nichts zu diskutieren“ gäbe.¹⁾ Damit hat die SPD-Führung den zweiten Punkt selbst annulliert.

Drittens, so sagte Brandt, seien „die Kommunisten in ihrem Einflußbereich zur Auseinandersetzung mit unseren Argumenten zu nötigen“. — Das bedeutet: Die Parolen der Bonner Politik — denn das sind die „Argumente“ der SPD-Führung, solange sie an der Gemeinsamkeit mit der CDU-Politik festhält — sollen in die DDR hineingetragen werden. Das Ziel ist nicht Verständigung, sondern die ideologische Aufweichung der DDR, eine neue Variante der psychologischen Kriegsführung. Das aber dient nicht der Friedenssicherung, sondern schafft neue Spannungen.

Viertens, so erklärte Brandt, seien die „Kernfragen menschlicher Erleichterungen ... in den Mittelpunkt zu rücken“. Unmenschlich ist die Steigerung der Gefahr eines Krieges und der atomaren Zerstörung. Man braucht nur an Hiroshima und an die napalm-

verbrannten Frauen und Kinder in Vietnam zu denken. Die menschlichste Erleichterung wäre also die Beseitigung dieser Kriegsgefahr. Dann lassen sich auch die Probleme des täglichen Lebens leichter lösen. Man muß den Zusammenhang von Ursache und Wirkung im Auge behalten. Erschwernisse im Handel, im kulturellen und sportlichen Austausch, im Reiseverkehr usw. sind Folgen und Ergebnisse der Bonner Politik. Solange diese Politik aufrechterhalten wird, können ihre Folgen nicht aus der Welt geschafft werden.

Trotz der unbestreitbaren Tatsachen, daß Bonn nach Atomwaffen drängt, Notstandsgesetze zur Kriegsvorbereitung ausarbeitet, als einzige Regierung in Europa die bestehenden Grenzen verändern will, bis ins einzelne gehende Pläne zur Rekapitalisierung der DDR ausgearbeitet hat, jede Abrüstungsmaßnahme auf deutschem Boden und jeden Verständigungsverschlag ablehnt und stattdessen die Rüstung im Rahmen der „Vorwärtsverteidigung“ forciert — trotz dieser Tatsachen wies die SPD-Führung in Dortmund den „Vorwurf“ zurück, daß von der Bonner Regierungspolitik eine Bedrohung des Friedens ausgeht. Sie leugnete damit nicht nur die angeführten Tatsachen (auf die u. a. auch von so namhaften Bürgern wie Prof. Jaspers und Nobel-Preisträger Max Born hingewiesen wird), sie hilft und erleichtert zugleich der CDU/CSU die Irreführung der Bevölkerung und verneint damit die Notwendigkeit einer Ablösung der CDU-Politik.

Die stärkste Barriere gegen den von der SED vorgeschlagenen Redneraustausch wurde schließlich mit dem sogenannten „Gesetz über eine befristete Freistellung“ aufgebaut. Dieses Gesetz untermauerte den Bonner Alleinvertretungsanspruch, stempelte in unüberbietbarer Frechheit die Repräsentanten der DDR zu Verbrechern und unterstellte die Bürger der DDR der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik. Natürlich gab es den Alleinvertretungsanspruch schon vorher. Mit dem Gesetz wurde aber nicht, wie fälschlich vorgegeben, der Redneraustausch ermöglicht, sondern der Alleinvertretungsanspruch auf Gesetzesebene gehoben und die Mitglieder der SED unter Aus-

¹⁾ Protokoll des SPD-Parteitages 1966, S. 512. (Die vier Punkte der „Konfrontation“ s. Protokoll S. 514)

nahmerecht gestellt. Das Ergebnis umreißt Dr. Helmut Lindemann in der „Gewerkschaftlichen Umschau“: „Die SPD hätte wohl erkennen müssen, daß

mit diesem Gesetz ein unübersteigbares Hindernis errichtet wurde, an dessen Aufbau sie nicht hätte mitwirken dürfen.“³⁾

Neuorientierung ist nur im Kampf gegen die CDU durchzusetzen

In die Sackgasse führt ebenso die Überlegung mancher Sozialdemokraten, man könnte eine neue Deutschlandpolitik der Verständigung nicht gegen den Willen der CDU/CSU-Führung beginnen. Das heißt, alles der CDU-Politik unterzuordnen. Richtig ist vielmehr, daß eine Neuorientierung der Deutschlandpolitik nur im Kampf gegen die Politik der CDU/CSU durchzusetzen ist. Auch im sozialdemokratischen „Vorwärts“ gelangte Jochen Wilke zu der Schlußfolgerung: „Wenn wir an einer aktiven Deutschlandpolitik Interesse haben und wenigstens Teilerfolge erreichen wollen, müssen die Attribute aus der Zeit des kalten Krieges restlos über Bord geworfen werden.“⁴⁾ Helmut Lindemann stellte fest, das Scheitern des Redneraustausches könnte „zu einer heilsamen Ernüchterung in Westdeutschland führen, sofern wir alle . . . uns nicht um die Einsicht in die wirklichen Ursachen dieses Scheiterns herumdrücken.“ Das

bedeutet „nicht mehr und nicht weniger, als daß wir auf den Alleinvertretungsanspruch verzichten und die DDR anerkennen“. Es gehe um einen neuen Anfang in der Deutschlandpolitik. „Dieser ist von der jetzigen Bundesregierung nicht zu erwarten“, betont Dr. Lindemann. Es sei daher „die Aufgabe der Sozialdemokratie, eine Deutschlandpolitik zu entwickeln, die mit der Wirklichkeit in Einklang steht.“⁵⁾

Wer hat denn den Nutzen von einer Verständigung in Deutschland? Nutznießer ist in erster Linie unser Volk, dessen friedliche Zukunft damit gesichert wird. Nutzen hat aber auch die SPD. Denn je eher eine Verständigung erfolgt, umso schneller kann die Bevölkerung die Erfolgslosigkeit der gefährlichen CDU-Politik erkennen, umso eher kann die CDU-Politik überwunden werden und bekommen die Werktätigen ein klares Bild vom wirklichen Kräfteverhältnis in Deutschland.

Was hat die bisherige

Mit der Initiative der SED ist einiges in Bewegung geraten. Genosse Max Reimann stellte auf der 8. ZK-Tagung fest: „Mit den Briefen des Zentralkomitees der SED ist in der Bundesrepublik eine Diskussion über die Notwendigkeit einer neuen realistischen Deutschlandpolitik in Gang gekommen.“ Dafür gibt es neben den bereits erwähnten Gewerkschaftstagen viele Beispiele. So fanden im SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main in den letzten Wochen mehrere Versammlungen statt, die die Notwendigkeit des Gesprächs mit der SED zum Thema hatten. Die südhessischen Jungsozia-

Entwicklung gebracht?

listen fordern in ihrem Mitteilungsblatt, an die Erkenntnisse des SPD-Deutschlandplans anzuknüpfen.⁶⁾ Der SPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Joachim Steffen, sprach sich im „Kölner Stadtanzeiger“ dafür aus, den Dialog mit der SED „auf allen Ebenen“ fortzusetzen.⁷⁾ Der SPD-Chefredakteur Jens Feddersen stellte fest: Entspannung und Verständigung seien „nicht mehr gegen die heutige DDR, sondern nur noch mit ihr denkbar“.⁸⁾

Wir müssen auseinanderhalten: nicht der Dialog ist gescheitert, sondern zwei vorgesetzte Veranstaltungen. Der Redneraustausch ist nur eine Form des Dialogs. Dabei kann es sich nicht um einen „Schlagabtausch“ handeln. Die Arbeiter beider deutscher Staaten wollen sich nicht gegenseitig schlagen, sie müssen vielmehr gemeinsam die antihumane Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus schlagen. Ein „Schlagabtausch“ zwischen SED und SPD hätte also nichts mit Verständigung zu tun.

³⁾ „Gewerkschaftliche Umschau“, Funktionärsorgan der IG Chemie, Nr. 9/66, S. 199

⁴⁾ „Vorwärts“ vom 6. 7. 1966

⁵⁾ „Gewerkschaftliche Umschau“, a. a. O.

⁶⁾ „Mitteilungsblatt“ der Jungsozialisten Hessen-Süd, Nr. 4-6/66

⁷⁾ Zitiert nach „Tatsachen“ vom 10. 9. 1966

⁸⁾ Jens Feddersen in „Neue Rhein-Zeitung“ vom 13. 8. 1966

Die Hauptaufgabe des Dialogs

„Es gibt ein gemeinsames Interesse“, so stellte der Sozialdemokrat Egon Bahr fest, „zu verhindern, daß es in Europa und gerade im Zentrum Europas eine unkontrollierbare Gefahr gibt. Darin sind sich alle einig.“⁹⁾ Hier drückt Bahr mit seinen Worten aus, was wir meinen, wenn wir sagen: Es geht darum, zu verhindern, daß noch einmal von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Der Dialog — das ist das Gespräch über Deutschland zwischen Menschen verschiedener Weltanschauungen und Parteizugehörigkeiten, das Gespräch zwischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen. Dieser Dialog ist eine fortwährende Aufgabe. Er kann nicht scheitern, weil es immer mehr Menschen dazu drängt, sich über die Lebensfragen auszusprechen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Der Dialog — das ist das Gespräch zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Diesen Dialog führen wir Kommunisten täglich, am Arbeitsplatz, am Wohnort, in den Gewerkschaften und Versammlungen und im gemeinsamen Kampf für soziale Sicherheit, Frieden und Demokratie. Im Verlauf des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen fanden Hunderte von Gesprächen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten statt, in denen beraten wurde, wie man gemeinsam die CDU schlagen kann. Der Erfolg zeigte sich am Wahltag, als die CDU eine empfindliche Niederlage erlitt.

Der Dialog wird auch zwischen Sozialdemokraten und Mitgliedern der SED geführt. Auf dem Boden der DDR fanden und finden zahlreiche Gespräche zwischen Arbeitern aus beiden deutschen Staaten statt. In der Bundesrepublik haben eine Reihe gesamtdeutscher Foren und Diskussionen stattgefunden (und finden weiter statt), obgleich immer wieder versucht wird, sie mit polizeilichen Mitteln zu unter-

binden. Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion in der Heimvolkshochschule Schloß Dhaun, zu der der SPD-Kreistagsabgeordnete Schotte den bekannten Juristen Prof. Kaul (SED) eingeladen hatte. An der Diskussion nahm auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Dröscher teil. Dröscher wies die Angriffe der örtlichen CDU gegen diese gesamtdeutsche Diskussion scharf zurück. Er hat damit gezeigt, daß man vor den Angriffen der CDU nicht zurückweichen braucht, sondern sie zur Wirkungslosigkeit verurteilt, wenn man in die Offensive geht.

Es ist nahezu unbestritten, daß der Dialog keine Drei-Mann-Aktion sein kann, die nur von den drei SPD-Vorsitzenden durchzuführen wäre. Die SPD-Führung spricht von „zentraler Konfrontation“. Soll sie aus drei Mann bestehen? Im Sender RIAS sprach Wehner in einem Kommentar zur Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz davon, daß „jede Frau und jeder Mann“ in Deutschland am Gedanken- und Meinungsaustausch teilhaben müßten.¹⁰⁾ Dieser Meinung sind auch wir. Wehner fordert hier jedoch in Senderichtung DDR etwas, was er den Mitgliedern der eigenen Partei verbieten will.

Niemand will das notwendige Gespräch zwischen den Führungen der Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen durch Gespräche zwischen den Mitgliedern und Funktionären beider Seiten „ersetzen“. Aber solange sich die SPD-Führung gegen sachliche Gespräche und Verhandlungen zwischen den Parteführungen sträßt, kann kein verantwortungsbewußter Kommunist und kein Sozialdemokrat die Hände in den Schoß legen und untätig abwarten. Im Gegenteil. Je schneller und stärker die Verständigung zwischen den Mitgliedern voranschreitet, umso eher wird es auch zu Gesprächen auf höchster Ebene kommen.

Ohne gemeinsames Handeln keine Veränderung

Max Reimann hob auf der 8. ZK-Tagung hervor: „Unser Grundsatz,

⁹⁾ Egon Bahr in „Denken an Deutschland“, Nannen-Verlag Hamburg 1966, S. 205

¹⁰⁾ Herbert Wehner am 17. 9. 1966 in RIAS I

digen, daß weder die KPD noch die SPD allein die Lage in der Bundesrepublik verändern können, hat nach wie vor volle Gültigkeit.“ Max Reimann betonte: „Keine Meinungsverschiedenheit kann so groß sein, daß sie uns hindern könnte, gemeinsam für die Sicherung des Friedens für unser Volk zu ringen.“

Das enthebt uns nicht der Notwendigkeit, wie Max Reimann hinzufügte, „uns auch weiter grundsätzlich mit der schädlichen und gefährlichen Politik von Wehner und Erler auseinanderzusetzen“. Dabei gehen wir immer von der sachlichen Fragestellung aus: Wie können Frieden und Demokratie gesichert werden? Was liegt im gemeinsamen Interesse aller demokratischen Kräfte? Was nützt und was schadet der Arbeiterklasse und unserem Volk?

Wenn wir so sachlich die Haltung der SPD-Führung untersuchen, wenn wir mit den SPD-Genossen geduldig und beharrlich darüber sprechen, was im Interesse der Sicherung des Friedens und der Demokratie liegt, führen wir keine „Angriffe“ auf die SPD-Führer, sondern setzen uns lediglich mit ihrer falschen Politik auseinander. Wir helfen den SPD-Genossen, die Gefährlichkeit der Gemeinschaftspolitik mit der CDU/CSU zu erkennen. Dabei sind wir stets bereit, wie Max Reimann betonte, „auch mit den Führern der SPD sachliche Gespräche zu führen, um jede Möglichkeit zu suchen und zu nutzen, daß SPD und KPD gemeinsam — wenn auch nur in Teillfragen — zum Nutzen des Volkes, zur Sicherung der Demokratie, des Friedens und der wirtschaftlichen Sicherheit zusammenwirken können. Die Hauptsache unserer Politik der Aktionseinheit ist und bleibt aber, daß wir uns mit all den Sozialdemokraten

zusammenfinden, die heute bereits in den Gewerkschaften oder in ihrer Partei mit richtigen demokratischen Forderungen auftreten und eine selbständige Politik der Arbeiter gegen die CDU/CSU-Führer, gegen die Monopole und die Erhard-Regierung verlangen. Je besser wir uns mit diesen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern verbinden, je aktiver diese Kräfte heute bereits auftreten und diesen Kampf führen, desto größere Wirkung wird dies nach und nach auch auf die Gesamtpolitik der SPD haben.“

Es entspricht nicht der Wirklichkeit, wenn die SPD-Führer sagen, es gäbe keine Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Wir Kommunisten sind für die Abrüstung und gegen Atomrüstung, für die Verteidigung des Grundgesetzes, für die Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen durch Mitbestimmung, gegen Notstandsgesetze. Wir sind gegen Kriegsvorbereitung, Revanchismus und Militarismus, für Entspannung und Verständigung über Schritte der Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten. Wir sind für Rüstungsbegrenzung und für eine Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel zur Lösung der Gemeinschaftsaufgaben, zur sozialen Sicherheit und zur Stabilität der Währung. Fast alle SPD-Genossen haben dieselben Ziele und Interessen. Darin liegen die objektiven Gemeinsamkeiten. Bei einer Vielzahl von Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten stellen beide Gesprächspartner immer wieder fest, daß es zwischen ihnen mehr Gemeinsamkeiten gibt, als beide vorher angenommen hatten. Oft werden Skepsis und Resignation durch solche Gespräche überwunden und die Voraussetzungen zum gemeinsamen Handeln geschaffen.

Stabilisierungsgesetze, Arbeitsmarkt und Lohnpolitik VON HELMUT PETZOLD

Die Erhard-Regierung will im Auftrage der großen Industrie- und Bankmagnate auf dem Wege der Verfassungsänderung sogenannte Stabilisierungsgesetze im Bundestag durchbringen. Niemand ist mehr an wirtschaftlicher Stabilität und sozialer

Sicherheit interessiert als die werktätige Bevölkerung. Jedoch stehen die geplanten Gesetze im direkten Gegensatz zu den Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften. Diese Gesetze, die die Notstandsdiktatur auf wirtschaftlichem Gebiet zum

Inhalt haben, bringen weder eine stabile Wirtschaftsentwicklung noch Sicherheit am Arbeitsplatz, noch garantieren sie, daß der erkämpfte Lebensstandard gehalten und ausgebaut wird.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Bonn soll durch Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten der gewählten Parlamente, durch Kreditbeschränkung der Länder und Gemeinden, durch Bildung von sogenannten Rücklagefonds, durch zwangswise Vermögensanlage der Mittel der Sozialversicherung noch mehr Milliarden für die Kriegsvorbereitung herausholen.¹⁾

Neben der Absicht, den Großkonzerne Milliardenkredite auf Kosten des Volkes zuzuschänzen, will die Bundesregierung mit Hilfe dieser Gesetze die erhöhten Rüstungsausgaben finanzieren. Milliarden sollen aus den Werkstätigen herausgepreßt werden, um durch Rüstungskäufe in den USA sowohl den schmutzigen Krieg gegen Vietnam zu unterstützen als auch die USA-Regierung günstig zu stimmen bei dem Streben nach der Verfügung über Atomwaffen.

Zwangsläufig müßte ein weiter aufgeblähter Rüstungshaushalt die schlechende Inflation verstärken. Rüstungsausgaben sind unproduktiv. Sie ver-

mindern die Investitionskraft der Wirtschaft und kürzen die Mittel für notwendige Investitionen und das weitere Wirtschaftswachstum. Das bedeutet für die Arbeiterschaft Existenzunsicherheit, sinkender Reallohn und Abbau der hart erkämpften sozialen Leistungen. Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung dienen nur der Stabilisierung hoher Monopolprofite und der Rüstung. Das ist auch die Meinung der IG Metall auf ihrer 8. Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenz, wo sie in einer Entschließung feststellte:

„Die sogenannte Stabilisierungspolitik zielt vor allem auf die Stabilität der Gewinne und die Sicherung der Unternehmerpositionen auf Kosten der Arbeitnehmer.“

Weiter heißt es,

„... daß Bundesregierung und Bundesbank mit ihrer Politik die Bildung einer industriellen Reservearmee, die künstliche Erzeugung von Arbeitslosigkeit anstreben, um die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen.“

Es ist eines der Hauptziele des sogenannten Stabilisierungsgesetzes, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken und ein Einfrieren der Löhne und Gehälter bei weiter steigenden Preisen zu erreichen.

Die konjunkturelle Entwicklung

Bereits jetzt ist die Stabilität der Währung sowie das Wachstum der Wirtschaft durch die Wirtschaftspolitik der Regierung und der großkapitalistischen Konzerne gefährdet. Die ökonomische Entwicklung ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß die Preislawine unaufhörlich weiterrollt, sondern auch dadurch, daß in vielen Bereichen der Industrie die Produktion zurückgeht oder stagniert. Während bis zum vergangenen Jahr durchschnittliche Zuwachsrraten von 5 bis 10 Prozent zu verzeichnen waren, verlangsamte sich im ersten Halbjahr 1966 (verglichen mit dem gleichen Vorjahr-

zeitraum) der Zuwachs der Industrieproduktion auf nur 2,8 Prozent.²⁾ Neben dem Bergbau, der sich schon seit Jahren in einer Krise befindet, gab es in folgenden wichtigen Zweigen ebenfalls absolute Rückgänge der Industrieproduktion:

Eisenschaff. Industrie	minus	1,6 %
Eisen-, Stahl- und		
Tempergießerei	minus	12,9 %
Stahl- u. Leichtmetallbau	minus	5,5 %
Maschinenbau	minus	0,5 %
Stahlverformung	minus	7,2 %
und EBM-Industrie	minus	1,1 %

Die von der Bundesbank verfügten Restriktionsmaßnahmen — Erhöhung des Diskontsatzes auf 5 Prozent — haben die Stagnationserscheinungen der Wirtschaft noch verstärkt.

Als symptomatisch muß der Produktionsrückgang im Maschinenbau gewertet werden, weil daraus abzulesen

¹⁾ Vergl. auch „Wissen und Tat“, Heft 9/10, 1966, Diskussionsrede des Genossen Ferdinand auf der 8. ZK-Tagung, S. 29

²⁾ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, „Wirtschaft und Statistik“, Heft 8/1966, S. 489

ist, daß künftig die Investitionstätigkeit weiter abnimmt. Neben einer Reihe von Zweigen, deren Zuwachs faktisch stagniert (Elektro-Industrie + 0,4 Prozent, Uhrenindustrie + 0,6 Prozent), haben gegenwärtig überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten nur die chemische Industrie (+ 10,4 Prozent) und die Mineralölverarbeitung (+ 12,3 Prozent). Die Verbrauchsgüterindustrie, die in den ersten Monaten des Jahres noch überdurchschnittliche Zuwachsraten ausweisen konnte, ist jetzt ebenfalls von der „Schrumpfung“ der Konjunktur erfaßt. Massenentlassungen in der Textil-Industrie Nordrhein-Westfalens sind dafür ein deutlicher Ausdruck.

Ahnlich ist auch die Lage in der Bauwirtschaft. Während im ersten Quartal 1966, durch das milde Wetter begünstigt, die Produktion noch kräftig anstieg (Bauhauptgewerbe + 17,1 Prozent), ist im zweiten Quartal 1966 nicht nur eine Beruhigung eingetreten, sondern sind in einzelnen Bereichen ernste Schwierigkeiten entstanden. Durch die Einstellung öffentlicher Bauten sind z. B. im Tiefbau die Aufträge im Juni 1966 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,4 Prozent gesunken. Ähnlich ist die Lage im Wohnungsbau durch die Kürzung der öffentlichen Zuschüsse. Auch das Hochschnellen der Konkurse und Vergleichsverfahren in der Bauwirtschaft von 119 (im ersten Halbjahr 1965) auf 171 (im ersten Halbjahr 1966) deutet darauf hin, daß die Schwierigkeiten im Bauwesen noch zunehmen werden.

Erstmals seit Jahren ist die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft

rückläufig. Sie lag im Juni 1966 2,2 Prozent niedriger als im Juni 1965. Auffallend ist das Absinken der Zahl der Helfer und Hilfsarbeiter um 5,4 Prozent im gleichen Zeitraum. Dazu schreibt die vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ in ihrer August-Ausgabe 1966:

„Für die Annahme, daß der ständig wachsende Geräte-Einsatz insbesondere ungelernnte Arbeiter freisetzt, scheint die Beobachtung zu sprechen, daß die Zahl der Helfer und Hilfsarbeiter . . . am stärksten zurückgegangen ist.“

Es ist ersichtlich, daß verschiedene Faktoren die Freisetzung von Arbeitskräften erwirken: einerseits der Rückgang der Konjunktur, andererseits die Folgen der Automatisierung und Rationalisierung, die, kapitalistisch angewandt, zunehmende soziale Risiken für die Arbeiter mit sich bringen. Beide Ursachen sind auch maßgebend dafür, daß in der gesamten Industrie — seit April dieses Jahres — eine Verminderung der Zahl der Beschäftigten eingetreten ist. Betrug diese Abnahme im April 10 000 gegenüber dem Vorjahr, so waren es im Juni schon 30 000 weniger Arbeiter und Angestellte in der Industrie.

Ein Ausdruck für die sogenannte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist die Tatsache, daß von Monat zu Monat die bei den Arbeitsämtern registrierte Zahl der offenen Stellen zurückgeht und dafür die Arbeitslosenziffer allmählich ansteigt.

Konzerne wollen noch mehr Arbeitslose

Mit Hilfe der Stabilisierungsgesetze und anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen soll diese Entwicklung noch verstärkt werden. Obwohl bereits heute Zehntausende Arbeiter und Angestellte besonders im Steinkohlenbergbau, aber auch in der Eisen-, Stahl- und Textil-Industrie, auf die Straße geworfen werden und der erzwungene Arbeitsplatzwechsel oft mit empfindlichen Lohnneinbußen verbunden ist, kann man gegenwärtig im allgemeinen noch von einer Vollbeschäftigung sprechen. Die Herren der Indu-

strien und Banken bezeichnen das jedoch als „Supervollbeschäftigung“ bzw. „Übernachfrage am Arbeitsmarkt“. Um einen Lohnstopp zu erzwingen, hält Bundesbankpräsident Blessing eine Zahl von 500 000 Arbeitslosen für nützlich. Otto Emminger, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, ließ die Katze aus dem Sack, als er am 27. 8. 1966 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schrieb: „Die Beseitigung dieser Übernachfrage (am Arbeitsmarkt — d. V.) bleibt das A und O jeder Stabilisierungspolitik . . .“

Nach den Bonner „Stabilisierungsplänen“ werden durch eine Drosselung des Wohnungsbaus sowie durch Einstellung bereits im Bau befindlicher Schulen, Krankenhäuser, U-Bahnen, Straßen usw. nicht nur Tausende Bauarbeiter brotlos gemacht. Auch Arbeiter anderer Zweige wie der Stahlindustrie, der Industrie für Baumaschinen usw. werden in Mitleidenschaft gezogen. Die Folge wäre, daß diese Arbeitslosen auf dem Markt als Käufer ausfallen und Absatzschwierigkeiten für langlebige Verbrauchsgüter — Pkw's, Fernsehgeräte, Kühlschränke, hochwertige Textilien usw. — eintreten. Mit dieser durch Konjunkturdrosselung angestrebten „wohdosierten Unterbeschäftigung“ erhoffen Regierung und Unternehmerverbände künftig bei Lohnverhandlungen einen größeren Druck auf die Gewerkschaften ausüben und betriebliche Sozialleistungen (Fahrkostenzuschuß, verbilligtes Werkessen, übertarifliche Zuschläge usw.) abbauen zu können.

Auch die unverschämte Forderung Erhards, in der Woche zwei Stunden

Mitbestimmung gegen

„Stabilisierungsgesetz“

Wilhelm Gefeller sagte Anfang September auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie/Papier/Keramik:

„Sollte man jedoch der Meinung sein, eine wohldosierte Unterbeschäftigung, deren Steuerung die Bundesregierung jederzeit in der Hand habe, sei das richtige Mittel, die Wirtschaft aus dem Tief — an dessen Rand sie sich jetzt schon bewegt — herauszuführen, dann muß sie mit unserem erbitterten Widerstand rechnen. Wir sind nicht geneigt, mit dem Opfer der sozialen Sicherheit vieler Menschen die antiquierten Prinzipien und die Abneigung des Kanzlers gegen jede Art von Planung zu bezahlen.“

In der Tat stehen die Gewerkschaften und das ganze werktätige Volk vor der Aufgabe, sich dem sozialreaktionären Kurs des Großkapitals und der Bundesregierung mit aller Kraft zu widersetzen. Es muß verhindert werden, daß für weiter steigende Profite und forcierte Rüstungsausgaben den

mehr zu arbeiten, läuft auf die Schaffung einer Arbeitslosenreserve für die Monopole hinaus. Allein in der Industrie würde eine Mehrarbeit von zwei Stunden auf der Stelle rund 400 000 Arbeiter und Angestellte überflüssig und damit zu Erwerbslosen machen.

Wenn schon gegenwärtig in vielen Zweigen der Wirtschaft der Reallohn stagniert und in einigen Zweigen, wie der Eisen- und Stahlindustrie, sogar gesunken ist, droht mit den „Stabilisierungsgesetzen“ eine allgemeine Reallohnseinklung. Zumindest wäre es bei einem Arbeitslosenheer von einer halben Million Werktäglichen viel schwerer, Lohnerhöhungen und andere soziale Verbesserungen durchzusetzen.

Die von den Profitinteressen der Stahl- und Kohlekonzern sowie der ausländischen Öltrusts diktierte Wirtschaftspolitik, die den Arbeitern an der Ruhr Unsicherheit, Feierschichten und weitere Zechenstilllegungen im Bergbau sowie Entlassungen in der Stahlindustrie bringt, soll also künftig die gesamte Arbeiterschaft der Bundesrepublik treffen.

Arbeitern und Angestellten die Kosten aufgebürdet werden.

Die herrschenden Kreise wollen mit Stabilisierungsgesetzen eine reaktionäre Antwort auf die objektiven Erfordernisse der Entwicklung der Produktivkräfte geben. Die Probleme der technischen Revolution sollen mit einer staatsmonopolistischen Zwangsregulierung im Interesse weiter steigender Profite gelöst sowie die ökonomischen und politischen Machtpositionen der großen Konzerne erhalten und weiter ausgebaut werden. Diese Art von Lösung der Probleme legt den arbeitenden Menschen neue Belastungen auf, schränkt zusammen mit Notstandsgegesetzen die Demokratie vollends ein und verstärkt den abenteuerlichen Rüstungskurs der Bundesregierung.

Die KPD hat als Antwort auf den Entwurf eines Stabilisierungsgesetzes der Öffentlichkeit ihre Vorschläge „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“ vorgelegt:

„Eine Stabilisierung der Wirtschaft ist notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes gehen.

Deshalb muß das von der Regierung vorgeschlagene „Stabilisierungsgesetz“ von allen demokratischen Kräften entschieden abgelehnt werden.

Als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und Währung, zur Sicherung der Vollbeschäftigung und Kaufkraft schlägt die Kommunistische Partei Deutschlands vor:

1. Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Milliarden Mark; Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate; Beendigung der wertvollen Devisen verschlingenden Waffenkäufe in den USA, die obendrein eine Mittfinanzierung des schmutzigen Krieges in Vietnam darstellen.

2. Drastische Maßnahmen gegen alle Preissteigerungen, Beendigung der staatlich verordneten Preis-, Tarif- und Mieterhöhungen; höhere Besteuerung der Einkommen und Vermögen von Millionären und Großkonzernen; Unterbindung jeder Kapitalflucht in das Ausland.

3. Lösung der dringlichen Aufgaben in der Volksbildung und im Gesundheitswesen, in Verkehrs- und Raumplanung durch eine demokratische Finanzreform, die den Ländern und Gemeinden einen höheren Anteil am Steueraufkommen garantiert; keinerlei Beschniedigung der Finanzhoheit und der verfassungsmäßigen Rechte der Länder und Gemeinden.

4. Hebung der Kaufkraft des Volkes durch Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen, Gehältern und Renten als wichtiger Stütze der Konjunktur.“³⁾

In den Grundsätzen für eine demokratische Wirtschaftspolitik heißt es: „Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt eine blühende Wirtschaft in unserem Lande. Sie setzt sich für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ein. Sie will, daß die wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen demokratisch, durch die Mitbestimmung des Volkes getroffen werden.“⁴⁾

„Wir Kommunisten wissen, daß die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft ein trügerisches Schlagwort

bleiben muß, wenn ihr Inhalt nicht klar bestimmt ist. Wir meinen, Demokratisierung der Wirtschaft kann nur heißen: Einschränkung der Übermacht der großkapitalistischen Konzerne, Mitbestimmung und Mitentscheidung des arbeitenden Volkes und seiner Organisationen auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, vom Arbeitsplatz und Betrieb bis zu den leitenden staatlichen Organen.“⁵⁾

Stabilisierungsgesetze machen jede Mitbestimmung illusorisch, und die wenigen vorhandenen Ansätze würden völlig beiseite geschoben werden.

Die großen Gefahren, die dem werktätigen Volk durch die sogenannten Stabilisierungspläne der Bundesregierung drohen, machen es erforderlich, daß die Gewerkschaften zusammen mit allen demokratischen Kräften diese Gesetze ebenso konsequent ablehnen wie die Notstandsgesetze.

Es ist verhängnisvoll, daß die Führung der SPD offensichtlich bereit ist, den Stabilisierungsgesetzen und den damit verbundenen Grundgesetzänderungen zuzustimmen. Im Grunde genommen hat Schiller im Bundestag Vorschläge entwickelt, wie der Regelungsentwurf für die Interessen der Konzernherren noch perfektioniert werden kann. Die SPD-Abgeordneten würden sich mit der Zustimmung nicht nur selbst den Ast absägen, auf dem die sozialdemokratischen Verwaltungen der Gemeinden, Städte und Länder sitzen, sondern sich auch in direkten Gegensatz zur Arbeiterschaft, die 80 Prozent der Bevölkerung umfaßt, stellen und — bewußt oder unbewußt — mithelfen, die antisoziale und friedensbedrohende Politik der Monopole durchzusetzen.

Vollbeschäftigung, Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum können am besten gesichert werden, wenn neben der Mitbestimmung die Gewerkschaften die aktive Lohn- und Gehaltspolitik verwirklichen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage beweist einmal mehr, wie richtig die gewerkschaftliche Feststellung ist: Die Erhöhung der Kaufkraft ist die beste Stütze der Konjunktur. Diesen Grundsatz sollten alle Vertrauensleutekörper, Vertreterversammlungen und Tarifkommissionen beachten, wenn sie die Lohnforderungen für die Anfang näch-

³⁾ Sonderausgabe „Freies Volk“, September 1966

⁴⁾ Ebenda

⁵⁾ Ebenda

sten Jahres ausstehenden Tarifaus einandersetzungen festlegen. Lohn erhöhungen zwischen 10 und 12 Prozent sind durchaus real und die Monopole haben genügend Polster, diese auch zu zahlen. Gleichzeitig sollte auch als Antwort gegen Freisetzung von Arbeitskräften der Kampf um weitere Arbeitszeitverkürzungen nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden. Beispielsweise könnte eine echte Arbeitszeitverkürzung im Steinkohlenbergbau Tausenden von Arbeitern den Arbeitsplatz erhalten.

In ihrem Vorschlag für eine stabile Friedenswirtschaft appelliert die KPD

an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, an die Bundestagsfraktion und Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sich den arbeiterfeindlichen Plänen der Regierung entgegenzustellen:

„Laßt uns vereint die Kraft der Arbeiterorganisationen einsetzen für eine demokratische und soziale Wirtschaftspolitik, für das volle Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes, für die gerechten sozialen und wirtschaftlichen Forderungen im Aktions- und Grundsatzprogramm der Gewerkschaften.“

Die Zusammenarbeit mit der Intelligenz suchen VON JUPP ANGENFORT

I.

In der Bundesrepublik geschehen Dinge, die es nach althergebrachten Vorstellungen von der rechten Ordnung auf dieser Welt niemals geben dürfte: Da tun sich doch allen Ernstes Professoren, hochangesehene Männer der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, mit — man denke! — Gewerkschaftsfunktionären zusammen und wenden sich mit diesen gemeinsam gegen wesentliche Ziele der Bundesregierung, stellen zum Beispiel der Forderung der Regierung nach Notstandsgesetzen die Verteidigung des Grundgesetzes entgegen. So etwas ist doch wohl noch nicht dagewesen! Tatsächlich, es ist eine neue Erscheinung in der Bundesrepublik, daß beachtliche Gruppen der Intelligenz sich direkt an die größte Arbeiterorganisation wenden und ein gemeinsames Handeln mit ihr anstreben.

Gewiß, wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Bei weitem nicht die Mehrheit der Intellektuellen handelt so. Viele Angehörige der Intelligenz stehen bewußt im Dienst der herrschenden Kreise der Bundesrepublik, vertreten deren Ideologie und Politik, während große Teile sich noch politisch gleichgültig verhalten. Aber trotzdem: wir sehen eine bewerkenswerte Entwicklung unter den Geistesschaffenden. Wie ist sie zu erklären?

Die fortschrittlichen Intellektuellen sprechen selbst aus, was sie bewegt:

die Sorge, daß die Bundesrepublik in eine neue Diktatur und in kriegerische Abenteuer treiben könnte. Sie sehen sich in der Hoffnung getäuscht, dieser Staat werde ihre bürgerlich-demokratischen Ideale verwirklichen. Der Weg ging im Gegenteil zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, das auch die Intelligenz einem wachsenden ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Druck unterwirft, die Wissenschaft immer mehr in die Rüstung eingespannt, die Freiheit humanistischer Schriftsteller und Künstler einschränkt, die Lehrer zwingen will, die Jugend im Geiste des Revanchismus zu erziehen. Die immer offener friedens- und freiheitsgefährdende Politik Bonns hat Unbehagen, Besorgnis und schließlich den öffentlichen Protest geweckt. So kommt es, daß Karl Jaspers, bisher in vielem ein Befürworter der Bonner Politik, heute ein scharfer Kritiker wesentlicher Züge dieser Politik ist. So kommt es, daß Nobelpreisträger Professor Max Born in einem Brief an den IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner von den Erfahrungen seines langen Lebens spricht und den Gewerkschaftsführer bittet, seinen Einfluß für die Abwehr einer neuen Katastrophe geltend zu machen. So kommt es, daß hunderte Hochschulprofessoren, über alte bürgerliche Vorurteile hinausgehend, Verbindung zur Arbeiterkasse suchen.

Sie wenden sich an die Arbeiterklasse, weil sich, wie in dem jüngsten Professoren-Appell gesagt wird, „die Gewerkschaften als der sicherste Schutz der demokratischen Rechtsstaatlichkeit erwiesen haben“, und es ihnen zu danken ist, „daß die Regierung heute noch nicht über ein voll ausgebautes Ausnahmerecht verfügt“. Wir können den Wert dieses sich entwickelnden Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz gar nicht hoch genug einschätzen. Und wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, daß es

an Umfang, Stärke und Konsequenz gewinnt.

Gerade deshalb dürfen wir nicht ideologische Faktoren übersehen, die die Entwicklung dieses Bündnisses noch hemmen. Tief eingewurzelte Vorurteile führen dazu, daß viele Arbeiter die Intelligenz in Bausch und Boggen als Diener der Bourgeoisie betrachten. Andererseits schauen nicht wenige Intellektuelle, die von den bürgerlichen „Elite“-Theorien beeinflußt sind, überheblich auf die Arbeiterklasse herab und sehen nicht deren schöpferische, geschichtsbildende Kraft.

II.

Da hier die Entwicklung in der Intelligenz im Mittelpunkt der Betrachtung steht, soll auf einige Probleme eingegangen werden, mit denen Intellektuelle gerade uns Kommunisten konfrontieren. Das sind z. B. Vorbehalte gegen den Weg der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem gegen deren Kulturpolitik. Sie laufen im Grunde immer auf den Vorwurf hinaus, in der DDR, wie im Sozialismus überhaupt, sei die Freiheit der Kultur, der Literatur und Kunst nicht gewährleistet.

Was heißt denn Freiheit der Kultur, der Literatur und Kunst? Wir Kommunisten meinen, Kultur, Literatur, Kunst und ihre Schöpfer müssen die Freiheit, das Recht und die Möglichkeiten haben, für das Glück der Menschen, für den Frieden, für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Bereicherung des Lebens ungehindert tätig zu sein. Das Volk muß die Freiheit, das Recht, die Möglichkeiten haben, sich die Schätze der Kultur ungehindert zu eigen zu machen, an ihnen Anteil zu haben und entsprechend den Fähigkeiten und Talenten mitzugestalten. Gerade das aber ist in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht. Hier wurde die Forderung realisiert, die Bert Brecht 1951 in seinem Offenen Brief an die deutschen Schriftsteller und Künstler aufgestellt hat: Freiheit für Kunst und Literatur, mit einer Einschränkung: „Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg erherrlichen oder als unvermeidlichinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.“ Spricht das für oder gegen die DDR?

Es hat für alle Menschen in der Bundesrepublik, die sich dem Frieden und der Demokratie verbunden fühlen, eine große positive Bedeutung. Und für die DDR spricht, daß sie ein System der Volksbildung entwickelte, in dem die Verbreitung humanistischen Gedankengutes gesichert ist, das den Erfordernissen von Wissenschaft und Technik gerecht wird, das den Kindern aller Bevölkerungsschichten unbegrenzte Bildungschancen eröffnet und somit für Millionen auch kulturelle Freiheit in einem noch nie dagewesenen Ausmaß gebracht hat. In der DDR hat das Volk die Güter der Wissenschaft und Kultur in Besitz genommen. Das Interesse an Kunst und Literatur, die künstlerische Betätigung haben sich mächtig ausgebreitet. So wird im Aufbau des Sozialismus, im Vorwärtschreiten, in der Überwindung vielfältiger Schwierigkeiten die wirkliche Freiheit von Kultur und Kunst gestaltet.

Manch einer wird hier die Lenkung und Leitung der kulturellen Entwicklung — aus der die SED kein Hehl macht, über die sie vielmehr in aller Offenheit spricht — als Beweis für die Bevormundung der Kulturschaffenden und für die Beschneidung ihrer Freiheit entgegenhalten. Und möglicherweise wird unser Gesprächspartner noch darauf verweisen, daß seiner Meinung nach in der Bundesrepublik Kunst und Literatur sich ungeplant und ungelenkt in nahezu absoluter Freiheit entfalten können. Wie steht es damit?

Es ist eine Tatsache: In der Bundesrepublik dominiert in der für die Mas-

senbeeinflussung bestimmenden Kunst- und Literaturproduktion eine riesige Flut von Büchern, Heften, Filmen usw., die revanchistischen Ungeist verbreiten, die Geschichte verzerrt, die wirklichen sozialen Verhältnisse erschleieren, während humanistische Schriftsteller und Künstler nur einen Bruchteil der Bevölkerung erreichen. Ob das wohl ungesteuert, ohne maßgebliche Beeinflussung durch die herrschenden Kreise vor sich geht? Natürlich nicht! Hier sorgen staatliche Stellen und private Kulturkonzerne für die „richtige“ Meinungsbildung. Mit Zuckerbrot und Peitsche! Die herrschenden Kräfte bleiben dabei gern soweit wie möglich im Hintergrund. Ab und zu wird man zur Selbstverständigung, zur Absteckung neuer Ziele jedoch deutlicher. Das sieht dann so aus:

Auf dem kulturpolitischen Kongress der CDU/CSU in Gelsenkirchen erklärte der heutige Minister Krone: „Die CDU muß auf ihrer vom Recht kontrollierten Macht bestehen und so ihren kulturellen Auftrag erfüllen, sonst werden wir mit dem Osten nicht fertig. Auch die Gelder für Strauß (der damalige Verteidigungsminister — d. V.) sind im Grunde Gelder für Kulturstrecke.“¹⁾

Der Vorsitzende des Kulturkreises im Bundesverband der (west)deutschen Industrie, der berüchtigte Konzernherr und Hitlersche Wehrwirtschaftsführer Hermann Reusch, verlangte auf einer Tagung seines Verbandes, die Kunst solle „gebraucht werden und mittun“²⁾). Einer seiner Vertrauensleute auf dem Gebiet der Literatur, Friedrich Sieburg, machte deutlich, daß dieses „Gebraucht-werden“, dieses „Mittun“ darin bestehen soll, „... das soziale Gefühl als einen Aberglauben zu entlarven, die Atombewaffnung für notwendig zu halten, die Manager als wünschenswerte Erscheinungen zu definieren, den Wohlstand zu feiern und einem ‚satten‘ Bürgertum den Vorzug vor einem hungernden zu geben!“³⁾

Es geht aber noch direkter. So hat der schleswig-holsteinische Kultusmi-

¹⁾ „Die Welt“ vom 1. 12. 1960

²⁾ „Die Welt“ vom 17. 9. 1963

³⁾ „Schwierigkeiten, heute die Wahrheit zu schreiben“, herausgegeben von Heinz Friedrich, München 1964, S. 162

nister von Heydebreck (CDU) nach einer Pressemitteilung vom 22. 2. 1968 entschieden: „Ungedienten Studenten fehle die innere Einstellung zur Verteidigung der Bundesrepublik; sie seien deshalb nicht qualifiziert, später als Lehrer politische Bildung zu vermitteln.“ Das Soldbuch wird zum Qualifikationsnachweis für den Lehrberuf erhoben. Steuerung und Gängelung des kulturellen Lebens durch Konzerne und Bundesregierung, um es dem Profitstreben und einer revanchistischen Politik unterzuordnen — das ist die Praxis in der Bundesrepublik.

Und wie sieht es in der DDR aus? — Die Marxisten sagen offen und klar, daß in der sozialistischen Gesellschaft die geistig-kulturellen Prozesse unter Teilnahme der Geistesschaffenden, der Künstler geleitet werden müssen, daß die Forderung an die Kunst und an die Künstler erhoben wird, volksverbunden zu sein, Partei zu ergreifen (nicht im Sinne der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei) für Frieden und Demokratie, für die Verteidigung und Entwicklung des Sozialismus, gegen die Ausbeutung und Erniedrigung des Menschen. Für dieses Ziel wird das Problem der gesellschaftlichen Verantwortung von Kunst und Literatur zum Gegenstand des offenen Meinungsstreites gemacht. So finden Kunst und Literatur, wie alle Elemente des gesellschaftlichen Lebens, ihren Platz bei der Arbeit für das Glück der Menschen.

Es ist nicht leicht für einen westdeutschen Intellektuellen, der ja in einer monopolkapitalistischen Gesellschaft lebt, der möglicherweise viele Tatsachen der kulturellen Entwicklung in der DDR nicht kennt, der noch dazu unter der Wirkung einer antikommunistischen Propaganda lebt, das zu verstehen. Es ist deswegen eine unserer bedeutendsten Aufgaben, unter den Intellektuellen die Wahrheit über die DDR zu verbreiten.

Wir Kommunisten sollten den Intellektuellen sagen, daß sie gut beraten sind, wenn sie sich selbst über die DDR informieren und sich ein objektives Urteil bilden. Wir sollten sie ermuntern, die Zusammenarbeit mit den tragenden Kräften des geistig-kulturellen Lebens der DDR zu suchen, mit den Arbeiterorganisationen, den Schriftstellern und Künstlern, Lehrern und

Wissenschaftlern. Es wird sich für sie lohnen, sich zu erkundigen, wie denn die Freiheit des künstlerischen Schaffens mit der Forderung nach sozialistischer Parteilichkeit in Einklang gebracht werden kann, zu hören und zu sehen, welche Gründe die sozialistischen Schriftsteller und Künstler haben für ihren Standpunkt: unsere Freiheit verwirklicht sich in dem Bemühen, den gesellschaftlichen Prozessen und ihren Gesetzmäßigkeiten auf die Spur zu kommen, mit unseren Werken bewußt an der Gestaltung der neuen Gesellschaft mitzuwirken, auf unsere Weise Macht auszuüben. Unsere Freiheit verträgt sich also sehr gut, ja sie ist identisch mit der Parteinahme für den Sozialismus. Und es ist lohnend, mit eigenen Augen kennenzulernen, weshalb der Leitgedanke des sozialistischen Realismus durchaus nicht zu Enge und Eintönigkeit führt, sondern zu einer Vielfalt künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten.

III.

Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Intellektuellen in der Bundesrepublik wird manchmal durch die Auffassung gehemmt, wir Kommunisten stellten Vorbedingungen für diese Zusammenarbeit. Beispielsweise, daß die Kulturschaffenden sich bestimmter künstlerischer Ausdrucksformen bedienen. Wir treffen öfter auf die Meinung, wir Kommunisten wollten die Schriftsteller und Künstler reglementieren. Das ist ein Irrtum, und wir sollten ihn ausräumen. Es geht in der Bundesrepublik um die Erringung einer Friedenspolitik, um das Eintreten für Humanismus und gegen neofaschistische Tendenzen, um die Rettung der Demokratie, um die Verteidigung der sozialen Interessen des Volkes. Wir Kommunisten fühlen uns mit allen Intellektuellen tief verbunden, die sich in diesem Kampf an die Seite des Volkes stellen. Wir wünschen und suchen mit ihnen die Zusammenarbeit, was auch immer ihr Stil oder die künstlerische Richtung sei, zu der sie neigen.

Natürlich haben wir Kommunisten, was das künstlerische Schaffen anbetrifft, bestimmte Vorstellungen. Wir wünschen, daß die Schriftsteller und Künstler Werke schaffen mögen, die dem Frieden, der Demokratie und dem

Für eine Zusammenarbeit westdeutscher Intellektueller mit den Geistes-schaffenden der DDR ist die Bejahung des Sozialismus keinesfalls Vorbedingung. Das haben die Repräsentanten des kulturellen Lebens der DDR und die SED oft genug betont. Aber diese Zusammenarbeit ist nötig und möglich im Interesse der Verständigung in Deutschland, der Sicherung des Friedens und damit im Interesse der Bewahrung und Weiterentwicklung der fortschrittlichen Tradition der deutschen Kultur. Aus den kulturellen Leistungen, die unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und unter der Führung der SED vollbracht wurden, können unsere Geistes-schaffenden die Gewißheit gewinnen, daß ihre Zukunft im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt an der Seite der Arbeiterklasse liegt. Das wird dem Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz in der Bundesrepublik zugute kommen.

Fortschritt dienen, die den Menschen helfen, sich ihrer gesellschaftlichen Situation und deren Veränderbarkeit bewußt zu werden, Werke, die die Verbundenheit des Künstlers mit dem Volk zum Ausdruck bringen. Wir glauben, daß sich das aus der Verantwortung des Künstlers dem werktätigen Volk gegenüber ergibt. Welche Sprache und Formen sie dafür finden, ist Sache der Künstler und Schriftsteller selbst. Wir wissen, daß das künstlerische Schaffen schöpferisches Suchen und die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen erfordert. Wir wissen auch, daß es unsinnig wäre, dem Schriftsteller, Maler, Bildhauer usw. in den Schaffensprozeß hineinreden zu wollen, ihm vorschreiben zu wollen, daß er dieses so und jenes anders machen müsse. Wir sind aber der Meinung, daß es das eigene Interesse des Künstlers und Schriftstellers sein müßte, solche Formen des Schaffens zu wählen, die dem humanistischen Anliegen von Kunst und Literatur den wirksamsten Ausdruck verleihen, die es erleichtern, die humanistische Zielsetzung des Werkes dem Volk verständlich zu machen. Wir Kommunisten nehmen uns deswegen auch die

Freiheit, zu Problemen der Literatur und Kunst unsere Meinung zu sagen, auch sachlich Kritik zu üben. An Diskussionen über künstlerische Fragen sind Kommunisten ohnehin schon dadurch beteiligt, daß es nicht wenige Schriftsteller und Künstler gibt, die Kommunisten sind.

Was immer jedoch Streitpunkte in weltanschaulichen oder künstlerischen Fragen sind und vielleicht noch längere

Zeit bleiben, im Vordergrund steht das Interesse und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Intellektuellen und Kommunisten, die Notwendigkeit, das feste Bündnis der Arbeiterklasse und der Intelligenz sowie aller übrigen demokratischen Volkskräfte für den Frieden, für das Glück unseres Volkes zu schaffen. Für dieses Bündnis müssen und werden wir unseren Beitrag leisten.

Beruf und Berufung der Schriftsteller*

Ein Gespräch mit Anna Seghers

Hans Schaul: Wir erinnern uns an dein Wort: „Lassen wir uns von unserer Berufspflicht überwältigen, bevor uns die Schuld überwältigt.“ Das sagtest du in deiner Ansprache zum Internationalen Schriftstellertreffen im vorigen Jahr in Weimar. Du sprachst davon, daß in Vietnam „die Erde brennt“, daß dem Atomtod von den Imperialisten Rampen gebaut werden gegen Völker und Länder, und davon, wie unerlässlich für die Welt ein Netz lebender Längen- und Breitengrade von Menschen ist, die für den Frieden kämpfen – ein Netz, in dem die Bücher der Dichter gewissermaßen „Knotenpunkte“ sind.

Anna Seghers: Das gehört zur Berufspflicht eines jeden Schriftstellers. Für meinen Begriff. Ob er auf dem Nordpol oder in der DDR, ob er in einem sozialistischen oder in einem nichtsozialistischen Land lebt. Sich dafür einzusetzen, mit seiner speziellen Begabung, seinem speziellen Beruf, und durch Aktionen, die er fördert, an denen er teilnimmt, das ist seine Berufspflicht.

Hans Schaul: In Weimar, das war ein internationales Treffen. Du sprachst über die weltweite Verantwortung der Schriftsteller. Wie ließe sich diese Berufspflicht für einen Schriftsteller, der in der DDR schreibt, und zwar im Jahre 1966, näher bestimmen?

Anna Seghers: Der Schriftsteller, der in der DDR lebt, wird nicht gehindert, sondern bestärkt durch seinen Staat.

*) entnommen der „Einheit“, Heft 9/1966. Gesprächsführer Hans Schaul ist Chefredakteur der Einheit.



Es sind Gebote seiner Gesinnung, die sich in den Staatsgesetzen ausdrücken. Ich will ein Beispiel nennen. Ein progressiver Schriftsteller, der in den USA lebt, kann nur im Widerspruch zu seinem Staat mit dem vietnamesischen Volk solidarisch sein. Wenn ein solcher Schriftsteller hier bei uns lebt, dann ist er eins mit dem Staat und hat als Schriftsteller seinen Teil an der Solidarität. Mit seinem Wort als Schriftsteller, mit Aktionen. Wir haben z. B. vom Schriftstellerverband aus eine Sammlung von Fahrrädern für Südvietnam gestartet. Wie man sie für den

Dschungelkrieg braucht. Interessant und erregend finde ich, daß in der Kinderrepublik, der Thälmannrepublik, die Kinder als Antwort auf unsren Brief über tausend Mark von ihrem Taschengeld zusammenlegten.

Hans Schaul: Die Kraft der Schwachen! Können wir sagen, daß dieser Titel, den du deinem letzten Buch gabst, gewissermaßen ein Grundmotiv deines dichterischen Schaffens überhaupt nennt?

Anna Seghers: Ich kann nicht unbedingt mit Ja antworten. Selbstverständlich geht mir dieses Motiv nahe. Auf Menschen aufmerksam zu machen, die übersehen worden sind, oder übersehen würden, wenn wir nicht auf sie aufmerksam machen, gehört zur Kunst. Aber ich habe etwas auszusetzen an der Meinung – ich lese das manchmal, deshalb spreche ich davon, auch wenn du es wahrscheinlich anders betrachtest – es wäre das „arme, schwache Proletariat“, das plötzlich unglaublich stark wird. Es handelt sich doch in meinem Buch um besondere Fälle, besondere Menschen, um Menschen, die schwach oder schwächlich oder unwichtig wirkten und in einem ganz entscheidenden Moment ihres Lebens spüren, was sie tun müssen. Dagegen das Proletariat, die Arbeiterklasse, auch dort, wo sie es schwer hat, dort, wo sie nicht die Leitung eines Staates hat, sondern unterdrückt ist, z. B. die schwarze Bevölkerung in Südafrika, um ein besonders deutliches Beispiel zu nehmen, kann man nicht schlechthin als „Schwache“ bezeichnen.

Hans Schaul: Du gestaltest in diesen Erzählungen menschliche Größe im Alltag. Auch der Schriftsteller hat einen Alltag, der Anforderungen an menschliche Größe stellt, an seine Kraft.

Anna Seghers: Es handelt sich nicht nur um den „Alltag“, sondern um Kraft in alltäglichen und außergewöhnlichen Situationen. Es ist nicht einfach, sondern schwer, was ich als Größe empfinde, darzustellen. Ich habe damit immer und andauernd schwere Arbeit. Bei einem Vortrag in einer Fabrik hat mich mal ein Arbeiter gefragt: „Wie ist das eigentlich, hast du auch Ausschuß?“ Da habe ich geantwortet: Und ob! Du müßtest mal meine Papierkörbe sehen.

Manchmal hilft man dem Schriftsteller nicht genug, wenn man ihm nur nachträglich vergnügt am Zeug flickt. Man sollte ihm öfter einen guten Rat geben, Vorschläge machen, verstehen, was er ausdrücken will, damit er es richtig ausdrücken kann. Oft kommt es mir so vor, wenn man richtig geraten hätte, rechtzeitig und richtig – freilich, auch wenn der Betreffende rechtzeitig und richtig von vernünftigen Menschen Rat angenommen hätte, das ist genauso wichtig –, dann wäre aus manchem Stoff etwas geworden. Diese richtige Hilfe, bevor unser Steuergeld ausgegeben wird, wäre ganz angebracht. Diese Hilfe gehört, siehst du, mit zu unserer Gesinnung, zu unserer Weltanschauung.

Hans Schaul: Und auch die wissenschaftliche Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gehört dazu, müßte man ergänzen. Es war Humanismus, Menschlichkeit, die Grundfrage künstlerischen Schaffens, die dich, die Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Heinrich Mann und so manchen anderen Schriftsteller zu aufrechten Friedenskämpfern werden ließ und euch an die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Partei führte. Und ein gediегenes Wissen, ein, wie ich meine, in unserem Zeitalter für den Schriftsteller nötiges theoretisches Niveau.

Anna Seghers: Das gilt nicht nur für den Schriftsteller. Wenn in Westdeutschland viel mehr Menschen genau wüßten, was in Vietnam passiert, dann wüßten sie auch besser, was zu tun ist. Wenn ich Vorflesungen in der Bundesrepublik habe, werden dort viele Fragen gestellt, die zeigen, die Menschen wissen eine Menge nicht, sie wurden von vielen Problemen niemals berührt, weil das gar nicht in ihr Denken hineinkam.

Hans Schaul: In Westdeutschland ist vor vielen Dingen des Lebens ein Nebelvorhang. Es gibt wenig Menschen, die von sich aus die Kraft hätten, diesen Nebelvorhang zu zerreißen. Die meisten können es manchmal Jahre aushalten, wenig zu wissen.

Anna Seghers: Das ist bei uns anders. Wissen und Menschlichkeit werden uns nicht gar so schwer gemacht. Und doch ist die Sache nicht so einfach. Manchmal wirkt gerade die Tatsache

hemmend, daß junge oder auch alte Menschen das Richtige einfach sozusagen geboten bekommen, anstatt es sich erworben zu haben. Sie verstehen deshalb nicht genug „mit allen Sinnen“, was das im Grunde bedeutet: die DDR als ihr Staat! Und nicht als Staat, der nun mal so ist wie er ist.

Auch dieses Bewußtmachen ist ein Teil der Berufspflicht des Schriftstellers. Weil das so ist, und weil er an der Bewußtwerdung einen so großen Anteil hat, ist es sehr zu klagen, daß der Anteil von Kunst und Literatur beim Wachsen des Menschen noch zu wenig beachtet wird, vor allem in den Schulen. Ich möchte das gleich sagen. Es liegt mir auf dem Herzen. Ich habe nichts gegen Sport. Ich bin sogar traurig, daß ich nicht mehr Sport getrieben habe. Ich weiß, welche Rolle die Wissenschaft in unserem Leben spielt. Meine Kinder sind keine Künstler, sondern Wissenschaftler. Aber... Wie drückt man es aus? Da wäre auch ein Rat nötig — wir haben eben davon gesprochen. Ich glaube, was man Gewissen nennt — davon sind wir ja ausgegangen, als wir von der Berufspflicht des Schriftstellers sprachen —, das Gewissen zu wecken und zu leiten — dabei spielt die Literatur eine große Rolle.

Man muß sich überlegen, welchen Anteil die Kunst und welchen Anteil die Wissenschaft an der Bewußtseinsveränderung der Menschen hat. Und man muß sich klar darüber sein, daß es nicht der gleiche Anteil ist, und daß beide Seiten bedeutende aber nicht identische Aufgaben haben.

Bleiben wir einmal bei der Schule. Ich war gestern im Kino, weiß gar nicht mehr, wie der Film hieß. Er war sehr interessant. Ein Reporter ist mit einem Mikrophon in Schulen und Betrieben gewesen und hat gefragt, ob die Kinder acht oder zehn Jahre Unterricht haben wollen. Das war ganz ohne Beschönigung gemacht und hat mir deshalb gut gefallen. Denn du glaubst dem Autor, in diesem Fall dem Filmautor, mehr, wenn er auch zeigt, was nicht positiv ist. Du glaubst ihm das Positive, weil du auch das Nichtpositive geglaubt hast. In diesem Fall war das Nichtpositive, daß ziemlich viele junge Mä-

del, die der Reporter gerade nach dem Sportunterricht befragte, ob sie weiter in die Schule gehen wollen oder nicht, gesagt haben, sie wollen nicht weitergehen. Es gefällt ihnen besser, nach acht Jahren abzugehen. Die eine will Schneiderin werden, die andere Friseuse. Wozu sollen sie da noch weiter Mathematik lernen?

Dann hast du in diesem Film eine Betriebsakademie gesehen. Frauen, die bald so alt waren wie ich. Auch ein paar jüngere. Die saßen und lernten Mathematik. Sie haben gesagt: Ja, wir haben das als Kinder nicht gelernt. Jetzt wird unser Betrieb verändert, und wir hören immer von diesen Dingen sprechen. Und es hat sich erwiesen, daß wir gar nicht so dumm sind und talentlos, wie wir glaubten.

Dann hast du einen modernen Betrieb gesehen, in dem hübsche Frauen bei der Arbeit waren. Mit stolzen Gesichtern. Selbstsicher. Aber mit einer Selbstsicherheit, die dir gut gefallen hat. Sie haben erklärt, es wäre unmöglich, in diesem Betrieb mit einer achtjährigen Schulbildung zurechtzukommen. Also, das war ein vernünftiger Film. Du mußt ihn dir einmal ansehen. Daraus hat sich manches ergeben — für den Schriftsteller und im allgemeinen.¹⁾

Hans Schaul: Der Film ist aber nur ein mittelbares Erlebnis. Welche Quellen siehst du für den Schriftsteller, solche Probleme zu erkennen, den Stoff so zu gewinnen, daß man ihn darstellen kann? Denn dazu gehört ja mehr als nur zu kennen, was es gibt. Dazu braucht man ein genaues Wissen.

Anna Seghers: Und außerdem brauchst du noch Phantasie. Wenn du keine Phantasie hast, kannst du nichts erfinden. Und schwere Arbeit brauchst du. Schwere Arbeit Tag und Nacht.

Ich will ein Beispiel geben. Ich war noch in Mexiko. Man erzählte mir — vielleicht habe ich es auch in einer Zeitung gelesen, es war jedenfalls eine einfache und kurze Mitteilung —, daß Maschinengewehre, die in einem faschistischen Rüstungsbetrieb hergestellt wurden, nicht funktioniert haben, daß man die Saboteure fand und erschoß — nach langer Zeit. Diese Geschichte ist mir im Kopf herumgegangen. Ich wollte eine Gruppe von Arbeitern schildern, die überzeugt waren, daß sie bei Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion Sabotage üben müssen.

¹⁾ „Entscheidung fürs Lernen“, ein Film des DEFA-Studios für populärwissenschaftliche Filme (Anm. d. Red.)

Sie glaubten, daß viel mehr Arbeiter mitmachen würden. Ich habe noch nie in einer Munitionsfabrik gearbeitet. Ich wußte nicht, wie ein Maschinengewehr zusammengesetzt ist. Zum Glück traf ich einen Spanienkämpfer, der bis ins Detail Bescheid wußte und auch den Sinn dieser Geschichte verstand. Er setzte sich Stunden und nochmals Stunden mit mir zusammen. Wir mußten uns vier oder fünf Möglichkeiten der Sabotage ausdenken, die nicht sofort zu entdecken waren und auch durchführbar sind in einem großen Betrieb, ohne daß die anderen es merken.

Die Geschichte wurde veröffentlicht.²⁾ Viel später erhielt ich eine Nummer des „Ogonjok“, darin war eine Erzählung von Boris Polewoi, mir gewidmet. Polewoi erzählte, wie man auf einem Acker in der Sowjetunion einen riesigen Blindgänger fand, lange nach dem Krieg, und die Leute, die die Bombe entschärfen sollten, verblüfft bemerkten, daß die Bombe gar nicht scharf war und einen Zettel entdeckten, auf dem stand: „Nicht alle Deutschen sind Nazis.“ Das ist ein Beispiel für den Anteil von Phantasie und technischer Hilfe. Polewoi hat es gleich verstanden.

Hans Schaul: Ich komme noch einmal auf deine Worte zurück, daß die Literatur bewußtseinsverändernd, gewissenerweckend wirkt. Mehrere unserer Bücher sind jetzt auch in Westdeutschland erschienen, auch Bücher von dir, auch dein Buch „Die Kraft der Schwachen“. Werden diese Bücher von den westdeutschen Menschen richtig verstanden?

Anna Seghers: Ich erhalte von drüben viele Briefe. Unsere Bücher „kommen an“, sehr gut sogar. Viele Menschen verstehen unsere Bücher.

Hans Schaul: Trotz der riesigen Propagandamaschinerie, die versucht, eine bestimmte Meinung über unsere Bücher

aufzubauen und ihre Wirkungsweise zu beeinflussen?

Anna Seghers: Der kapitalistische Propagandaapparat war immer ganz wacker, aber Gorkis „Mutter“ wurde nicht nur zur Zeit des Zarismus geschrieben, sondern auch zu dieser Zeit schon von vielen richtig verstanden.

Hans Schaul: Kann man erwarten, daß auch westdeutsche Schriftsteller unsere Gegenwart in der DDR richtig verstehen?

Anna Seghers: Ich meine, der Grund, warum so mancher unsere Wirklichkeit nicht versteht, ist nicht nur die „Vernebelung“, oder wie man das ausdrücken will, sondern die Tatsache, daß er seine Existenz in eine gewisse Gefahr bringt, wenn sein Gewissen intakt ist. Denn er kann auf die Dauer nicht gleichzeitig unsere Wirklichkeit hier verstehen, das sagen — und eine ausgezeichnete Stellung haben, vielleicht in einem Verlag oder als Theaterdirektor. Und der Betreffende wird bestimmt nicht von sich selbst glauben wollen, daß er so „biegsam“ oder gar verlogen ist.

Über diese Fragen gibt es noch viel nachzudenken. Man darf die Welt und auch die Menschen in den nichtsozialistischen Ländern nicht als statisch ansehen, als nicht zu ändern. Es wäre nicht richtig, diese Menschen an einer einmal geäußerten Meinung oder einer Frage „die von Unwissenheit zeugt, „festzunageln“. Unsere Weltanschauung geht von der Veränderbarkeit der Welt aus. Auch diese Menschen verändern sich.

Dabei muß auch unsere Literatur und Kunst helfen. Ich glaube, Tschernyschewski hat gesagt, die Wissenschaft erklärt und die Kunst stellt dar, und beide verändern. Das sollten wir nicht vergessen. Wir können ungeheuer viel auf Menschen einwirken, auch mit der Literatur, die mein „spezielles Fach“ ist.

„Schubladengesetze“ — Schleichweg zur Diktatur VON KURT RICHTER

Am 3. 5. 1966 bestätigte Innenminister Lücke in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung die Existenz von Notverordnungen, den sogenann-

ten Schubladengesetzen, die der Bundesregierung die Ermächtigung geben sollen, jederzeit ohne Rücksicht auf Parlament und Grundgesetz in den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung einzutreten. Und er vergaß

²⁾ „Die Saboteure“, in Anna Seghers, „Der Bienenstock“, Aufbau-Verlag, Berlin 1963

auch nicht, zynisch hinzuzufügen: „Diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben, waren etwas bleich.“ Mit der Erklärung Lückes wurden Praktiken offiziell bestätigt, die all das, was bisher in Bonn schon „außerhalb der Legalität“ geschah, noch in den Schatten stellen.

Entgegen dem Grundsatz der Verfassung, daß die Gesetzgebung ausschließlich Sache des Bundestags und des Bundesrats ist, wurden und werden von der Ministerialbürokratie heimlich Ermächtigungsgesetze für die Bundesregierung ausgearbeitet. Und dies bereits vor Verabschiedung des Notstandsverfassungsgesetzes selbst, mit dem die Bundesregierung sich von

jeder demokratischen Kontrolle befreien, das Parlament ausschalten und durch Notverordnungen diktieren will. Es geht aber nicht nur darum, daß diese sogenannten Schubladengesetze rechtswidrig zustandekommen. Was bisher über ihren Inhalt bekannt wurde, beweist: Diese Notverordnungen selbst sind verfassungswidrig. Mit Recht hat die Humanistische Union in zwei Strafanzeigen bei der Generalbundesanwaltschaft geltend gemacht, daß die Ausarbeitung und die geplante Anwendung der Schubladengesetze als ein Verbrechen des Verfassungsverrats nach § 89 des Strafgesetzbuches gewertet werden muß¹⁾.

Die Wahrheit kam aus der DDR

Innenminister Lücke sah sich gezwungen, das Vorhandensein der Schubladengesetze zu bestätigen, nachdem bereits am 2. 5. 1966 der Nationalrat der Nationalen Front der DDR auf einer aufsehenerregenden internationalen Pressekonferenz in Berlin mit Dokumenten die Existenz und den Inhalt dieser geheimen Notstandsverordnungen enthüllte.

Während die Behörden in Bonn weder eine Bestätigung noch die Dementierung der Enthüllungen aus der DDR wagten und sich in verlegenes Schweigen hüllten, überprüften westdeutsche Journalisten die Dokumente und kamen wie Gerhard E. Gründler in den „Frankfurter Heften“ Nr. 9/66 zu dem Urteil: „Kein Zweifel, das ist echt... Nicht nur die DDR-Behörden wissen, daß die ausspionierten Unter-

lagen echt sind, auch westdeutsche Kenner der Notstandsmaterie haben da keine Zweifel.“

Nach den Enthüllungen aus der DDR lagern in den Panzerschränken der Bonner Ministerien über 40 Notverordnungen, die der Bundesregierung die Möglichkeit geben, die wichtigsten Grundrechte der Bevölkerung, insbesondere das Streik- und Koalitionsrecht, die Freiheit der Person, die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit jederzeit aufzuheben. Diese Notverordnungen sollen alle demokratischen Verfassungsgrundsätze beseitigen und durch ein militärdiktatorisches Regime ersetzen, in dem Polizei, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr den Ton angeben.

Polizeistaat auf Abruf

So z. B. durch die „Notverordnung über Sicherheitsmaßnahmen“, die der Polizei das Recht geben soll, politisch unbequeme Bürger ohne richterlichen Haftbefehl in „Gewahrsam“ zu nehmen. Der Nachweis einer strafbaren Handlung ist dazu gar nicht notwendig. Nach § 1, Abs. 2 dieser Schubladenverordnung wird festgelegt: „Eine Person kann ferner in polizeilichen Gewahrsam genommen werden, wenn sie auf Grund des früheren Verhaltens drin-

gend verdächtig ist“, angeblich strafbare Handlungen zu begehen. Ein dringender Verdacht besteht nach Abs. 2 des § 1 bereits dann, wenn ein Bürger in der Vergangenheit „Bestrebungen einer Vereinigung, deren Zweck oder deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, gefördert hat“. Diese Verordnung bedeutet nichts anderes als die Ermächtigung zur Verhängung der „Schutzhäft“ und der Isolierung aller Gegner der Regierungspolitik in Konzentrationslagern.

Die „Notverordnung über

¹⁾ Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7./8. 5. 1966 und „Die Zeit“ vom 16. 9. 1966

die Befugnisse der Behörden des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes“ soll die Befugnisse der mit ehemaligen SS- und Gestapoangehörigen durchsetzten Verfassungsschutzmänter und des Bundeskriminalamtes bei der Unterdrückung und Verfolgung aller friedliebenden Kräfte grenzenlos ausdehnen. Nach § 1 dieser Verordnung wird dem Verfassungsschutz bei der Verfolgung sogenannter politischer Straftaten Exekutivgewalt eingeräumt. Das heißt, der Verfassungsschutz soll selbständig nach Gestapo-Manier Verhaftungen und andere Zwangsmaßnahmen vornehmen können.

Mit der „Notverordnung über den Bundesgrenzschutz“ soll die Bundesregierung die Ermächtigung erhalten, den Bundesgrenzschutz, für den bisher als offizieller Auftrag „die Sicherung der Grenzen bis zu einer Tiefe von 30 km“ galt, als machtpolitisches Instrument in allen Gebieten der Bundesrepublik einzusetzen. Um dem Vorgehen des Bundesgrenzschutzes gegen streikende Arbeiter einen juristischen Anstrich zu geben, wurde im § 3 dieser Schubladenverordnung festgelegt, daß der Bundesgrenzschutz auch „zur Abwehr von Gefahren, durch die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht wird“, eingesetzt werden kann. Wie dies dann in der Praxis aussehen soll, zeigen die Antistreikmanöver des Bun-

desgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Süddeutschland.

Gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit richtet sich die „Notverordnung über das Informationswesen“. Nach ihrem § 2 soll die Herstellung und Verbreitung von politisch unbequemen Flugschriften generell untersagt sein können. Der § 5 dieser Schubladenverordnung legt weiter fest: „Die Veranstalter von Rundfunksendungen sind verpflichtet, auf Weisungen der Bundesregierung oder der von ihr bestimmten Behörde gemeinschaftliche Programme zu senden.“

Dem Ausbau eines diktatorischen Regimes bis hinunter in die kleinste Gemeinde dient die „Notverordnung über die Verwaltung in der Bundesrepublik“. Nach Artikel 1 dieses Schubladengesetzes werden unter Mißachtung des föderalistischen Systems des Grundgesetzes „die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts ... den Weisungen des Bundes“ unterworfen. Gleichzeitig heißt es in Artikel 4 dieser Notverordnung: „In Verteidigungsangelegenheiten bedarf es keiner Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften der Länder. Gleichermaßen gilt für alle kollegialen Vertretungs- und Beschlussorgane der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts.“

Neue soziale Lasten drohen

Mit den Schubladenverordnungen soll gleichzeitig ein ganzes System zur weiteren finanziellen Ausplünderei der Bevölkerung geschaffen werden. So z. B. durch die „Notverordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrsteuern“. Zu diesem Schubladengesetz schreibt der „Stern“ vom 31. 7. 1966: „Sie greift tief in die Brieftaschen der Deutschen. Einkommen- und Lohnsteuer werden um 20 Prozent erhöht. Selbständige oder höher bezahlte Angestellte müssen die um zwanzig Prozent erhöhte Einkommensteuer nach ihrem steuerpflichtigen Einkommen vom Jahr zahlen, obwohl sie inzwischen möglicherweise einen

anderen Posten haben und weniger verdienen.“

Mit Hilfe der Schubladengesetze sollen außerdem jene Notstandsgesetze, deren Verabschiedung am Widerstand der Öffentlichkeit und insbesondere der Gewerkschaften scheiterten, auch ohne Zustimmung des Parlaments durchgesetzt werden. So wurde z. B. das berüchtigte „Zivildienstgesetz“, das alle Arbeitskräfte für die monopolistische Rüstungs- und Profitwirtschaft mobilisieren soll, in die Form einer „Notverordnung über den Zivildienst“ gegossen. Danach sollen alle Männer und Frauen zwischen 18 und 65 bzw. 55 Jahren einer totalen Zwangsarbeitsverpflichtung unterworfen werden. Jeder Bürger soll ge-

zwungen werden, an einem bestimmten Arbeitsplatz zu verbleiben, auch eine minderbezahlte Tätigkeit aufzunehmen und in einem anderen Betrieb als bisher zu arbeiten, wenn die Produktion dieses Betriebes von besonderer militärischer Bedeutung ist.

Schon diese wenigen Beispiele aus dem Komplex der über 40 Schubladengesetze beweisen, wie recht die Hamburger Zeitung „Die Zeit“ hat, wenn sie in ihrer Ausgabe vom 16. September 1966 zu der Schlußfolgerung kommt: „Solange diese Verordnungen existieren, ist die Bundesrepublik ein Polizeistaat auf Abruf.“

Die Enthüllungen über die Schubladengesetze haben erneut sichtbar

gemacht, welche großen Gefahren für Freiheit und Demokratie vom Bonner Notstandskurs ausgehen. Die herrschenden Monopolgruppen und ihre Erhard-Regierung wollen Diktaturermächtigungen um jeden Preis. Wenn nicht mit, so ohne Zustimmung des Bundestags. Sie wollen sich von den Fesseln des Grundgesetzes befreien und die demokratischen Prinzipien der Verfassung durch, wie Erhard auf dem 13. Parteitag der CDU erklärte, „andere modernere (sprich: diktatorische, der Verf.) Techniken des Regierens“²⁾ ersetzen. Deshalb das verstärkte Drängen der Erhard-Regierung nach Verabschiedung der Notstandsverfassung und weiterer sogenannter einfacher Notstandsgesetze.

Auf den Tisch mit den Schubladengesetzen

Was die DDR mit der Veröffentlichung der Schubladengesetze getan hat, entspricht den Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit und insbesondere der Gewerkschaften. So wurde auf dem Kongreß der IG Nahrung und Genuss im September 1966 in Bremen und auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik im September 1966 in Dortmund die Forderung erhoben: Auf den Tisch mit den Schubladengesetzen! Jetzt kommt es darauf an, daß den Menschen die Tatsachen bekannt werden³⁾ und die Bundesregierung unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen wird, ihre geheim ausgearbeiteten Schubladenverordnungen zur offenen Diskussion zu stellen. Die demokratischen Kräfte und insbesondere die Gewerkschaften, die bisher erfolgreich die Verabschiedung der Notstandsverfassung verhinderten, müssen jetzt den Notstandspolitikern in Bonn klarmachen, daß sie weder gewillt sind, Diktaturermächtigungen für die Regierung in Form eines vom Bundes-

tag verabschiedeten Gesetzes noch in Form geheimer Schubladenverordnungen hinzunehmen. Wenn es wahr ist, was Fritz Erler am 2. 6. 1966 vor dem SPD-Parteitag in Dortmund erklärte, „daß jeder Landrat und jeder Oberbürgermeister bereits im Besitz der entsprechenden Vorschriften“ (der Schubladengesetze) ist⁴⁾, so muß doch die Frage gestellt werden: warum schweigen sie dazu? Auch die Führung der SPD schweigt zu diesen offensichtlich verfassungswidrigen Praktiken der CDU/CSU und versucht, damit sogar noch ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Notstandsgesetzen zu rechtfertigen. Sie behauptet, wie z. B. kürzlich Helmut Schmidt, daß gerade daraus ersichtlich würde, wie notwendig im Interesse der Demokratie eine alsbaldige Verabschiedung der Notstandsverfassung wäre, um angeblich so die Machtbefugnisse der Bundesregierung auch in „Notstandssituatlonen“ unter demokratischer Kontrolle zu halten.

Notstandsdiktatur verhindern, das Grundgesetz schützen

Was die herrschenden Monopolgruppen und ihre Erhard-Regierung von demokratischer Kontrolle halten,

das beweisen die Schubladengesetze selbst mit aller Deutlichkeit. Mit Recht wird deshalb in den Gewerkschaften

²⁾ Ludwig Erhard, Rede auf dem 13. Bundesparteitag der CDU

Nr. 9/66, berichteten in Artikeln ausführlich über die Enthüllungen der DDR

³⁾ Die illustrierte Zeitschrift „Der Stern“, Nr. 31/66 und die „Frankfurter Hefte“,

⁴⁾ Protokoll des SPD-Parteitages vom 2. 6. 1966, S. 168

auch immer wieder darauf hingewiesen, daß der beste Schutz für die Demokratie die Sicherung und der Schutz des von der Notstandsgesetzgebung bedrohten Grundgesetzes ist. Namhafte Wissenschaftler wie die Professoren Ridder und Abendroth haben wiederholt nachgewiesen, daß unsere Verfassung bereits ausreichende Bestimmungen enthält, die bei demokratischer Handhabung garantieren, daß die öffentliche Ordnung auch in Notstandssituationen, die etwa durch Naturkatastrophen hervorgerufen werden, aufrechterhalten werden kann. Es wäre ein Unsinn zu glauben, zur Diktatur strebende Interessengruppen den Weg dadurch verlegen zu wollen,

daß man ihnen noch Diktaturermächtigungen zubilligt.

Es gibt nur eine Garantie gegen die Diktatur- und Staatsstreichbestrebungen der herrschenden Kreise und ihrer Erhard-Regierung, nämlich das Handeln der Gewerkschaften, der Intelligenz, aller demokratischen Kräfte. Die demokratische Alternative zur Notstandsgesetzgebung der CDU/CSU kann nur die Durchsetzung der erweiterten Mitbestimmung der Gewerkschaften im Staat und in der Wirtschaft sein. Die Enthüllungen über Lückes Notverordnungen haben erneut die Notwendigkeit unterstrichen, den gemeinsamen Widerstand aller demokratischen Kräfte gegen die Notstandsgesetzgebung zu verbreitern.

Die Eskalation der USA in Vietnam — „... tödliche Gefahr für jede Nation“.

von CLAUDIA KERST

„Indochina ist ein Spiel, das sich auszahlt. Schon vor dem 2. Weltkrieg brachte es jährlich 300 Millionen Dollar ein.“ („New York Times“, 1950)
„Es geht darum, die reichen Rohstoffquellen Südostasiens dem Zugriff jener zu entziehen, die gegen die Freiheit sind.“ (Dean Rusk, 1965)

Seit dem 29. Juni 1966 decken sich die Meinungen namhafter Vertreter aller Länder, der verschiedensten Sprachen und gegensätzlichen Weltanschauungen über den Krieg in Vietnam in einem Punkt: daß er die ganze Welt in seinen tödlichen Strudel ziehen kann. Die Toten von Hanoi und Haiphong, die zerstörten Schulen, Wohnungen und Krankenhäuser dieser beiden Städte, die Qualmwolken über dem Hafen und den Öldepots haben nicht wenige Politiker der westlichen Welt zu dieser Erkenntnis gebracht, die von Beginn der amerikanischen Eskalation in Vietnam von den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien als Warnung erhoben wird.

So erklärte General de Gaulle am 12. Juli: „Gegenwärtig wird die Bevölkerung von Vietnam, im Norden und im Süden, von Tag zu Tag mehr zerquetscht und zerschmettert. Daraus können an Ort und Stelle nur Verluste, Ruinen und Haßausbrüche hervorgehen, und es ist zu befürchten, daß der Konflikt sich ausdehnt, andere

Grenzen überschreitet und zu einem Weltkrieg führt.“

Aus den USA wandte sich Senator Wayne Morse am 30. Juni an die Weltöffentlichkeit: „Die gefährlichste Bedrohung des Weltfriedens sind die Vereinigten Staaten.“ Der britische Friedens-Nobelpreisträger, Labour-Abgeordnete und frühere Minister Philip Noel-Baker äußerte am 22. August: „Der Vietnam-Krieg ist zur tödlichen Gefahr für jede Nation geworden.“

Und schließlich erhob der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, seine warnende Stimme: „Ich bin immer mehr überzeugt, daß sich der Vietnamkrieg zu einem größeren Krieg ausweitet, wenn die gegenwärtige Entwicklung anhält.“

Auch viele Presse-Kommentare sind eindeutig. Das Düsseldorfer „Handelsblatt“ am 8./9. Juli: „Die Gefahr eines dritten Weltkrieges, der von Südostasien her droht, ist nicht gebannt.“ Die kanadische Zeitung „Globe and Mail“ am 4. Juli: „Es sollte festgestellt

werden, daß es Washington ist — nicht Phönjang oder Peking —, das einen örtlichen Krieg stetig und systematisch in einen internationalen Konflikt verwandelt.“ Und die „Franfurter Rundschau“ am 18. Juli: „Die Welt hat Grund, besorgt zu sein. Wenn die Weltmacht Amerika sich so sehr in das kleine Vietnam verbeißt, rückt die Gefahr der großen Explosion näher.“

Die Warnung der sozialistischen Welt hatte der Politische Beratende Ausschuß der Länder des Warschauer Vertrages mit einer Vietnam-Erklärung von seiner Bukarester Tagung am 7. Juli unterstrichen: „Die Teilnehmer der Tagung werten die Bombenangriffe auf die Vorstädte von Hanoi und den Hafen Haiphong, die am dichtesten besiedelten Gebiete Nordvietnams, als eine neue, noch gefährlichere Phase der amerikanischen Politik der ‚Eskalation‘ des Krieges in

Vietnam. Dadurch erhält der Krieg in Vietnam, der die internationale Lage ernsthaft verschärft, einen neuen, für den Frieden und die allgemeine Sicherheit noch gefährlicheren Charakter.“

Diese Übereinstimmung der Einsichten in die Folgen des schmutzigen Krieges in Vietnam bedeutet nicht, daß alle Vertreter dieser Meinung Klarheit über die Ursachen dieses Krieges, über den eigentlichen Aggressor und dessen Ziele besitzen. Dennoch ist die vielen gemeinsame Ansicht über die drohende Ausweitung des Krieges über die Grenzen Indochinas hinaus eine Basis, auf der sich der Kampf um die Beendigung der amerikanischen Eskalation in Vietnam verbreiten kann, auf der schließlich weitere Einsichten in die Wahrheit um diesen Krieg geboren werden.

Pläne des Pentagon

Jüngste Meldungen aus den USA, die am 21. und 22. August 1966 von „Newsweek“ und „La Tribune des Nations“ wiedergegeben wurde, sprechen davon, „daß die Amerikaner im Begriff sind, den 17. Breitengrad zu überschreiten“, „daß die Vereinigten Staaten im Herbst dieses Jahres in Nordvietnam landen werden“.

Die Angriffe amerikanischer Fernbomber auf die entmilitarisierte Zone am 17. Breitengrad in Vietnam, der die Demokratische Republik Vietnam nach dem Genfer Abkommen von 1954 von Südvietnam trennt, und das Eindringen von US-Verbänden in dieses Gebiet, deuten auf die Vorbereitung einer neuen Stufe der Eskalation. Auch die in den USA vom „Ausschuß für unamerikanisches Verhalten“ angeheizte Atmosphäre zur Verfolgung aller Gegner des Vietnamkrieges soll offensichtlich die Stimmung für eine neue Ausweitung des Krieges bereiten. Das ist die Wahrheit über die Politik der Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Johnsons Lüge, daß sich „die Macht der Vereinigten Staaten in Südostasien mit größter Zurückhaltung paare“.

Die „Zurückhaltung“ der Amerikaner in Südostasien hat heute folgendes Gesicht: 300 000 amerikanische

Soldaten sind in Vietnam eingesetzt. Es sollen bis Ende dieses Jahres 400 000 sein. Vor der Küste Vietnams operiert die 7. US-Flotte mit 125 Schiffen, die 650 Flugzeuge, 60 000 Soldaten und Atomwaffen an Bord hat, die eine Sprengkraft von etwa 30 Megatonnen TNT besitzen. Von den amerikanischen Stützpunkten in Guam, Thailand, auf den Philippinen und in Japan greifen weitere 30 000 Soldaten in den Krieg ein. Australien schickte 4 500, die Philippinen 2 048 und Südkorea 35 000 Soldaten nach Vietnam. Amerikanische Flugzeuge fliegen täglich bis zu 500 Bombeneinsätze über Nord- und Südvietnam. Ein solches Flugzeug trägt bei einem einzigen Einsatz eine Bombenlast im Werte von 30 000 Dollar an Bord. Pro Monat haben die Bodentruppen der US-Einheiten in Südvietnam einen Munitionsverbrauch von 110 Millionen Dollar. Laut Angaben der amerikanischen Zeitschrift „Fortune“ kostet den USA dieser Krieg heute pro Jahr 60 Milliarden Dollar. „Die Bombentonnage, die jetzt pro Woche auf Vietnam abgeworfen wird, ist größer als die, die während des Höhepunktes des zweiten Weltkrieges auf Deutschland fiel“ („New York Times“, 21. 8. 1966).

Das ist die „Zurückhaltung“ des amerikanischen Imperialismus in Süd-

ostasien, die am 21. 7. 1954 in Genf begann, als der Vertreter der USA auf der Indochina-Konferenz seine Unterschrift unter jenes Abkommen verweigerte, das Vietnam Frieden, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sichern sollte. Hatten die USA doch bereits 1950 500 Millionen Dollar und 1954 1400 Millionen Dollar im französischen Kolonialkrieg gegen Vietnam investiert. Nicht die Unabhängigkeit für Vietnam, sondern das Fußfassen in Südostasien stand auf dem Programm der amerikanischen Monopole.

So erklärte Präsident Eisenhower am 21. 7. 1954, am Tage der Unterzeichnung der Genfer Vereinbarungen über Indochina, „die USA fühlten sich durch diese Beschlüsse nicht gebunden. Das Abkommen enthalte Elemente, die wir nicht schätzen“. (Zitiert nach Arnold Künzli, „Die Geschichte des Vietnam-Konflikts“, „Sozialistische Hefte“, Nr. 3/66, S. 12)

In Vietnam wurde deshalb Diktator Diem mit amerikanischer Unterstützung an die Macht geschoben. Der CIA hatte Diem während seines jahrelangen Aufenthaltes in den USA auf seine „Aufgaben“ vorbereitet. Mit seiner Hilfe wurden Wahlen in ganz Vietnam (wie sie im Genfer Abkommen vorgesehen waren) verhindert. Südvietnam wurde zu einem Land des Schreckens. Von 1954 bis 1965 sind 170 000 Südvietnamesen ermordet, 5 Millionen in Konzentrationslagern inhaftiert worden. In 160 000 „Säuberungsaktionen“ fielen ungezählte Dörfer in Asche, verbluteten Frauen und Kinder, wurde die Ernte vernichtet, die Überlebenden in „strategische Dörfer“ gepreßt. Diese Angaben sind in einem Schwarzbuch über die USA-Aggression in Vietnam enthalten, das die FNL-Vertretung in der DDR am 22. 8. 1966 der Öffentlichkeit über gab.

Diems Terror-Regime, vom Dollar und von monatlich anwachsenden amerikanischen „Beraterstäben“ gestützt,

forderte den Widerstand der Südvietnamesen heraus. Im Dezember 1960 bildete sich die Nationale Befreiungsfront Südvietnams (FNL), die Bewegungen, Parteien und Vertreter aller Schichten, Religionen und nationaler Minderheiten vereinigt.

Diktator Diem wurde im November 1963 gestürzt. Wie sich jetzt, im Juli 1966 herausstellte, war in der Endphase des Aufstandes gegen Diem der amerikanische Geheimdienst nicht unerheblich beteiligt. Diem hatte die Unmöglichkeit erkannt, auf amerikanischen Bajonetten gegen das ganze Volk zu herrschen. Er wollte seine Haut retten und hatte Kontakte zu Ho Chi Minh gesucht. Der Militär-Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Adelbert Weinstein, schilderte am 13. 3. 1965 die Situation in Südvietnam: „Auch von politischen Kreisen in Vietnam geht ein Druck aus, den Krieg zu beenden. Bisher haben die Amerikaner an Ort und Stelle alle entmachtet, die auf eine Neutralisierung ausgingen. Die Militärputsche, die von Amerika mehr oder minder offen unterstützt wurden, waren gegen Politiker und Generale gerichtet, die lieber verhandeln wollten als weiterkämpfen.“

Das ist das Schreckgespenst der amerikanischen Militärs, daß sich der Süden Vietnams mit dem Norden verstündigen könnte. Denn geschieht das, dann hat das Ende der Eskalation geschlagen. Dann gibt es keinen „Auftrag“ einer Marionette mehr, mit dem die USA versuchen können, das Weltgewissen zu beruhigen. Deshalb klammern sie sich an den verkommenen Hitler-Verehrer Ky und organisierten für ihn einen riesigen Wahlschwindel, weil jede durch nur einigermaßen demokratische Wahlen zustandegekommene Regierung in Südvietnam, wie ein amerikanisches Nachrichtenmagazin feststellte, „am Tage nach ihrer Wahl mit Hanoi telefonieren würde“, um die Amerikaner loszuwerden.

Krieg über die Grenzen Vietnams

Der Widerstand und der Haß des vietnamesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus machen einen „Sieg“ der US-Armee in Vietnam unmöglich. Umso mehr versuchen

die USA ganz Südostasien und seine Verbündeten in den Strudel des Krieges zu ziehen. Die Philippinen werden genötigt, mehr Soldaten nach Vietnam zu schicken. Für eine 60-Millionen-

Dollar-Hilfe pro Jahr hat sich Thailand in einen einzigen Militärstützpunkt verwandeln lassen, auf dem 25 000 amerikanische Soldaten stationiert sind, von dem täglich hunderte amerikanische Bomber zum Überfall auf Vietnam starten. In Laos sind 3 500 US-Elitesoldaten gegen die patriotischen Phatet-Lao-Streitkräfte eingesetzt. Das an Vietnam grenzende Königreich Kambodscha wird von den USA wegen seiner neutralen Haltung mit heimtückischen Bombenangriffen auf Dörfer und Wohnstätten „gestrafft“. Bei all dem muß man wissen, daß Punkt 12 der Abschlußdeklaration der Genfer Indochina-Konferenz 1954 ausdrücklich besagt: „In seinen Beziehungen zu Kambodscha, Laos und Vietnam ist jeder der Teilnehmer der Genfer Konferenz verpflichtet, die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit

und territoriale Ungeteiltheit der obenerwähnten Staaten zu achten und sich jeder Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu enthalten.“ Die USA waren Teilnehmer der Genfer Indochina-Konferenz.

Johnson heuchelte am 20. 8. 1966: „Wir werden weiterhin alles, was uns möglich ist, tun, um den Konflikt zu begrenzen.“ Tatsächlich haben die Kriegshandlungen der amerikanischen Truppen die Grenzen Vietnams bereits überschritten und eine Lage geschaffen, die das Gerede der amerikanischen Regierung vom „begrenzten Konflikt“ als Lüge entlarvt. Und tatsächlich haben die USA in diesem schmutzigen Krieg nicht nur ganz Südostasien und Australien verwickelt, sondern auch Verbündete in anderen Erdteilen, allen voran die Bundesrepublik.

Die Eskalation der Bundesregierung

Empfindlich reagieren Bonner Regierungskreise, wenn sie von Gegnern des Vietnam-Krieges beschuldigt werden, die Bundesrepublik in gefährlicher Weise an der amerikanischen Eskalation zu beteiligen. Doch nach dem Tode von drei Deutschen, die in amerikanischer Uniform in Vietnam gefallen sind, nach der Veröffentlichung der Personalpapiere des Leutnants Dieter Dengler durch die „Prawda“, der im Krieg abgeschossen wurde, informierte die französische Zeitung „Le Monde“ am 30. 7. 1966 die Öffentlichkeit: „Die Mithilfe Westdeutscher an der Erfüllung militärischer Aufgaben der Amerikaner in Vietnam ist vielleicht keine reine Verleumdung, wie die Bonner Regierung von Zeit zu Zeit behauptet.“

Die Bundesregierung will von den USA das Mitspracherecht und die Verfügung über Atomwaffen. Dafür muß sie etwas bieten. Und sie bietet ihre Beteiligung am Vietnam-Krieg.

Das fängt an mit moralischer Unterstützung, mit ekelhaftem Beifall für den Mord an Tausenden Vietnamesen. (Bundespräsident Lübke an Johnson: „Möge auch der gegenwärtige Kampf, den ihr Land als Vorkämpfer der Freiheit gegen die Mächte der Unterdrückung in Südostasien führt, von

Erfolg gekrönt sein“. Regierungssprecher Hase nach der ersten Bombardierung von Hanoi und Haiphong: „Die Bundesregierung ist überzeugt, daß alle Maßnahmen, die die Amerikaner in Vietnam ergriffen und ergreifen, der Erhaltung des Friedens und der Wiederherstellung der Freiheit in Vietnam dienen.“)

Und das setzt sich fort mit der spektakulären Entsendung der „Hegoland“, mit dem Einsatz von 2500 deutschen „Spezialisten“, mit der Überlassung von Tausenden Bomben aus Beständen der Bundeswehr an die amerikanische Armee, mit der Erklärung des FDP-Politikers Menne am 13. 4. 1966 in Chicago: „Die Bundesrepublik würde gerne deutsche Truppen zur Unterstützung der Amerikaner nach Südvietnam entsenden“, und mit mehreren hundert Millionen DM Finanzhilfe für Ky und sein korruptes Regime.

Italien, Griechenland, die Niederlande und die Schweiz haben sich an die australische Regierung gewandt, um ihre Staatsbürger, die nach Australien ausgewandert sind, davor zu bewahren, daß sie in die australische Armee eingezogen und nach Vietnam geschickt werden. Für Tausende deutsche Auswanderer nach Australien tut die Bundesregierung nichts der-

gleichen. Ihnen wird „von den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Australien erklärt, daß sie mit keinerlei Unterstützung zu rechnen haben, wenn sie auf Grund der Wehrpflicht in die alte Heimat zurückgehen wollen“. („Frankfurter Rundschau“, 23. 8. 1966)

Als der stellvertretende Regierungschef von Südvietnam, Kriegsminister Nguyen Huu Co im August dieses Jahres mit allen Ehren in Bonn empfangen wurde, ließ er die Katze aus dem Sack: er komme wegen militärischer Hilfe. Was in Geheimverhandlungen mit Co festgelegt wurde, weiß die Öffentlichkeit nicht. Doch eines steht schon heute fest. Wer so, wie die Bundesregierung, als treuester Partner der USA, sein Land in diesen schmutzigen Krieg verwickelt hat, ist mitschuldig an den Kriegsverbrechen in Vietnam, hat seinen eigenen Namen mit dem Blut eines anderen Volkes besudelt und läuft Gefahr, in der Schraube der Eskalation mit zermalmt zu werden.

Es gibt nur eine Lösung, die Vietnam, uns und jedes andere Volk der Erde, die ganze Welt, vor der von den USA heraufbeschworenen Gefahr eines 3. Weltkrieges schützen kann. Das ist der Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam. Die DRV und die FNL erheben diese Forderung seit Jahr und Tag, weil nur die Aggression der USA diesen Krieg heraufbeschworen hat. Der Abzug der US-Truppen aus Vietnam bedeutet Frieden und Unabhängigkeit für Vietnam und Frieden für die Welt. Der Abzug der Amerikaner würde Vietnam die Möglichkeit geben, seine inneren Angelegenheiten in Frieden und ohne äußere Einmischung zu regeln. Unser erster Beitrag zu dieser Lösung ist, die Bundesregierung von einer weiteren Beteiligung an diesem Krieg abzuhalten, mit verstärkten Protesten und Aktionen gegen die amerikanische Aggression die Freiheit Vietnams zu verteidigen und so unseren Anteil am Kampf für den Frieden zu leisten.

Die wachsende internationale Autorität der DDR

von HERBERT MÜLLER

Die DDR sieht ihre nationale Mission und gleichzeitig ihre internationale Verpflichtung darin, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Aufbauend auf den fortschrittlichen internationalistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, geleitet von den Prinzipien sozialistischer Friedenspolitik hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die Grundsätze einer neuen, einer sozialistischen und friedlichen deutschen Außenpolitik ausgearbeitet. Im Programm der SED, das auf dem VI. Parteitag 1963 beschlossen wurde, heißt es:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands betrachtet den sozialistischen Internationalismus, die

feste Freundschaft mit der Sowjetunion, die ständige Stärkung der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, die Solidarität mit den jungen Nationalstaaten, die friedliche Koexistenz mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung, die Achtung und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten, die Völkerfreundschaft und die Achtung der Kultur und Leistungen eines jeden anderen Volkes als unantastbare Prinzipien der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik.“

Daraus ergeben sich Aufgaben und Ziele der Außenpolitik des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Die Außenpolitik des deutschen Friedensstaates

Ausgehend von dieser prinzipiellen und konstruktiven Grundorientierung für die Außenpolitik des deutschen Friedensstaates hat die DDR in all den Jahren seit ihrer Gründung

unbeirrt und unermüdlich alles getan, um ihre Aufgabe zu erfüllen, nie wieder zuzulassen, daß von deutschem Boden ein Weltkrieg seinen Ausgang nimmt. Diese konsequente Friedens-

politik hat der DDR wachsende Achtung und Anerkennung in aller Welt eingebracht.

Neue ernste Gefahren zeichnen sich am europäischen Horizont ab. Sie werden hervorgerufen durch die aggressive Politik des deutschen Imperialismus, durch den Revanchekurs, die Mitbeteiligung in Vietnam, die völkerrechtswidrige Alleinvertretungsansammlung und das hemmungslose Streben der Bonner Regierung nach Mitverfügung über Kernwaffen. Diese Lage erfordert, daß die europäischen Völker ihre Angelegenheiten selbst regeln und alles beiseite räumen, was der gegenseitigen Annäherung und Verständigung, dem Streben nach einem gedeihlichen Zusammenwirken im Wege steht. Politische Meinungsverschiedenheiten und weltanschauliche Gegensätze sollten die Völker Europas und die Regierungen nicht daran hindern, von den Realitäten auszugehen und nach Wegen zu suchen, um ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit zu schaffen.

Anfang dieses Jahres hat die Regierung der DDR deshalb Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit vorgeschlagen. Diese DDR-Vorschläge, die von einigen Publizisten als „Winzer-Plan“ bezeichnet wurden und ein breites internationales Echo fanden, sehen vor:

1 schrittweise Herbeiführung einer Entspannung in Europa durch Vereinbarung von Rüstungsbeschränkungen, insbesondere durch den Verzicht aller nichtkernwaffenbesitzenden europäischen Staaten auf Kernwaffen in jeder Form.

2 Respektierung der bestehenden Grenzen und strikte Achtung ihrer Unverletzlichkeit; Verzicht auf jedes Streben nach Grenz-Revision.

3 Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und den beiden deutschen Staaten.

Mit diesen Vorschlägen befindet sich die DDR in völliger Übereinstimmung mit dem Willen der europäischen Völker und den Vorstellungen vieler verantwortlicher Politiker auch kapitalistischer Staaten Europas.

¹⁾ Siehe auch Beitrag über „Die Bundesrepublik und die europäische Sicherheit“.

Die Vorschläge der DDR zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit gingen auch ein in die Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, die die Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Bukarest Anfang Juli dieses Jahres einhellig annahmen und mit der das neue Europa dem alten Europa die Hand reicht.¹⁾

Die konstruktive Politik der DDR zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit findet nicht nur die volle Billigung und uneingeschränkte Unterstützung der sozialistischen Bruderländer. Aus der Vielzahl der zustimmenden Meinungen prominenter Persönlichkeiten west- und nordeuropäischer Länder zu diesen DDR-Vorschlägen sollen hier nur einige Meinungen von Unterhausabgeordneten der Labour-Party erwähnt sein. Der Unterhausabgeordnete Stephan Owen Davis erklärte:

„Ich bin mit den Vorschlägen völlig einverstanden und kann mir keine andere vernünftige Alternative vorstellen.“

William Warby, ebenfalls Unterhausabgeordneter, meinte, es sei höchste Zeit, daß sich alle Nationen, die in Europa vom 2. Weltkrieg betroffen wurden, zusammenfinden und einen Friedensvertrag mit Deutschland ausarbeiten. Er sei erfreut darüber, daß diese Vorschläge reale Möglichkeiten zur Lösung der mitteleuropäischen Probleme erneut zur Sprache bringen. Schließlich sei noch John Rankin erwähnt. Er sagte:

„Die Vorschläge der DDR für eine Rüstungsbeschränkung in Europa und die Anerkennung der bestehenden Grenzen scheinen sehr vernünftig zu sein. Jeder Schritt, der zur Minderung der Spannungen in Europa und zur Normalisierung der Beziehungen beiträgt, muß Unterstützung aller finden, die den Weltfrieden erhalten wollen.“

Es wächst die Zahl der Politiker aus nichtsozialistischen europäischen Staaten, die offiziell oder inoffiziell die DDR bereisen mit dem oft nicht besonders erklärten Ziel, aus Sorge um die Zukunft des eigenen Landes und Europas jene konstruktiven Vorschläge des

deutschen Friedensstaates an Ort und Stelle zu prüfen, die ausgearbeitet wurden, um die Bonner Gefahren für Entspannung, Sicherheit und Frieden abzuwenden. Die Tatsache, daß die konstruktive Friedenspolitik des ersten

deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates weltweite Zustimmung und Unterstützung findet, ist ein beredter Ausdruck des ständig zunehmenden internationalen Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik.

Die DDR gehört in die UNO

In der Reihe der Friedensinitiativen, die die Deutsche Demokratische Republik in diesem Jahr der Öffentlichkeit unterbreitet hat, muß der Antrag des Staatsrates auf Mitgliedschaft der DDR in den Vereinten Nationen seine Erwähnung finden. Dieser Antrag fand ein starkes internationales Echo und hat zweifellos das Ansehen der DDR gestärkt und ihre internationale Autorität weiter gefestigt.

Selbstverständlich fand der Antrag der DDR auf Aufnahme in die UNO die vorbehaltlose Unterstützung sozialistischer Staaten, die in ihren Stellungnahmen insbesondere die den Grundsätzen und Zielen der UNO dienende und entsprechende Politik der DDR hervorhoben. Aber auch in der nicht-sozialistischen Welt zeigten prominente Politiker und Publizisten größtes Interesse für diesen Schritt der DDR und beurteilten ihn vorwiegend positiv. Es

sei in diesem Zusammenhang auf die volle Unterstützung verwiesen, die VAR-Präsident Nasser dem DDR-Antrag zuteil werden ließ. Die internationale Zustimmung zu dieser Initiative ergibt sich auch aus der Tatsache, daß der Aufnahmeantrag in die UNO als eine konsequente Fortsetzung der Friedenspolitik der DDR angesehen wird.

In offiziellen Kreisen vieler nicht-paktgebundener Staaten wurde die Meinung geäußert, daß eine Unterstützung des Aufnahmeantrages der DDR bzw. der beiden deutschen Staaten der Sache des Friedens, der Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker sehr dienlich wäre. Bekanntlich hat die DDR der westdeutschen Bundesrepublik einen entsprechenden Vorschlag in dieser Richtung unterbreitet.

Die wachsenden außenpolitischen Positionen der DDR

Seit ihrer Existenz hat die DDR, ausgehend von den grundlegenden Prinzipien ihrer Außenpolitik, die positive gleichberechtigte Mitarbeit in internationalen Organisationen und an internationalen Verträgen bei der Erfüllung völkerrechtsverbindlicher Pflichten zu einer wichtigen Aufgabe ihres außenpolitischen Wirkens gemacht. So hat die DDR seit ihrem Bestehen 1061 internationale Verträge abgeschlossen, davon 653 mit sozialistischen Staaten, 175 mit jungen Nationalstaaten, 67 mit kapitalistischen Staaten, darunter auch NATO-Staaten, sowie 166 multilaterale Verträge. Die DDR ist Mitglied in 14 zwischenstaatlichen und 251 nichtstaatlichen internationalen Organisationen. Sie ist einer der ersten Mitunterzeichner des Moskauer Atomteststoppabkommens von

1963. Viele seiner Erklärungen zur Abrüstung und gegen den Kolonialismus wurden in die offiziellen Dokumente der UNO aufgenommen. Zahlreiche internationale Veranstaltungen von Wissenschaftlern, Kulturschaffenden, Kommunalpolitikern, Parlamentariern, Pädagogen, Sportlern usw. fanden in der DDR statt.

Die Übereinstimmung der Politik der DDR mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen, ihre aktive positive Mitarbeit in zahlreichen internationalen Organisationen und ihre Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme an der friedlichen internationalen Zusammenarbeit der Völker und Staaten sind wesentliche Faktoren für das stetige Wachsen des internationalen Ansehens des deutschen Friedensstaates.

An der Seite der jungen Nationalstaaten

Als Gegner jeglicher kolonialen und nationalen Unterdrückung ist die DDR mit den um ihre nationale Be-

freiung kämpfenden Völkern auf das engste solidarisch verbunden und leistet ihnen in ihrem Kampf vorbehalt-

los die ihr mögliche Unterstützung. Stets stand die DDR auf Seiten der gegen Rassismus und Apartheidpolitik kämpfenden Völker und unterstützte die entsprechenden Beschlüsse der Organisation der Vereinten Nationen.

Mit den bereits befreiten Ländern, besonders mit jenen Staaten, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten, die nach voller politischer und ökonomischer Unabhängigkeit streben, entwickelt die DDR eine vielseitige Zusammenarbeit. Mit diesen Staaten ist die DDR durch die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sowie durch die Übereinstimmung in den Forderungen nach Beendigung des atomaren Rüstens, nach Abrüstung und Friedenssicherung verbunden.

Die Beziehungen der DDR zu den nichtpaktgebundenen Staaten haben sich ständig vertieft und erweitert. Allein im vergangenen Jahr erhöhte sich der Export der Außenhandelsorgane in diese Länder um 20 bis 50 Prozent. Es entwickeln sich neue Formen der Zusammenarbeit, wie die Gemeinsamen Ausschüsse für wirtschaftlich-technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit der Vereinigten Arabischen Republik. Auf den verschiedensten Gebieten wurden mit diesen Staaten eine Reihe von Abkommen geschlossen und fanden zahlreiche gemeinsame Beratungen über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit statt. Die DDR und ihre Einrichtungen auf allen Gebieten stehen den Vertretern dieser Staaten zu Konsultationen und Erfahrungsaustauschen offen. Um nur wenige Beispiele der letzten Zeit über die Ent-

Ökonomische Kraft — Basis wachsender Weltgeltung

Diese unübersehbare und beachtenswerte internationale Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik wäre undenkbar gewesen, hätten nicht die Werktagen unter der konsequenter Führung der SED die komplizierten ökonomischen Probleme gemeistert, die in den letzten 20 Jahren zu lösen waren. Der wirtschaftliche Aufstieg der DDR ist die Quelle des Ansehens des deutschen Friedensstaates. Die ökonomischen Potenzen der DDR gewinnen immer mehr an

wirkung dieser Beziehungen zu nennen, sei auf einige Abkommen und Vereinbarungen mit diesen Staaten verwiesen:

Luftverkehrsabkommen DDR—Republik Mali,

Handels- und Zahlungsabkommen DDR—Republik Zypern,

Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR—Union von Burma, Handels- und Zahlungsabkommen DDR—Republik Guinea,

Handelsprotokoll DDR—Republik Irak.

In der DDR wurden zahlreiche junge Menschen aus diesen Staaten ausgebildet. Sie absolvierten Hochschulen und wissenschaftliche Institutionen, um als qualifizierte Fachleute an der Lösung der komplizierten Aufgaben ihrer Länder mitwirken zu können. Allein aus der Republik Indien haben bisher mehr als 70 wissenschaftliche Aspiranten an Hochschulen und Universitäten der DDR promoviert.

Die Zusammenarbeit der DDR mit diesen Staaten vertieft sich ständig, weil sie — ganz im Gegensatz zur Bonner Praxis — von dem Willen getragen ist, diese Staaten bei der Erlangung ihrer vollen politischen und ökonomischen Selbständigkeit zu unterstützen, das koloniale Erbe überwinden zu helfen, um den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen. Sehr zum Verdruss der Bonner Politiker wird die DDR infolge ihrer Politik in diesen Staaten zu Recht als das demokratische Deutschland, als ein aufrichtiger Freund dieser Völker bezeichnet und angesehen.

Attraktivität, weil sich der ökonomische Austausch mit anderen Ländern frei von ökonomischen und politischen Repressalien auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils vollzieht.

Obwohl die DDR hinsichtlich des Territoriums nur an 92. Stelle und hinsichtlich der Bevölkerungszahl an 29. Stelle in der Welt steht, gehört sie heute zu den 10 führenden Industriestaaten der Welt und zu den 5 Staaten

Europas, die an der Spitze der industriellen Produktion stehen. Und das, obwohl der Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung für die DDR wesentlich ungünstiger als für Westdeutschland war. Durch den Krieg waren auf dem Gebiet der heutigen DDR rund 70 Prozent der Maschinenbau- und 80 Prozent der Metallurgiekapazität völlig zerstört. Außerdem wurde das Gebiet der DDR von seiner Rohstoff- und schwerindustriellen Basis gewaltsam getrennt. Solche entscheidenden Industriezweige wie Energiemaschinenbau, Chemieanlagenbau, Elektronik, Schiffsbau, Petrochemie, Plasteverarbeitung mußten völlig neu geschaffen werden. Den heutigen Stand ihrer ökonomischen Entwicklung erreichte die DDR durch die kontinuierliche Wirtschaftspolitik der SED und die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten.

Die ökonomische Kapazität der DDR

wird heute in der Welt stark beachtet. Allein im vergangenen Jahr war sie auf 24 großen internationalen Messen auf allen fünf Kontinenten unseres Erdalls vertreten und unterhielt 260 Fachausstellungen im Ausland. An dieser Entwicklung haben die unzähligen Versuche des deutschen Imperialismus, die DDR wirtschaftlich auszubluten und sie sturmreif zu machen, nichts ändern können.

Diese Tatsachen sollen zeigen, wie und aus welchen Gründen sich die internationale Autorität des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates ständig erhöht. Die konsequente Fortführung der Friedenspolitik und die weiteren Anstrengungen der Werkstätigen für die unablässige Stärkung ihres Staates sind die Garantie dafür, daß die DDR ihre historische Mission, den Frieden in und für Deutschland dauerhaft zu sichern, gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften der Bundesrepublik erfüllen wird.

Dokumentation

Breite Öffentlichkeit fordert Aufhebung des KPD-Verbots

Zum 10. Jahrestag des KPD-Verbots erschienen in der internationalen Presse der kommunistischen und Arbeiterparteien und in der Presse der demokratischen Öffentlichkeit ausführliche Kommentare, die die Aufhebung des Verbots zum Inhalt hatten. Groß war auch das Echo in den beiden deutschen Staaten. Aus der Fülle der Artikel und Erklärungen von Zeitschriften, Zeitungen und Persönlichkeiten veröffentlicht „Wissen und Tat“ eine Übersicht.

Stimmen der Solidarität aus dem Ausland

Prawda:

Die PRAWDA, Organ des ZK der KPdSU, widmet in ihrer Ausgabe vom 17. August 1966 dem 10. Jahrestag eine ganze Seite unter dem von der Zeitung regelmäßig behandelten Thema: „Die kommunistische Weltbewegung der Gegenwart“. Unter der Überschrift: „Die KPD, eine Partei der Unbeug-samen“, heißt es:

„Vor zehn Jahren, am 17. August 1956, haben die Bonner Behörden die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Aber sie bestand in Ehren diese neuen Prüfungen und heute, unter schwierigen Bedingungen arbeitend, aktiviert sie ihren Kampf gegen die militaristische und revisionistische Politik des wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus, für die Interessen des werktätigen Volkes, für die

Verständigung zwischen den Werkstätigen der beiden deutschen Staaten, für Frieden und Sicherheit in Europa. Die Sympathie und Solidarität aller marxistisch-leninistischen Parteien gehört der brüderlichen Kommunistischen Partei Deutschlands. Freiheit für die KPD!“

Kommunist:

In der theoretischen und politischen Zeitschrift des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, KOMMUNIST, Ausgabe August 1966, schreibt P. Naumow einen Artikel zum 10. Jahrestag des KPD-Verbots unter der Überschrift: „Die Unbeugsamen“.

Naumow, der als einziger sowjetischer Journalist vor zehn Jahren am Verbotsprozeß gegen die KPD teilnahm, schreibt u. a.:

„Heute wird Bonns Festhalten am KPD-Verbot mit Recht immer mehr als eine Herausforderung der europäischen Öffentlichkeit, als eine Schändung des Andenkens der Millionen Bürger dieses Kontinents empfunden, die ihr Leben im Kampf gegen die faschistische Tyrannie hingegeben haben, als Bedrohung der demokratischen Rechte auch der Völker Westeuropas ...“

Naumow schreibt in diesem Zusammenhang, daß die Forderungen nach fremden Territorien, das Streben nach Atomwaffen und die Verfolgung der friedliebenden Kräfte innerhalb des Landes, deren Seele die Kommunisten sind, zusammengehören.

„Deshalb ist heute der Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbots Bestandteil des Kampfes für den Frieden in Europa, gegen die Gefahr, die diesem Frieden von den revanchistischen Kreisen der Bundesrepublik droht ...“

Kundgebung in Moskau:

Nach einer Meldung der PRAWDA vom 18. August 1966 forderten auf einer Großveranstaltung die Vertreter der Öffentlichkeit Moskaus im Namen aller Sowjetmenschen die Aufhebung des KPD-Verbots. Die Versammelten begrüßten herzlich den Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der KPD Herbert Mies, der auf der Veranstaltung das Wort ergriff.

Die Versammlung wurde vom Mitglied des ZK der KPdSU und Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus, P. N. Pospelow, eröffnet.

Trybuna Ludu:

Die TRYBUNA LUDU, Warschau, schrieb am 15. August 1966 in ihrem Leitartikel, das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands sei nicht nur eine innere Angelegenheit Westdeutschlands. Die Zeitung weist darauf hin, daß die Kommunisten die konsequenteren Gegner des Naziregimes waren, daß ihre Partei heute in Westdeutschland wieder in der Illegalität leben muß, während die rechtsradikalen Bewegungen wie die NPD sich ungehindert betätigen können. Die Bundesrepublik werde immer mehr zum Schauplatz skandalöser neofaschistischer Provokationen.

„Und darum ist die Sache der KPD nicht nur eine innere Angelegenheit

Westdeutschlands. Wenn die Vertreter des Fortschritts und des Friedens in der Bundesrepublik rufen, das Verbot der Tätigkeit der KPD muß annulliert werden, so finden sie in Polen ein einmütiges Echo und Unterstützung.“

Rudé Pravo:

Die RUDE PRAVO, Zentralorgan der KPČ, schrieb am 12. August 1966 in einem Kommentar zum 10. Jahrestag:

Trotz systematischer Verfolgung der KPD nach Hitlerschem Muster ist es nicht gelungen, die KPD zum Schweigen zu bringen und zu vernichten. In der Bundesrepublik mehren sich die Stimmen, die die Aufhebung des KPD-Verbots fordern, einer fehlerhaften und schändlichen Entscheidung, die die Bundesrepublik noch mehr diskreditiert hat und sie zu einem Staat stempelt, der dem franco-faschistischen Spanien sehr ähnlich ist.“

Nepszabadság:

NEPSZABADSAG, Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, veröffentlichte am 17. August 1966 einen Beitrag unter der Überschrift „Freiheit für die KPD“, in dem es heißt:

„Die Hoffnungen der herrschenden Kreise in Bonn, die sie in das Verbot der KPD setzten, haben sich nicht erfüllt. Wiederum zeigt sich, wie schon so oft in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, daß zwar die Organisation, jedoch niemals die Tätigkeit der Kommunisten verboten werden kann.“

Rabotnitschesko Delo:

RABOTNITSCHESKO DELO, Zentralorgan der Bulgarischen Kommunistischen Partei, schrieb am 17. August 1966:

„Der Antikommunismus war immer ein Unglück für Deutschland. Er hat bisher nichts Gutes eingebracht, und er wird auch der Führung der Bundesrepublik nichts Gutes einbringen... Die Aufhebung des Verbots der KPD ist das Gebot der Zeit. Deshalb schließt sich das ganze bulgarische Volk dem Appell an: Freiheit für die KPD!“

Neuer Weg:

Die deutschsprachige Bukarester Zeitung der Volksräte, NEUER WEG,

widmete in ihrer Ausgabe vom 19. August 1966 dem 10. Jahrestag einen längeren redaktionellen Beitrag. Darin bezeichnet sie das Verbot als eine antidemokratische Maßnahme, das jedoch den Fortbestand der in schweren Kämpfen gegen die Reaktion gestählten Partei nicht zu verhindern vermochte.

Kommunist:

Das Dilemma der undemokratischen und verständigungfeindlichen Politik Bonns zeigt sich zehn Jahre nach dem Verbot der Kommunistischen Partei deutlicher als je zuvor, schreibt die Belgrader Zeitschrift KOMMUNIST in ihrer August-Ausgabe. Augenfällig zeige sich die unmittelbare Beziehung zwischen der gefährlichen innenpolitischen Entwicklung und der unrealistischen und aggressiven Außenpolitik, die sich „bereits auffallend außerhalb aller positiven europäischen Strömungen“ bewege. Umso ermutigender sei daher das Auftreten demokratischer Persönlichkeiten und Kräfte im öffentlichen Leben Westdeutschlands, „die anlässlich des zehnten Jahrestages eines unglücklichen Aktes die Forderungen nach Legalisierung der KPD unterstützen.“

Paris:

Eine Delegation der Kommunistischen Partei Frankreichs hat am 16. August 1966 in der Bonner Botschaft in Paris ein Schreiben übergeben, in dem die Aufhebung des Verbots der KPD gefordert wird. Zu ähnlichen Protestaktionen kam es anlässlich des 10. Jahrestages des KPD-Verbots auch in Lille und Marseille, wo sich westdeutsche Konsulate befinden.

Der Delegation, die die Botschaft in Paris aufsuchte, gehörten u. a. die Mitglieder des ZK der KPF Jacques Denis und Guy Du coloné an.

London:

Am 16. August 1966 überreichte eine Delegation der Kommunistischen Partei Großbritanniens unter Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs der KPG, William Alexander, der westdeutschen Botschaft in London ein Schreiben des Exekutivkomitees der KPG. In dem Schreiben heißt es:

„Hitlers Angriff auf die KPD im Jahre 1933 war der Auftakt zur brutalen Unterdrückung aller politischen,

gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte. Er war Teil der Vorbereitung der militärischen Aggression, die zum zweiten Weltkrieg führte. Das von Ihrer Regierung verfügte Verbot der KPD in der Bundesrepublik hat ernste Besorgnis und Zweifel über die gesamte Politik dieser Regierung hervorgerufen.

Solange das Verbot aufrechterhalten bleibt und Kommunisten in Westdeutschland verfolgt werden, wird diese Besorgnis noch wachsen.“

Unita:

Ein beachtliches Anwachsen der Stimmen, die die Aufhebung des KPD-Verbots fordern und das Karlsruher Urteil als „Torheit kalter Krieger“ bezeichnen, registriert die italienische Zeitung UNITA vom 19. August 1966 in ihrer Berichterstattung über die Aktivität der KPD in Westdeutschland.

Land og Folk:

Die dänische Zeitung LAND OG FOLK veröffentlichte am 17. August 1966 ein ganzseitiges Interview mit Erich Glückauf, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, anlässlich des 10. Jahrestages des Verbots der Partei.

Brüssel:

Einen ganzseitigen Artikel zum 10. Jahrestag des KPD-Verbots veröffentlichte das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Belgiens.

Athen:

In der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei Griechenlands wurde der Artikel Max Reimanns in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Juli-Ausgabe, ganz veröffentlicht.

Volksstimme:

Die Aufhebung des KPD-Verbots wäre nicht nur ein Schritt zu einer wirklichen Demokratisierung in Westdeutschland, sondern auch ein Schritt im Sinne einer internationalen Entspannung in Mitteleuropa, schreibt die österreichische VOLKSSTIMME vom 17. August 1966. Deshalb sollten sich in Österreich alle demokratischen Kräfte, nicht nur die Kommunisten, für eine Aufhebung des KPD-Verbots einsetzen.

Stimmen aus den beiden deutschen Staaten

Berlin:

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands veröffentlichte zum 17. August unter der Überschrift „Brüderlichen Gruß den Mitgliedern und Freunden der KPD!“ eine Erklärung. Die Erklärung wurde im vollen Wortlaut in der September-Ausgabe 1966 „Freies Volk“ veröffentlicht. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Seit dem Verbotsurteil gegen die KPD sind 10 Jahre vergangen. Jeder Tag hat seither nur bewiesen, was schon die Hitlerschen Vorgänger des Bonner Verbotsregimes zähnekirnischend zur Kenntnis nehmen mußten: Ob verboten oder nicht, die KPD lebt und kämpft für den Sieg der gerechten Sache der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes.“

Abschließend heißt es in der Erklärung: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wünscht der Kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Mitgliedern und Freunden in herzlicher Solidarität neue Erfolge im Kampf um den Sieg der gerechten Sache.“

Berlin:

Am 16. August 1966 führte die Sektion Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eine Veranstaltung durch. Sie stand unter dem Motto „10 Jahre KPD-Verbot — 10 Jahre Notstand für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik“. Unter den Teilnehmern waren namhafte Historiker der DDR — Prof. Dr. Engelberg, Direktor des Instituts für Geschichte der DAW., Prof. Dr. Paterna, Prof. Dr. Kröger, Direktor des Instituts für internationale Beziehungen der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, Prof. Dr. Buchholz, Dekan der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Kaul und weitere Einzelpersönlichkeiten.

In einer Erklärung der Teilnehmer heißt es:

„Die 10 Jahre des Verbots der KPD haben eine bittere Erfahrung der deutschen Geschichte erneut bestätigt: Verbot und Unterdrückung der kommunistischen Bewegung bildeten den

Auftakt zur Diskriminierung und Verfolgung aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte. Wie in der Vergangenheit so ist auch in der Gegenwart die Kommunistenverfolgung wichtigster Bestandteil der Politik des deutschen Imperialismus zur Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, zur Einschränkung der Demokratie und zur Vorbereitung eines Krieges.“

Westfälische Rundschau:

Die sozialdemokratische WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU (Dortmund) weist in ihrer Ausgabe vom 16. 8. 1966 darauf hin, daß in der Justiz die Unlust immer weiter um sich greife, mit Staatsschutzgesetzen gegen Kommunisten vorzugehen:

„Selbst der Bundesgerichtshof klagt über die Abneigung vieler Richter, im Dritten (politischen) Strafseminat mitzuarbeiten. Das KPD-Verbot hat somit zu einer Krise des Staatsschutzrechtes geführt.“

Neue Ruhr-Zeitung:

Durch das KPD-Verbot „beraubte sich unsere junge Demokratie selbst der Möglichkeit, den Dialog mit den östlichen Nachbarstaaten durch eine im eigenen Lande zugelassene Kommunistische Partei von einer günstigeren Position zu beginnen und nicht in den Geruch einer „Hexenjagd“ auf Kommunisten zu geraten“. (18. 8. 1966)

Kölner-Stadtanzeiger:

Der „Kölner-Stadtanzeiger“ vom 18. 8. 1966 veröffentlichte unter dem Titel: „KPD-Verbot aufheben? Zeitgemäß — Hindernis für Wiedervereinigung“, einen Beitrag von Carl Heinrich, in dem es heißt:

„Aus heutiger Sicht erscheint der schon damals in Frage gestellte Sinn des KPD-Verbots zweifelhafter denn je.“ Es sei „wirklichkeitsfremd“, die KPD erst zu den in der Verfassung vorgesehenen gesamtdeutschen freien Wahlen wieder zulassen zu wollen. Der Verfasser schlußfolgert: „Wir müssen eben auch mit unseren Kommunisten reden, verhandeln und Verträge schließen.“

Elan:

Die in Hamburg erscheinende Jugendzeitschrift **ELAN** veröffentlichte in der August-Ausgabe einen zwei-seitigen Beitrag ihres Mitherausgebers Pastor Stuckmann mit der Überschrift: „KPD-Verbot — kein Unterpfand für die Zukunft.“ Es heißt dort u. a., das KPD-Verbot sei „aus einem einzigen Grund schon unerträglich. Es trifft gerade die, die im Widerstand gegen den Nazismus in Deutschland den größten Blutzoll entrichtet haben, und das zu einer Zeit, da viele Mittäter und Mitläufer der Hitlerdiktatur wieder hohe und höchste Staatsämter besetzt halten . . .“

Das drängt die Frage auf: War das KPD-Verbot nicht auch eine Absage an den Geist des deutschen Widerstandes, markiert es nicht das Ende einer in Leid und Kampf begonnenen politisch humanistischen Neubesinnung? Es hat die Bundesrepublik in die wenig ruhmvolle Galerie anderer KP-Verbrieter eingereiht: Portugal, Spanien, Griechenland . . .

Offensichtlich wird das Verbot als politisch falsch, unzeitgemäß und entwicklungshemmend empfunden.“

Frankfurter Rundschau:

Die **FRANKFURTER RUNDSCHEAU** vom 17. August 1966 brachte einen Leitartikel unter der Überschrift: „Vom eigenen Wege abgedrängt“. Darin heißt es u. a.: „Tatsächlich beweisen die Tätigkeitsberichte der Verfassungsschutzaämter und Prozesse vor dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes, daß ‚die KPD lebt‘, der illegale Apparat in Funktion ist.“

Das Verbot sei eine „politische Torheit der Jahre des kalten Krieges . . . Diejenigen, die an die KPD glauben, lassen sich ihre Idee von dem Bundesinnenminister nicht aus dem Kopf treiben“.

Süddeutsche Zeitung:

Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** vom 17. August 1966 veröffentlicht einen „Zehn Jahre nach dem Urteil gegen die KPD“ überschriebenen Aufsatz ihres Redaktionsmitgliedes Ernst Müller-Meiningen jr.:

„Leider hatten die Skeptiker recht, zu denen auch wir gehörten, die . . . die strafrechtlichen und politischen

Folgen des unglücklichen Antrags der Bundesregierung vorhersagten. Die Entwicklung in den zurückliegenden zehn Jahren hat unsere Skepsis voll bestätigt . . . Aber die intensive und abträgliche Einwirkung des KPD-Verbots auf die Rechtsprechung kann nicht geleugnet werden.“

„. . . Die Weichen wurden damals falsch gestellt, und daran krankt auch unsere ganze Wiedervereinigungspolitik. Der Status quo und der Schützengrabenkampf zwischen Bundesrepublik und DDR wurden mit dem damaligen Verbotsantrag betont.“

Dr. Achim von Winterfeld:

Erhebliche Bedenken gegen den Fortbestand des KPD-Verbots hat Dr. Achim von Winterfeld in einem Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 12. 8. 1966 zum Ausdruck gebracht. Zur Behauptung der Bundesregierung, das „Programm der nationalen Wiedervereinigung“ der KPD habe „Merkmale hochverräterischer Prägung“ enthalten, erklärte Dr. von Winterfeld, der im Verbotsprozeß gegen die KPD Vertreter der Bonner Regierung war: „In heutiger Sicht erscheint es mir in hohem Maße zweifelhaft, ob hochverräterische, also Merkmale gewaltsaufwendigen Umsturzes, Bestandteile des Programms waren.“

Adenauer:

„Ich bin absolut dafür, daß die Kommunisten wieder zugelassen werden.“ (Konrad Adenauer am 25. August auf dem Geburtstagsempfang für Eugen Gerstenmaier im Bonner Bundeshaus).

(Der Spiegel, Nr. 36 vom 29. August 1966)

SDS-Kongress

fordert Aufhebung des KPD-Verbots:

„Anlässlich des 10. Jahrestages des widerrechtlichen KPD-Verbots hat die 21. ordentliche Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Frankfurt (Main) in einer Erklärung erneut die Aufhebung des Verbots gefordert. Der SDS erklärt darüber hinaus seine Verbündenheit mit all denen, die in Westdeutschland unter schweren Repressionen leiden, weil sie für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten.“ (ADN, 4. 9. 1966)

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Was steckt hinter der „Generalsrevolte“?

Im August dieses Jahres haben drei führende Bundeswehrgenerale — der Generalinspekteur Trettner, der Luftwaffeninspekteur Panitzki und der Befehlshaber des Wehrkreises III, Pape, — in einer demonstrativen Aktion ihren Abschied genommen. Was hat die Generale zu diesem spektakulären Vorgehen veranlaßt, und was haben sie damit bezweckt?

Die tieferen Ursachen und der Charakter der „Generalsrevolte“ sind im Streit zwischen Minister v. Hassel und den Generälen deutlich hervorgetreten. „... die Rücktritte Trettners und Panitzkis“, heißt es in der „Welt“ vom 21. 8. 1966, „verschafften ihren Nachfolgern eine erheblich stärkere Posi-

tion“. Jetzt „präsentiert sich die inzwischen nahezu ausgewachsene Bundeswehr anders“ als früher: die Generalität „stellt Anforderungen“. Wie ihre Kritik an v. Hassel zeigt, geht es ihr darum, die aggressive Politik der Bundesregierung, vor allem die Vorrütsstrategie und die Forderung nach Atomwaffen, mit größerem Nachdruck zu vertreten und die Militarisierung der Bundesrepublik zu beschleunigen. Dazu fordern die Generale die Erweiterung ihrer Machtbefugnisse und ihres Einflusses auf die Bonner Politik. So tritt als Kern der „Generalsrevolte“ das Bestreben hervor, den reaktionären Kurs nach innen und die aggressive Politik nach außen noch mehr zu verschärfen.

Ursachen der „Generalskrise“

Der Konflikt zwischen v. Hassel und den Generälen entzündete sich zunächst am „Starfighter“-Skandal, für den jede Seite der anderen die Verantwortung zuzuschieben suchte. In diesem Zusammenhang erklärte Panitzki in einem Interview, die Einführung der Starfighter in die Bundeswehr sei keine Entscheidung der Militärs, sondern eine „politische Entscheidung“ gewesen. Die Gründe für diese Entscheidung hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 23. 8. 1966 offen beim Namen genannt: „Die Bundesrepublik sollte auf diese Weise als Besitzer von 700 Kernwaffenträgern so nahe wie möglich an den atomaren Drücker heranmanövriert werden.“

Bis heute sind die Bonner Vorrütsstrategen aber noch nicht an den atomaren Drücker gelangt. Ihre bereits in der Generalsdenkschrift vom August

1960 erhobene Forderung, die Bundeswehr unverzüglich mit Kernwaffen auszurüsten, ist bei den anderen NATO-Staaten auf anhaltenden Widerstand gestoßen. Das MLF-Projekt ist auf Eis gelegt, und bis jetzt hat Bonn weder die geforderte atomare Mitbestimmung noch einen Mitbesitz an Atomwaffen erreicht. Zu alledem hat USA-Kriegsminister McNamara von der Bundesregierung nun auch noch verlangt, die von Bonn extra zu Atomwaffenträgern umgerüsteten Starfighter nur für nichtatomare Zwecke einzusetzen. Die darüber in Rage geratenen Bundeswehrgenerale machen von Hassel für diese Misserfolge verantwortlich; sie werfen ihm vor, er habe sich gegenüber den anderen NATO-Staaten zu nachgiebig gezeigt und sich viel zu lange mit ohnehin unbefriedigenden Zwischenlösungen

aufgehalten, anstatt die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Die Gegensätze zwischen Bonn und den übrigen NATO-Staaten betreffen nicht nur das Bonner Kernwaffenstreben. Sie zeigen sich auch in den Differenzen über die NATO-Strategie, die zwischen den wichtigsten NATO-Ländern entstanden sind. Während die Bundesregierung hartnäckig für eine atomare Vorwärtsstrategie eintritt und die Stationierung von Kernwaffen in der vordersten Linie sowie ihrem sofortigen Einsatz in einem an der Grenze der DDR provozierten Konflikt fordert, befürworten fast alle anderen NATO-Staaten eine Reform der NATO und eine Änderung ihrer Nuklear-Strategie. Sie wollen damit verhindern, daß sie durch das bisherige starre Bündnisystem automatisch in einen von Bonn provozierten Konflikt verwickelt werden. „Von der Automatik wollen alle abrücken“, bestätigt die „Frankfurter Allgemeine“ (12. 9. 1966) in einem Artikel ihres Militärexperten Weinstein. Deshalb treten die NATO-Staaten der Bonner Regierung mit dem Argument entgegen, daß ein die Bundesrepublik bedrohender Überraschungsangriff ganz unwahrscheinlich sei. Man rechne, wie Weinstein schrieb, mit einer Spannungszeit von 14 Tagen, bevor es zu regional begrenzten Kampfhandlungen und zu einer allmählichen Eskalation kommen würde. Deshalb brauche man sich auch nicht auf einen sofortigen Kernwaffen-einsatz festzulegen.

Es liegt auf der Hand, daß die ganze politische und militärische Konzeption der Bundesregierung, ihr Streben nach einer Einverleibung der DDR und nach einer Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ohne Atomwaffen und ohne eine funktionierende Bündnisautomatik in der Luft hängen. Die „Welt“ (5. 8. 66) kommt daher zu der Feststellung, „daß unsere ganze Verteidigungskonzeption in einer nicht mehr zu verheimlichenden Krise steckt“. Auch dafür haben die Generale ihren Minister verantwortlich gemacht: Sie machen es ihm zum Vorwurf, daß er die Bonner Vorwärtsstrategie in der NATO nicht endgültig durchgedrückt habe.

In Wirklichkeit liegen die Wurzeln für die Krise der Bonner Militärkonzeption jedoch viel tiefer. Sie ergibt sich letztlich aus dem Scheitern der gesamten Bonner Politik, die im Widerspruch zu den tatsächlichen Kräfteverhältnissen in der Welt steht und darum in eine Sackgasse geraten ist. Es hat sich immer deutlicher gezeigt, daß die Bonner Regierung das Kräfteverhältnis durch ihre aggressive und abenteuerliche Politik der Stärke nicht zu ihren Gunsten verändern konnte. Im Gegenteil: während die sozialistischen Länder erstarkten, ist die Lage für die Bundesregierung vor allem nach dem 13. 8. 1961 immer ungünstiger geworden. Alle Anstrengungen der Bonner Regierung haben diese Entwicklung nicht verhindern können. Gescheitert ist auch der Versuch, das Bündnis der sozialistischen Länder aufzuweichen und die DDR politisch und militärisch zu isolieren. Die NATO-Staaten zeigen wenig Neigung, die Bonner Forderungen nach einer Änderung des Status quo in Mitteleuropa zu unterstützen; niemand will sich von Bonn in einen Krieg hinein-zerrn lassen. Frankreich ist aus der NATO ausgebrochen, und auch die übrigen NATO-Länder sehen, wie die „Welt“ vom 26. 8. 66 erbittert feststellt, mit steigendem „Mißtrauen auf die (west)deutsche Militärmacht und den gewachsenen (west)deutschen Einfluß im Bündnis“. Deshalb, so fährt die Zeitung fort, „wendet sich das allgemeine Interesse den Möglichkeiten einer internationalen Rüstungskontrolle und Sicherheitsabmachungen mit der Sowjetunion zu. Diese Tendenzen in der Politik der Alliance stellen für die Bundesrepublik die Gefahr der Isolierung dar.“

Es ist also letztlich die friedensfeindliche Politik der Bundesregierung, deren Widersprüche die Schwierigkeiten und politischen Krisen hervorrufen und die Bundesrepublik in die Isolierung treiben. Diese Widersprüche und Schwierigkeiten können nicht durch das Auswechseln eines Ministers oder die Umbildung des Kabinetts gelöst werden, sondern nur durch die Beendigung der Bonner Revanchepolitik und den Übergang zu einer Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Hintermänner und Ergebnisse der „Generalsrevolte“

Es ist bezeichnend für die Abenteuerlichkeit des deutschen Imperialismus, daß er den Ausweg aus den Widersprüchen und Schwierigkeiten in einer Verschärfung der Reaktion nach innen und der Aggressionspolitik nach außen sucht. Dieses Reagieren ist durchaus nicht zufällig. Es erklärt sich vielmehr aus dem Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen Stärke des deutschen Imperialismus und den engen Grenzen seines politischen Einflusses. Die zunehmende Verschärfung dieses Widerspruchs treibt ihn dazu, die wachsenden innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten mit einer Verschärfung des reaktionären Kurses zu beantworten. Gerade auf dieser Linie erfolgte auch der Vorstoß der Bundeswehrgenerale.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Aktion der Generale durchaus keine Einzelausscheinung ist. Sie darf nicht losgelöst gesehen werden von dem verstärkten Ruf nach dem starken Mann, nach einer Umbildung des Kabinetts, nach einer Beschleunigung der Aufrüstung und nach rascher Verabschiedung der Notstandsverfassung und der sogenannten Stabilisierungsgesetze.

Der Vorstoß der Generale entsprang durchaus nicht nur rein strategischen und militärpolitischen Interessen. Er erfolgte vielmehr auch im Interesse der größten westdeutschen Rüstungskonzerne, die damit unzufrieden sind, daß ein Großteil der Rüstungsaufträge in die USA geht. Daraus erklärt sich auch ihr Ärger über die Zusage der Bundesregierung, bis Mitte nächsten Jahres für 5,4 Milliarden DM Rüstungsgüter von den USA zu kaufen. Die Rüstungskonzerne wollen den Großteil der fetten Rüstungsaufträge selber schlucken, statt sie den amerikanischen Monopolen in den Rachen zu werfen. Es ist deshalb kein Zufall, daß „deutsche militärische Experten Waffenbezüge, die in künftigen Jahren über die Hälfte der amerikanischen Devisenausgaben (zur Zeit rund 3 Milliarden DM) hinausgehen, aus militärischen und finanziellen Gründen für untragbar halten“ („Die Welt“, 10. 9. 1966). Und es ist auch kein Zufall, daß

General Steinhoff für die Luftwaffenführung das Recht fordert, „ihren Bedarf an Waffen und Gerät, technische Anlagen und Bauten sowie die technischen Verbesserungen der angeschafften Waffensysteme selbst zu bestimmen. Sie will zu diesem Zweck über die eingeplanten Haushaltsmittel verfügen und die Weisungen für die Be- schaffung erteilen können . . .“ („Die Welt“, 12. 9. 1966).

Der Vorstoß der Generale erfolgte also auch im Interesse der großen Rüstungskonzerne. Nicht zuletzt aus diesem Grunde fordern die Generale größere Machtbefugnisse: für den Generalinspekteur den Rang des „dritten Mannes“ im Bonner Kriegsministerium, für die Inspektoren der drei Teilstreitkräfte die Stellung direkter truppendienstlicher Vorgesetzter und für die Führungsstäbe die Befugnis, über die als notwendig betrachteten Waffen und Geräte sowie die erforderlichen Haushaltsmittel selbst entscheiden und verfügen zu können.

Das Ergebnis des Vorstoßes der Generale kann nur Besorgnis hervorrufen. Trettner, Panitzki und Pape sind gegangen; ein Stück der Generalforderungen aber ist Wirklichkeit geworden. Die Bundesregierung und Minister von Hassel waren gezwungen, den Forderungen der Generale entgegenzukommen. Die Bundesregierung hat ihre Bereitschaft erklärt, „die Stellung der Generalität im Verteidigungsministerium . . . zu stärken“. Von Hassel hat dem neuen Generalinspekteur den Rang des „dritten Mannes“ ausdrücklich zugesichert. Steinhoff erhielt größere Vollmachten als sein Vorgänger Panitzki; von Hassel hat seinen Forderungen bereits „im Prinzip zugestimmt“.

Wir Kommunisten sollten dieses Ergebnis der „Generalsrevolte“ zum Anlaß nehmen, allen Illusionen über eine angebliche Entspannung in Europa entgegenzutreten, die wachsende Gefährlichkeit der Bonner Politik stärker zu enthüllen und die Agitation für eine europäische Sicherheitskonferenz sowie für einen Atomwaffensperrvertrag zu verstärken.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Zu den Vorgängen in China

Zu den Vorgängen in China, die u. a. mit einem Beschuß des 11. Plenums des ZK der KP Chinas zur sogenannten „Großen proletarischen Kulturrevolution“ zusammenhängen, nehmen die kommunistischen und Arbeiterparteien in den letzten Wochen Stellung. „Wissen und Tat“ veröffentlicht einige dieser Stellungnahmen, um unseren Lesern einen weiteren Einblick in die Vorgänge zu verschaffen.

Moskau:

Die Prawda veröffentlichte am 1. September eine Mitteilung aus dem ZK der KPdSU. Nachstehend die wesentlichen Auszüge:

Die Beschlüsse des Plenums haben offiziell die Absicht der Führung der KP Chinas bekräftigt, auch in Zukunft einen besonderen Kurs zu steuern und ihn der marxistisch-leninistischen Linie entgegenzustellen, die die Bruderparteien gemeinsam auf den Beratungen von 1957 und 1960 ausgearbeitet hatten.

Die Dokumente des Plenums zeigen, daß die Führung der KP Chinas ihre antisowjetische Linie als offizielle Politik der Kommunistischen Partei Chinas hat billigen lassen. Das Plenum hat im Grunde genommen den Vorschlag der KPdSU und anderer Bruderparteien zu gemeinsamen Aktionen im Kampf gegen den Imperialismus — darunter gegen die Aggression des USA-Imperialismus in Vietnam — zurückgewiesen.

Auffallend ist die Tatsache, daß die antisowjetische Kampagne, die bereits seit langem und systematisch in China betrieben wird, gerade nach dem Plenum mit neuer Kraft ausgebrochen ist. Es wird immer offenkundiger, daß die Führung der Volksrepublik China unter dem Deckmantel erlogener Behauptungen von einer „Abrede“ zwischen der UdSSR und dem USA-Imperialismus, von einer „Restauration des Kapitalismus“ in der Sowjetunion erneut eine ernste Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China provoziert. Es ging so weit, daß man Massenausschreitungen vor der sowjetischen Botschaft in Peking organisiert hat.

Das ZK der KPdSU ist der Ansicht, daß derartige Handlungen und Erklä-

rungen, die das leitende Organ der Chinesischen Kommunistischen Partei offiziell abgegeben hat, einen weiteren ernsten Schritt bedeuten, der der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und dem Kampf für Sozialismus, nationale Befreiung, Frieden und Sicherheit der Völker schadet. In einer Situation, da der Imperialismus seine Anstrengungen im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung aktiviert und den schmutzigen Krieg in Vietnam ausweitet, erweist ein solcher Schritt dem Imperialismus und der Reaktion einen besonders großen Dienst. Die Verantwortung für die Absage an einen gemeinsamen koordinierten Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, für die unaufhörlichen Versuche zur Spaltung der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Gemeinschaft sowie zur Schwächung der antiimperialistischen Front trifft voll und ganz die Führung der KP Chinas und der Volksrepublik China.

Das ZK der KPdSU geht stets davon aus, daß der Kampf gegen den Imperialismus und gegen alle reaktionären Kräfte gebieterisch Einheit, Geschlossenheit und Solidarität aller kommunistischen Parteien, aller sozialistischen Länder, aller Trupps der revolutionären und der Befreiungsbewegung verlangt.

Trotz der Schwierigkeiten, die die Führung der KP Chinas verursacht, wird die KPdSU auch in Zukunft die Linie der Festigung der Freundschaft mit den chinesischen Kommunisten, mit dem viele Millionen zählenden Volk Chinas verfolgen und entschlossen die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung sowie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verfechten.

Düsseldorf:

Die am 2. September 1966 in Düsseldorf veröffentlichte Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPD hat folgenden Wortlaut:

In China hat eine neue Welle des Antisowjetismus begonnen. Die Führung der KP Chinas geht jetzt soweit, direkte antisowjetische Ausschreitungen zu veranlassen. Wir werten diese ungeheuerliche Tatsache nicht nur als eine Provokation gegen die Sowjetunion und deren Regierung, sondern zugleich als einen Akt, der gegen die Interessen der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und aller antiimperialistischen Kräfte gerichtet ist.

Die Kommunistische Partei Deutschlands verurteilt die Ausfälle, die gegen die KPdSU, die Sowjetunion, aber auch gegen andere sozialistische Länder und Bruderparteien entfacht wird. Wir sind besonders besorgt, weil dies zu einem Zeitpunkt geschieht, da die USA-Imperialisten den schmutzigen Krieg in Vietnam noch mehr ausweiten und die von der Revanchepolitik der Bonner Machthaber ausgehende Kriegsgefahr größer geworden ist.

Einen erfolgreichen Kampf gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus führt man nicht mit radikalen Phrasen und schon gar nicht mit antisowjetischen Verleumdungen. Antisowjetische Hetze und Provokationen nutzen immer nur den aggressiven Kräften des Imperialismus, aber niemals den Interessen des eigenen Volkes, der internationalen Arbeiterbewegung, der Sache der Arbeiterklasse aller Länder.

Heute muß die ganze Kraft der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und aller Völker zur Aktionseinheit gegen den schmutzigen amerikanischen Krieg in Vietnam für die Solidarität mit dem um seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfenden vietnamesischen Volk vereint werden. Wer nicht bereit ist, dieser Aktionseinheit zu dienen, schwächt die Kampffront gegen den Imperialismus.

Die KPD war und ist stets bemüht, ihren Beitrag zur Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu leisten und hat

daher auch auf die öffentliche Polemik gegen die Haltung der Führer der KP Chinas verzichtet. Unsere Partei wird auch weiterhin alles in ihren Kräften stehende tun, um der Aktionseinheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und aller antiimperialistischen Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus zu dienen.

Berlin:

Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter Genosse Günter Mittag.

In der am 4. September im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Mitteilung wird betont, daß das 11. Plenum des Zentralkomitees der KP Chinas mit der schroffen Ablehnung aller Vorschläge der kommunistischen und Arbeiterparteien für gemeinsame Aktionen zur Unterstützung des Freiheitskampfes des vietnamesischen Volkes einen neuen schwerwiegenden Schritt gegen die Einheit der kommunistischen Weltbewegung und den notwendigen Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte unternommen hat.

Zugleich hat diese Tagung des ZK der KP Chinas die niederträchtige antisowjetische Kampagne verschärft. Die antisowjetischen Ausfälle der chinesischen Führer sollen die Tatsache verdecken, daß durch ihre Politik, durch ihre Ablehnung gemeinsamer Aktionen der Sache Vietnams, des Sozialismus, der nationalen Unabhängigkeit der Völker und des Friedens großer Schaden zugefügt wird, aber die Bestrebungen der Imperialisten auf Spaltung und Schwächung der antiimperialistischen Kräfte faktisch unterstützt werden.

Dieselben Leute, die die ungeheure Lüge eines Komplotts zwischen der UdSSR und den USA verbreiten, leisten durch ihre Hetze gegen die Partei Lenins und die Verhinderung gemeinsamer Solidaritätsaktionen für Vietnam den USA-Aggressoren und deren Helfershelfern faktisch Vorschub.

Mit tiefstem Befremden sieht unsere Partei die Auswirkungen der sogenannten proletarischen Kulturrevolution, deren Anpeitschung das erwähnte

11. Plenum des ZK der KP Chinas in erster Linie gedient hat. Unsere Presse hat über diese unerhörten Vorgänge informiert.

Voller Sorge stellen die Mitglieder unserer Partei die Frage, warum die chinesischen Führer zu diesen antisozialistischen Ausschreitungen, für die der Begriff der proletarischen Kulturrevolution mißbraucht wird, ihre Zuflucht nehmen.

Die sogenannte proletarische Kulturrevolution ist der zum Scheitern verurteilte Versuch einer Gruppe der chinesischen Führer, die komplizierten Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in China unter völliger Mißachtung der objektiven Gesetze des sozialistischen Aufbaus, unter Preisgabe des Marxismus-Leninismus, der Leninschen Normen des Parteilebens, der Prinzipien des demokratischen Zentralismus, der sozialistischen Demokratie und der sozialistischen Gesetzlichkeit auf dem Wege rein militärisch-administrativer Leitung und Organisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens lösen zu wollen.

Diese Politik der chinesischen Führer muß zu neuen größeren Widersprüchen und Auseinandersetzungen in der Volksrepublik China führen. Sie birgt große Gefahren für die sozialistische Gesellschaftsordnung in der Volksrepublik China in sich und beschwört die Gefahr neuer gefährlicher außenpolitischer Abenteuer und Konflikte herauf.

Die Politik der Führer der Kommunistischen Partei Chinas ist selbstverständlich eine sehr ernste Belastung für die kommunistische Weltbewegung und schadet dem gesamten sozialistischen Weltsystem.

Budapest:

Das Organ der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei „Népszabadság“ veröffentlichte einen dreispaltigen redaktionellen Artikel, der sich mit den jüngsten Vorgängen in China befaßt.

„Die Leitung der KP Chinas muß damit rechnen, daß sie die große Verantwortung tragen wird, die einem Spalter der antikolonialistischen Einheitsfront zukommt“, heißt es darin. Unter Hinweis auf die Aktionen der „Rotgardler“ schreibt „Népszabadság“: „Auf diese Handlungen, die jeden

Kommunisten und jeden gutwilligen Menschen mit Empörung und Besorgnis erfüllen, gibt es nur eine einzige richtige Antwort: Eine konsequente prinzipienfeste Haltung und den weiteren unermüdlichen Kampf für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung... Wir werden nie das chinesische Volk, das auf eine heldenhafte Vergangenheit und große Siege zurückblicken kann, mit denen vergleichen, die China und die KP Chinas von den sozialistischen Ländern und der internationalen kommunistischen Bewegung trennen wollen.“

Sofia:

Das ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei hat in einer Erklärung zu den Ereignissen in China Stellung genommen. In den Beschlüssen des 11. Plenums des ZK der KP Chinas werde „erneut die falsche und schädliche Position der Führung der KP Chinas zu den Grundfragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, zum Kampf der Völker gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus vertreten“. Erneut würden vollkommen unbegründete Beschuldigungen gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien erhoben. Diese Position sei gegen die Einheit der kommunistischen und der anderen fortschrittlichen antikolonialistischen Kräfte in der Welt gerichtet. „Sie bereitet dem Kampf gegen die imperialistische Aggression ... große Schwierigkeiten und nutzt dem Imperialismus und der Reaktion. Besonders schädlich erwies sie sich für die Verwirklichung einheitlicher Aktionen gegen die barbarische Aggression der amerikanischen Imperialisten gegen das vietnamesische Volk.“

„Die Ereignisse der letzten Zeit im kulturpolitischen Leben Chinas, die der ganzen Welt bekannt wurden, können nur der internationalen Reaktion bei ihren ständigen Bestrebungen zur Diskreditierung der Ideen des Sozialismus und Kommunismus dienen“, heißt es weiter in der Erklärung.

Prag:

„Die ernsten Folgen des Verhaltens der chinesischen Seite bestehen darin, daß es die Einheit bei der Hilfe der sozialistischen Länder schwächt und

ein einheitliches Vorgehen aller Antikriegskräfte gegen die Aggression (in Vietnam) unmöglich macht", erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPC, Antonín Novotný, in einer Rede vor Absolventen von Militärakademien. Die Tätigkeit der „Rotgardier“ habe mit Klassenbewußtsein nichts gemein, „sondern es ist ein Haßschüren hauptsächlich gegen die Sowjetunion“. Die chinesische Politik und die gegenwärtigen Ereignisse in China schadeten den revolutionären und Friedenskräften in der ganzen Welt „und ermöglichen dadurch der Weltreaktion forcierte Aktionen“.

Paris:

Das Politbüro der KPF bezeichnet das jüngste Kommuniqué des ZK der KP Chinas als ein „Gewebe schwerer antisowjetischer Verleumdungen“. Die am 29. und 30. August gegen die sowjetische Botschaft in Peking organisierten Kundgebungen stellen eine neue und gefährliche Etappe auf dem Weg der chinesischen Führer dar. Indem sie den Haß gegen das erste Land des Sozialismus schüren, dessen Kanonen, Flugzeuge, Raketen und Spezialisten dem heldenhaften Vietnam gestatten, den Imperialisten schwere Verluste zuzufügen, ermuntern sie diese offensichtlich, die Aggression fortzusetzen und unter Umständen auf andere Punkte der Erde auszudehnen.“ In der KPF-Erklärung heißt es abschließend: „Das Politbüro verurteilt diese spaltenden Umtriebe und diese antisowjetischen Provokationen.“

Habana:

Die Kubanische Kommunistische Parteizeitung „Gramma“ hat die chinesische Führung aufgefordert, sich nicht vor aller Welt lächerlich zu machen. In demstellenweise recht sarkastischen Artikel heißt es wörtlich: „Es ist ein

trauriger Umstand, daß die Volksrepublik China den Feinden des Sozialismus und Kommunismus Grund zu Hohn und Gelächter gegeben hat... Wenn die chinesischen Genossen geneigt sind, einen Ratschlag anzuhören, dann warnen wir sie davor, sich vor der Welt lächerlich zu machen. Um zu diesem Schluß zu kommen, ist es wahrlich nicht notwendig, die Werke des Vorsitzenden Mao zu lesen.“

„Gramma“ drückt auf einer ganzen Seite chinesische offizielle Erklärungen ab, in denen Mao Tse-tung glorifiziert wird. „Viele von uns Revolutionären sind bestürzt über diese Erklärungen offiziellen Charakters, die über die chinesische Nachrichtenagentur verbreitet werden“, erklärt das Blatt. „Zweifellos befindet sich China in einer schmerzlichen und verwirrenden Lage... Leider nutzt der Imperialismus Berichte dieser Art dazu, nicht nur die chinesischen Führer, sondern auch die Idee des Kommunismus lächerlich zu machen.“

Zu den abgedruckten chinesischen Berichten gehören u. a. solche, in denen Leute zitiert werden, wie sie mit Hilfe der Lehren Maos besser Tischtennis spielen, Melonen verkaufen, Verbrennungen heilen oder Durchfall kurieren, und wie durch schöpferische Anwendung seiner Lehren China gar zu seiner ersten Atombombe kam. Dazu gehören auch Vergötzungen wie die, Mao sei die „Rote Sonne, die das Herz der Völker der Welt erwärmt“. Diese Lobpreisungen und Eulegien, meint das kubanische Blatt „hätten alle Schranken gesprengt und einen Grad erreicht, wo nichts mehr zum Vergleich herangezogen“ werden könne.

Die jetzige chinesische Kampagne sei „eine Beleidigung für das chinesische Volk und seine Revolution“ schreibt das Blatt.

Elektroenergie. Den größten Anteil hat das Kraftwerk Vetschau, dessen erste drei Blockeinheiten mit einer installierten Leistung von insgesamt 500 Megawatt den Dauerbetrieb aufnehmen. Bis zum Jahresende wird die Elektroenergiengewinnung um weitere 6,5 Prozent erhöht werden.

Zu den Kraftwerken am Rande des Spreewaldes Lübbenau, Vetschau, Box-

Tatsachen aus der DDR

11 Prozent Zuwachs

Im vergangenen Jahr hatte die DDR seit ihrem Bestehen mit 11 Prozent den höchsten Kapazitätszuwachs an

berg und Schwarze Pumpe gesellt sich bis 1970 ein modernes Kraftwerk, das bei Thierbach errichtet wird. Seine Leistung: 800 Megawatt.

★

Die DDR ist 108 304 km² groß. Sie ist größer als die Länder Belgien (30 500 km²), Niederlande (33 600 km²), Schweiz (41 300 km²) und Luxemburg (2600 km²) zusammengenommen.

★

Bereits 1964 wurde auf dem Territorium der DDR ein Produktionsvolumen erreicht wie 1936 in ganz Deutschland.

★

Die DDR ist das Land mit der größten Braunkohlenproduktion, es folgen die UdSSR, Westdeutschland und die CSSR.

★

In der Gesamtproduktion (1963) von Kalidünger steht die DDR an 3. Stelle, von Stickstoffdünger an 8. Stelle, von synthetischem Kautschuk an 9. und von synthetischen Fasern ebenfalls an 9. Stelle. Bei den Vergleichswerten auf dem Gebiete der chemischen Industrie werden sich in diesem Jahr Veränderungen ergeben, da inzwischen mehrere große Chemiebetriebe der DDR oder Betriebsteile wie Leuna II, Schwedt, sowie Chemiefaserwerke usw. fertiggestellt wurden und die Produktion aufgenommen haben.

Zur Qualifizierung

1965 nahmen in der DDR 54 000 Absolventen von Hoch- und Fachschulen ihre Arbeit auf. Damit erhöhte sich die Zahl der Hoch- und Fachschulkräfte in der sozialistischen Volkswirtschaft auf über eine halbe Million.

★

An den Hoch- und Fachschulen wurden in diesem Jahr 9000 Studenten mehr aufgenommen als 1965. Über 12 000 Studenten nahmen ein Direktstudium in technischen Disziplinen auf.

★

Fast 203 000 Personen, das sind 45 000 mehr als 1964, schlossen 1965 ihre Facharbeiterausbildung ab, darunter allein 89 500 Werktätige durch Erwachsenenqualifizierung. 183 600 Lehrlinge begannen ihre Berufsausbildung.

Vorbildliche Fürsorge

Gegenwärtig bestehen in der DDR 11 300 Schwangeren- und Mütterberatungsstellen. Sie betreuten im Jahre 1965 über 850 000 werdende Mütter und Säuglinge.

★

Umfangreiche Maßnahmen auf dem Gebiet des Impfschutzes gestatteten es u. a., bei Diphtherie die Erkrankungen von 8230 Fällen im Jahre 1955 auf 107 im Jahre 1965 zu senken. Die Zahl der Todesfälle ging im gleichen Zeitraum von 89 auf 2 zurück. Allein für die Immunisierung gegen Infektionskrankheiten standen 1965 etwa 4,5 Millionen Mark bereit. Im Jahre 1966 werden es 8 Millionen Mark sein.

★

Die Statistik über die Säuglingssterblichkeit in der DDR ist nach den Worten von Prof. Dr. Mecklenburger „eine stolze Bilanz der Medizin in der sozialistischen Gesellschaft“. Die Säuglingssterblichkeit sank 1965 in der DDR auf 2,42 Prozent aller Lebendgeborenen. 1964 betrug sie noch 2,94, vor 10 Jahren 4,89 Prozent. Die DDR ist damit den führenden kapitalistischen Ländern weit voraus.

★

Von 100 Müttern entbinden in der DDR 94 unter ärztlicher Aufsicht in klinischen Einrichtungen. Die DDR gehört zu den Ländern mit der geringsten Müttersterblichkeit. In den zehn Jahren von 1955 bis 1965 sank die Müttersterblichkeit in der DDR (auf je 10 000 Lebendgeborene bezogen) von etwa 14 auf etwa 6.

★

Etwa 50 Kinder der Stadt Dresden sind so schwer körperbehindert, daß sie jeden Tag mit dem Taxi in die Schule fahren müssen. Die Kosten trägt der Rat der Stadt Dresden — 65 000 MDN im Jahr.

★

In den rund 35 000 mittleren und größeren Betrieben Westdeutschlands gibt es nur 700 Werkärzte. In der DDR sind rund 1800 Ärzte im betrieblichen Gesundheitsschutz beschäftigt. In der DDR gibt es 88 Betriebspolikliniken, 215 Betriebsambulatorien, 1592 Arztsanitätsstellen, 1421 Schwesternsanitätsstellen und 19 Nachtsanatorien.

Die Lage nach der Bildung der Regierung der großen Koalition und unsere nächsten Aufgaben

**Referat des Genossen Max Reimann
auf der 9. Tagung des Zentralkomitees
der KPD**

Die Lage nach der Bildung der Regierung der großen Koalition und unsere nächsten Aufgaben

Referat des Genossen Max Reimann auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der KPD

Genossinnen und Genossen!

Mit der Bildung der neuen Regierung wurde eine ernste Situation geschaffen. Wir erachten es für erforderlich, daß vom Zentralkomitee unserer Partei auf die Regierungserklärung Kiesingers schnell geantwortet wird. Die Situation verlangt, daß unsere Partei eine klare Orientierung erhält und so in die Lage versetzt wird, in den kommenden Auseinandersetzungen, vor die sich alle demokratischen Kräfte, vor allem die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, durch die antisoziale, antidemokratische und friedensgefährdende Konzeption der herrschenden Kreise und ihrer Kiesinger-Regierung gestellt sehen, aktiv und richtungsweisend aufzutreten.

In meinen Ausführungen möchte ich mich auf die Beantwortung einiger Fragen beschränken, die nach der Regierungsbildung von Mitgliedern unserer Partei, aber auch von vielen Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Geistesschaffenden sowie bürgerlichen Demokraten gestellt werden.

Die erste Frage: Worin sehen wir Kommunisten die Ursachen für die Krise der Bonner Politik und welche sind die Faktoren, die zur Bildung der Koalition CDU/CSU/SPD geführt haben?

Auf der Pressekonferenz am 4. November dieses Jahres erklärten wir, daß die Krise der Bonner Politik ihre eigentliche Ursache hat in der falschen politischen Konzeption der herrschenden Kreise und ihrer CDU/CSU-Regierung, die Bundesrepublik innerhalb der NATO zu einem hochgerüsteten Staat zu machen, um so die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren.

Vergegenwärtigen wir uns, welches Programm die Monopole und ihre politische Vertretung, die CDU/CSU, bei der Spaltung Deutschlands und der Gründung der Bundesrepublik verkündeten. Machen wir, was Kiesinger in seiner Regierungserklärung angekündigt, aber nicht getan hat: Eine echte Bestandsaufnahme. Zu den Hauptzielen der herrschenden Kreise gehört die Beseitigung der DDR und ihre Eingliederung in die Bundesrepublik. Dem diente ihre These vom Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland und die Hollstein-Doktrin. Sie erhoben Gebietsforderungen gegenüber Polen, der CSSR und der Sowjetunion und propagierten ein unter ihrer Herrschaft stehendes Großdeutschland in den Grenzen von 1937. Darum ihre Aufrüstung, ihr Streben nach Atomwaffen, darum NATO-Integration und Politik der Stärke. Militärisch stark, glaubten die deutschen Monopolherren, die sozialistischen Länder unter Druck setzen, die DDR isolieren und sie in ihren Herrschaftsbereich einzgliedern zu können.

Mit dieser Konzeption stemmten sich die Machthaber der Bundesrepublik gegen jeden Versuch der Entspannung und Abrüstung. Sie wurden damit zum Haupthindernis

für die Normalisierung der Verhältnisse in Europa und zur Hauptgefahr für den Frieden und die europäische Sicherheit. Heute ist offensichtlich, daß diese Politik des Rüstungskapitals und ihrer CDU/CSU gescheitert ist.

Als unrealistisch hat sich der Versuch der CDU/CSU und ihrer Generalität erwiesen, mit militärischer Stärke die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zur Anerkennung der Revancheziele des westdeutschen Monopolkapitals zu zwingen.

Die Konzeption der CDU/CSU-Regierung, ihr Streben nach Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und nach imperialistischer Vormachtstellung hat bei allen europäischen Völkern und selbst bei NATO-Verbündeten wachsendes Mißtrauen und die Furcht hervorgerufen, daß von der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgehen kann. Die Völker aber wollen keinen dritten Weltkrieg. Sie streben nach Frieden, Entspannung, Sicherheit und Verständigung.

Die Deutsche Demokratische Republik, unlöslich verbunden mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages, hat ihre Positionen gefestigt und ist von Jahr zu Jahr erstarckt, sowohl ökonomisch und politisch als auch militärisch. Das bestätigt sich erneut in der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED, einem Ereignis, das in der kommenden Zeit die Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird. Während in der Bundesrepublik das Wirtschaftswunder zu Ende gegangen ist, wirtschaftliche und soziale Unsicherheit aufkommen, hat die DDR ihren neuen Wirtschaftsplan verkündet, in dem ein gestelgertes Wirtschaftswachstum und ein kontinuierlicher Aufstieg garantiert sind. Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, die absolute Gewißheit, daß es vorwärts geht, sind für die Werktätigen der DDR zur Selbstverständlichkeit geworden.

Bei immer mehr Völkern wächst die Erkenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik ein bedeutsamer Wirtschaftspartner und Faktor für den Frieden in Europa ist. Darum wächst in zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern die Erkenntnis, daß es notwendig ist, ihr Verhältnis zur DDR zu normalisieren. Jeder Versuch, die DDR zu isolieren, sie aufzuweichen oder sie mit militärischer Gewalt in die Bundesrepublik einzugliedern, ist illusorisch geworden. Eine realistische Deutschlandpolitik erfordert die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, die Aufnahme normaler Beziehungen zur DDR. Wer das nicht sieht oder nicht sehen will, wer in der Politik dieses unumgängliche Erfordernis verneint, der mußte in der Vergangenheit scheitern und er wird auch in Zukunft scheitern.

Die wichtigste Ursache der Krise der Politik der Monopole und ihrer CDU/CSU liegt darin begründet, daß sie im Widerspruch steht zum Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland. Das läßt den Monopolen für ihre Politik einen immer kleineren Spielraum, woraus sich eine wachsende Abenteuerlichkeit ihrer Handlungen ergibt; denn die herrschenden Kreise halten mit großer Zähigkeit an ihrer gefährlichen Konzeption fest, die nur durch den Kampf des eigenen Volkes und aller europäischen Völker vereitelt werden kann.

Die aggressive Politik nach außen hat auch die Widersprüche im Innern verschärft. Die Innenpolitische Konzeption der CDU/CSU, das gesamte wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik mit Notstandsgesetzen und der Notstandsverfassung den Interessen ihres Revanchekurses unterzuordnen, stieß auf wachsenden Widerspruch immer breiterer Teile der Bevölkerung, vor allem der Gewerkschaften, der Jugend und der Intelligenz.

Als unsere Partei verboten wurde, glaubten die herrschenden Kreise, im Inneren freie Hand für die Durchsetzung ihrer Revanchepolitik nach außen zu haben. Diese Rechnung ging nicht auf. Viele Menschen beginnen den Zusammenhang zwischen der aggressiven Außenpolitik, dem Abbau der Demokratie im Innern und den für das Volk gefährlichen wirtschaftlichen Entwicklungen zu erkennen. In der Bewegung gegen die Notstandsgesetze und Notstandsverfassung und mit dem Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ beginnt sich eine gemeinsame Front von bedeutenden

Arbeiterorganisationen, Persönlichkeiten des Geisteslebens sowie anderer Bevölkerungsschichten für die Verteidigung der Demokratie und des Grundgesetzes herauszubilden.

Der abenteuerliche Revanchekurs der CDU/CSU hat zu Rüstungsausgaben geführt, die um ein Vielfaches die Rüstungsausgaben Hitlers übersteigen. Für das kommende Jahr sind, wenn wir die entsprechenden Ausgabeposten von allen Einzelhaushalten zusammenrechnen, über 24 Milliarden, das heißt mehr als 32 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes, für die Aufrüstung vorgesehen.

Eine solche an den Rüstungsinteressen und dem Machtstreben einer kleinen Gruppe der Großfinanz orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik muß große soziale Belastungen und Gefahren für die arbeitende Bevölkerung mit sich bringen. Selbst die starke Wirtschaft der Bundesrepublik ist nicht in der Lage, diese ständig steigenden Belastungen für die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu tragen. Hinzu kommt, daß eine ausschließlich den Profitinteressen der Großkonzerne dienende Wirtschaftspolitik zu maßlosen Preissteigerungen und zur Minderung der Kaufkraft führt. Die daraus entstehenden Belastungen und die Auswirkungen der Automation und Rationalisierung versucht das Großkapital auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Offensichtlich ist auch, daß die wirtschaftliche Hochkonjunktur zu Ende gegangen ist. Das zeigt sich besonders deutlich im Bergbau und in der Stahlindustrie. Selbst in solchen Wirtschaftszweigen, wie der Bau-, Investitionsgüter- und Automobilindustrie, die als Wachstumsindustrie gelten, treten Krisenerscheinungen auf, die den Arbeitern Entlassungen und Kurzarbeit bringen.

Unsicherheit und Unzufriedenheit breitet sich in allen Bevölkerungsschichten aus. Arbeiter bangen um ihren Arbeitsplatz, um die Erhaltung der betrieblichen Sozialleistungen. Sie stehen unter dem Druck ständiger Preis- und Mietpreissteigerungen. Auf den Bauern lasten die Beschlüsse der EWG. Alle arbeitenden Menschen sehen neue soziale Belastungen auf sich zukommen.

Das westdeutsche Großkapital und ihre CDU/CSU sahen sich sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch ständig wachsenden Schwierigkeiten gegenüber, die sie allein nicht lösen konnten. Sie hielten es für notwendig, Erhard, den sie noch vor einem Jahr auf den Schild gehoben haben, fallenzulassen und zum Sündenbock ihrer verfehlten Politik zu machen. Sie hielten es für erforderlich, die FDP aus der Regierungskoalition mit der CDU/CSU zu entlassen und eine große Koalition mit der SPD unter Führung der CDU/CSU zu befürworten. Hätten das Rüstungskapital und die CDU/CSU auch nur eine Chance gesehen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, ohne die SPD in die Regierung hineinzunehmen, sie wären diese große Koalition nicht eingegangen. Es war also eine Situation entstanden, in der es der CDU/CSU nicht mehr möglich war, allein ihre bankrote Revanchepolitik fortzusetzen. Die herrschenden Kreise brauchten eine breitere soziale Basis, um ihre innenpolitischen Schwierigkeiten auszuräumen, damit sie ihre aggressive Politik nach außen fortsetzen können. Das waren die Beweggründe, warum die SPD von der CDU/CSU in die Regierung hineingenommen wurde.

Anstatt aus dem offensichtlichen Bankrott der CDU/CSU-Politik die Schlußfolgerung zu ziehen, alles zu unternehmen, um der CDU/CSU ihren verhängnisvollen Einfluß auf die Bundesrepublik zu entziehen, sie aus der Regierung zu verdrängen und mit einer eigenen Alternative eine Wende der Politik herbeizuführen, strebten solche Führer der SPD, wie Herbert Wehner und Helmut Schmidt, über ihre seit vielen Jahren praktizierte Gemeinsamkeit mit der Führung der CDU/CSU hinaus nach Wunsch der am meisten an Rüstung und Expansion interessierten Kreise des Großkapitals eine Koalition mit den reaktionärsten Führungskräften der CDU/CSU an. Es gelang ihnen, die Mehrheit der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, die zunächst gegen eine große Koalition waren, mit irreführenden Argumenten für ein Zusammengehen mit der CDU/CSU zu gewinnen. Damit hat Herbert Wehner die SPD um die Chance gebracht, den Bundeskanzler zu stellen, die Politik der Bundesregierung zu bestimmen und den Bankrott der CDU/CSU vor den Augen der Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Mehr als 13 Millionen Wähler der SPD, Millionen Gewerkschafter, zahlreiche demokratische Bürger, starke Kräfte der Intelligenz, der Bauern, der Frauen und der Jugend hatten von der SPD erwartet, daß sie die Chance nutzt und eine neue Politik einleitet. Sie hätte sich dabei auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen und ihre eigene Position festigen können. Mit der Zustimmung zur großen Koalition beginnen Wehner und die Führungsspitze der SPD einen groben Vertrauensbruch an den Wählern und der Mitgliedschaft der SPD. Statt mit den demokratischen Kräften im Volk zusammenzugehen, sich auf die außerparlamentarische Bewegung zu stützen und energisch um Neuwahlen zu kämpfen, statt wie in Nordrhein-Westfalen eine Koalition mit der FDP einzugehen, schloß die Führung der SPD ein Bündnis mit den Kräften des Rüstungskapitals. Ein solches Bündnis schadet der SPD und ermöglicht es der CDU/CSU, ihre bankrote Politik neu aufzupolieren und Ihre Herrschaft zu festigen.

Zur zweiten Frage: Was ist von der neuen Regierung zu erwarten?

Entkleiden wir die Regierungserklärung des Herrn Kiesinger all der schönen Worte, so zeigt sich, daß diese Regierung der Sachwalter der Interessen des mit der Rüstungswirtschaft verflochtenen Teils des Industrie- und Bankkapitals ist. In ihr bestimmen die reaktionären Kräfte der CDU/CSU. Ihr Bündnis mit den Gemeinsamkeitspolitikern der SPD-Führung haben eine Kräftekonzentration herbeigeführt, die einen scharfen Rechtskurs vor allem in den Bereichen der Innen- und Wirtschaftspolitik ermöglichen soll und deshalb die künftige Entwicklung in der Bundesrepublik noch gefährlicher werden läßt.

Die sozialreaktionären Maßnahmen und der verschärfte Kurs zur Beseitigung der noch vorhandenen demokratischen Rechte im Innern dienen dem einen Ziel: die imperialistische Machtpolitik nach außen verstärkt fortsetzen zu können. Das ist auch der Sinn der Worte Kiesingers: „Es muß uns gelingen, den verlorengegangenen finanziellen Spielraum für unsere politischen Entscheidungen wieder zu gewinnen.“ Kiesinger stellt an die Spitze seiner Regierungserklärung die Feststellung, daß die große Koalition nur eine Regierung auf Zeit sei. Die CDU/CSU beabsichtige nicht, sie über das Jahr 1969 hinaus fortzusetzen. Mit Hilfe dieser Koalition will die CDU/CSU Diktaturvollmachten in die Hände bekommen, um für lange Jahre ihre Herrschaft im Interesse der Monopole, der Militaristen und Revanchisten zu sichern. Mit ihr will die CDU/CSU die Voraussetzung dafür schaffen, in möglichst kurzer Zeit die SPD wieder aus der Regierung zu drängen, um erneut ihre Alleinherrschaft zu errichten.

In Kiesinger hat das Rüstungskapital einen Bundeskanzler gefunden, der sich ihr Vertrauen bereits im Außenministerium Ribbentrops als Verantwortlicher für die Propagierung von Goebbels Durchhalteparolen im Ausland erworben hat. Dieser Bundeskanzler bestimmt nach dem Grundgesetz die Richtlinien der Politik. Die im Springer-Konzern erscheinende „Bild-Zeitung“ hat alle wissen lassen, daß Kiesinger mit eiserner Hand regieren wird. Dabei habe er die volle Unterstützung seines Vizekanzlers Brandt. Daß Kiesinger diese eiserne Hand nicht gegen das Monopolkapital, sondern gegen das Volk gebrauchen wird, haben seine ersten Maßnahmen bereits erkennen lassen.

Auch die Verteilung der anderen Ressorts im Kabinett ist aufschlußreich. Die CDU/CSU sicherte sich mit dem Verteidigungs-, dem Innen- und Finanzministerium sowie dem Bundeskanzleramt alle wesentlichen Machtpositionen. Willy Brandt dagegen soll die neuverpackte alte Revanchepolitik der Monopole im Ausland vertreten und Herbert Wehner als sogenannter Gesamtdeutscher Minister den Alleinvertretungsanspruch und die Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie sollen durch verschwommene Erklärungen die Illusion schaffen, als würde von dieser Regierung zumindest in diesen beiden Ressorts eine andere Politik durchgeführt werden. In Wahrheit wird die alte Politik fortgesetzt. Das geht aus dem jüngsten Vorschlag von Herbert Wehner eindeutig hervor, wenn er erklärt, man könne auch über die Anerkennung der DDR reden, wenn das sozialistische System in der DDR beseitigt ist. Das ist die alte Politik. Schiller als Wirtschaftsminister soll die Verantwortung für die verfehlte Wirt-

schaftspolitik der CDU/CSU auf sich nehmen und die Unzufriedenheit und den Zorn der Arbeiter und der anderen werktätigen Schichten von der CDU/CSU weg und auf die SPD lenken.

Was die neue Regierung beabsichtigt, hat Kiesinger in seiner Regierungserklärung offenbart. Die in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD ausgetauschte Formel, man wolle die bisherige Politik mit einigen neuen Akzenten fortsetzen, hat ihre programmatische Formulierung gefunden. Das Wesen des von Kiesinger skizzierten Kurses sehen wir in der Schaffung der innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Voraussetzungen für die Festigung der Macht des Monopolkapitals, der Herrschaft der CDU/CSU und die Erweiterung des Spielraums für eine nationalistische, aggressive Außen-, Militär- und Deutschlandpolitik. Das Wesen dieses politischen Kurses wird durch ein düsteres Bild künftiger Wirtschaftsentwicklungen, durch eine raffinierte Friedens- und nationale Demagogie verschleiert. All das und die Behauptung, diese Regierung repräsentiere die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung, läßt die Lage gefährlicher und die kommenden Auseinandersetzungen schärfter, aber zugleich auch komplizierter werden.

Kiesinger kündigt drastische Einsparungen, Steuererhöhungen, Preissteigerungen, höhere Abgaben der Länder und Gemeinden an den Bund an. Damit wird unumwunden gesagt, daß die Regierung einen Kurs einschlägt, durch den die vorhandenen Schwierigkeiten in der Wirtschaft mit einer inflationären Entwicklung aufgefangen werden sollen. Die Mark wird in Zukunft noch weniger wert sein. Das Haushaltsdefizit soll nicht durch Kürzungen der Rüstungsausgaben, sondern durch inflationäre Maßnahmen gedeckt werden. Dazu gehören Maßnahmen im Bereich der Kreditgewährung und die Aufhebung der Kupon-Steuer, wodurch die Milliardäre erneut Riesensummen in ihre Taschen stecken, während andererseits Verbrauchersteuern erhöht werden sollen.

Es ist bezeichnend für den antisozialen Charakter dieser Regierung, daß die ersten von ihr verabschiedeten Gesetze ohne Ausnahme den Lebensstandard des werktätigen Volkes herabdrücken. Die Kilometergeldpauschale würde von 50 auf 36 Pfennig gesenkt; die Benzinpreise um 3 Pfennig je Liter erhöht; eine sogenannte Alkoholsteuer für bestimmte Weine eingeführt; Spar- und Wohnungsbauprämien gekürzt und die Mittel für Mutterschutz und Ausbildungsbeihilfen gestrichen. Finanzminister Strauß aber erklärt: Das reicht noch nicht aus. Weitere Belastungen sind angekündigt. Die Lohn- und Einkommenssteuern sollen um 5 Prozent erhöht, die Umsatzsteuer angehoben und die Preise hochgetrieben werden.

So erweist sich die neue Regierung als eine antisoziale Regierung, deren arbeiter-, mittelstands- und bauernfeindliche Politik von der SPD gedeckt werden soll.

Die Sicherung des Arbeitsplatzes und des Wirtschaftswachstums verlangt den Abbau des Rüstungshaushalts zu Gunsten der Lösung solcher Aufgaben, wie den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Wohnungen, und die Lösung anderer Gemeinschaftsaufgaben, die auch den inneren Markt stärken.

Wenn Strauß erklärt: „Alte müssen Federn lassen“, wenn Kiesinger in seiner Regierungserklärung sagte, die Lasten, die Opfer, die getragen werden müssen, sollen auf alle Schichten verteilt werden, so will sich diese Regierung den Anschein geben, unabhängig gegenüber allen Interessenverbänden zu sein und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sozusagen über den Klassen zu stehen. Damit will sie verschleiern, daß durch die Maßnahmen der neuen Regierung nur das Volk gerupft, die Monopole aber durch steigende Profite noch reicher werden sollen.

Im „Handelsblatt“, der Zeitung der Hochfinanz, heißt es in der Ausgabe vom 9.-10. Dezember unmißverständlich: „Die breite parlamentarische Mehrheit läßt unpopuläre Entschlüsse zu . . . Im allerweitesten Bereich der Sozialpolitik sind unpopuläre Maßnahmen aber unumgänglich. Wir benötigen eine Sozialpolitik, deren Schwerpunkt auf den Investitionen liegt.“ „nicht jedoch auf der Steigerung des individuellen Konsums“. Diese Worte lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Werktätigen die Kosten für die verfehlte Politik bezahlen sollen.

Aus dem Programm ist auch klar ersichtlich, daß die Regierung der großen Koalition gewerkschaftsfeindlich ist. Mit der angekündigten Durchsetzung von sogenannten Lohn-Leitlinien soll ein Lohnstopp durchgesetzt, den Gewerkschaften die Tarifautonomie genommen und sollen sie reglementiert und gleichgeschaltet werden. Das von Strauß verkündete Programm, in dem für die Werktäglichen nur Schweiß und Tränen vorgesehen sind, wird zur Richtschnur für die Politik der Regierung Kiesinger.

Jetzt wird immer offensichtlicher, daß die von der CDU/CSU verfolgte politische Konzeption und ihre Fortsetzung für die Bevölkerung immer teurer wird. Die Verteidigung des Lebensstandards und des sozialen Besitzstandes der Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibenden und des Mittelstands wird für die nächste Zeit zu einer der entscheidenden Aufgaben.

Mit der Hineinnahme der SPD in diese Regierung will sich die CDU/CSU auch jene Zweidrittel-Mehrheit sichern, die sie für die Annahme der Notstandsgesetze, für das sogenannte Stabilisierungsgesetz, die Wahlrechtsänderung und andere Diktaturgesetze benötigt. Damit will sie verschärft den Kurs der Revanche und der Aufrüstung durchsetzen. Ihre Absicht, 84 Änderungen am Grundgesetz vorzunehmen – die auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen mit der Führung der SPD waren – bedeutet faktisch die Außerkraftsetzung des Grundgesetzes. Durch die Notstandsgesetze und die Notstandsverfassung soll Kriegsrecht bereits in Friedenszeiten Anwendung finden.

Das alles geschieht zum Ausbau und zur Festigung der Macht der Rüstungsmonopole, zur Sicherung des staatsmonopolistischen Systems in der Bundesrepublik und im Interesse eines verschärften Kriegskurses der herrschenden Kreise. Das geschieht, um die formierte Gesellschaft in der Bundesrepublik durchzusetzen. Das alles fördert zugleich die rechtsextremistischen Tendenzen, die neonazistische Entwicklung und begünstigt die NPD mit ihrer sozialen Demagogie und ihrem nationalistischen und neonazistischen Programm.

Das Rüstungs- und Bankkapital will also die kommenden zwei Jahre dafür nutzen, die demokratischen Hemmschuhe für die Durchsetzung ihrer Aggressionspolitik mit Hilfe der Sozialdemokratie zu überwinden. Es geschieht gerade das Gegenteil von dem, was viele Mitglieder und auch Funktionäre der SPD von dieser Regierung und von der Tätigkeit ihrer Minister erwarten. Vor allem Mitglieder der Gewerkschaften wenden sich an sozialdemokratische Minister und fordern sie auf, keiner Entscheidung zuzustimmen, die sich gegen die sozialen und demokratischen Interessen des werktätigen Volkes richten.

Die Verteidigung des Grundgesetzes gegen Notstandsgesetze und Notstandsverfassung ist heute zu der dringendsten Aufgabe aller demokratischen und friedliebenden Kräfte geworden. Die Sicherung der Demokratie ist ein untrennbarer Bestandteil im Kampf für die Sicherung des Friedens und die Erhaltung des Lebensstandards. Eine mit Diktaturovalmachten ausgerüstete Regierung des Monopolkapitals hätte unabsehbare Folgen für die Bevölkerung und wäre eine weitere Ermunterung zur Forcierung ihrer Revanchepläne.

Es ist eine Täuschung des Volkes, wenn Kiesinger erklärt, oberstes Anliegen der Regierungspolitik sei Frieden und Entspannung. Wer sich weigert, bestehende Grenzen anzuerkennen, der kann es mit dem Frieden nicht ehrlich meinen. Wer die Einmischung des amerikanischen Imperialismus in die Angelegenheiten anderer Völker und seinen schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk gutheißt, ihm noch größere Unterstützung zusagt und gleichzeitig von einem Friedensbeitrag der Bundesrepublik spricht, der will das Volk irreführen, der handelt antinational.

Wenn Kiesinger erklärt, der feste Standpunkt der Koalitionsregierung ist der Grundsatz, sorgfältig darauf zu achten, „daß nichts geschieht, was völkerrechtlich oder faktisch in der Weltmeinung den Eindruck erwecken könnte, daß wir von unserem Standpunkt, daß es nur einen legitimen deutschen Staat gibt, abrücken werden“, so ist damit unverkennbar, daß Kiesinger, Strauß, aber auch Wehner und Brandt am bankrotten Alleinvertretungsanspruch festhalten und den Haß gegen die DDR weiter schüren wollen. Über diese Tatsache darf sich auch niemand von schönen Worten

Kiesingers hinwegtäuschen lassen, er wünsche eine Entkrampfung zwischen beiden deutschen Staaten. Eine reale Deutschlandpolitik und die Herstellung normaler Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik erfordern die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten.

Nur so können Schritte zum Abbau der Spannungen in Deutschland und zur Annäherung beider deutscher Staaten erreicht werden. Wenn Herbert Wehner einerseits erklärt, er will Kontakte aufnehmen und menschliche Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands herstellen, andererseits aber ausdrücklich betont, daß diese Kontaktmaßnahmen nur „unterhalb der Schwelle der Anerkennung“ der DDR stattfinden dürfen, dann setzt er damit den bankroten Versuch fort, die DDR auf dem Wege der Aufweichung dem staatsmonopolistischen System in der Bundesrepublik einzuverleiben. Der Maßstab für eine ehrliche und echte Deutschlandpolitik ist der Verzicht auf den aggressiven Alleinvertretungsanspruch.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, unterbreitete auf der 14. Tagung des ZK der SED der westdeutschen Bevölkerung Vorschläge für ein Minimalprogramm. In fünf Punkten legte er dar, über welche Gemeinsamkeiten sich die Bevölkerung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf für die Erhaltung des Friedens und der europäischen Sicherheit verständigen können.

Diese Vorschläge lauten:

1. Die Förderung des Zustandekommens eines internationalen Vertrages, der das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen in jeglicher Form zum Inhalt hat.
2. Die Förderung des Zustandekommens einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten, die dem Ziel dient, Frieden und Sicherheit für alle europäischen Völker und Staaten zu gewährleisten.
3. Die Aufnahme und Pflege normaler und korrekter Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Sicherung ihres friedlichen und gleichberechtigten Neben- und Miteinanderlebens.
4. Vereinbarung über eine Kürzung der Rüstungshaushalte in der westdeutschen Bundesrepublik wie auch in der Deutschen Demokratischen Republik um 50 Prozent.
5. Verständigung über eine von den Mächten garantierte Neutralität der beiden deutschen Staaten. Das wäre unseres Erachtens zugleich ein entscheidender Fortschritt auf dem Wege zur friedlichen Regelung der deutschen Frage.

Damit hat die Deutsche Demokratische Republik erneut ihre Friedensliebe und ihre Bereitschaft zur Verständigung bekundet.

Wir Kommunisten werden alles tun, um die Bevölkerung der Bundesrepublik über diesen Minimalvorschlag aufzuklären und so das Zusammenwirken der Bürger der Bundesrepublik und der DDR für dieses Minimalprogramm zu fördern.

Wenn Kiesinger in seiner Regierungserklärung sagt, die Bundesregierung verzichtet auf nationalen Mitbesitz und nationale Mitverfügung von Atomwaffen, so soll damit offensichtlich der Eindruck erweckt werden, als sei die Bundesrepublik an Atomwaffen nicht interessiert. Aber schon zwei Tage nach der Regierungserklärung wurde auf der NATO-Konferenz in Paris ein Komitee für die Ziel- und Einsatzplanung für Atomwaffen geschaffen und der neue Verteidigungsminister Schröder bestand darauf, daß auch ein Vertreter der Bundeswehr diesem Komitee angehört. In diesem Zusammenhang, so schrieb die großbürgerliche Zeitung „Die Welt“, meldete der deutsche Minister einen Anspruch der Bundesrepublik auf Mitscheidung über den Einsatz aller auf deutschem Boden lagernden Nuklearwaffen oder auf deutschem Territorium eingesetzten Nuklearwaffen unüberhörbar an. Verstärkt strebt die Bundesregierung und die Bundeswehrführung nach Beteiligung an der atomaren Ziel- und Einsatzplanung, um so den Finger an den Drücker von Atomwaffen zu bekommen. Das ist die Fortsetzung der alten atomaren Vorwärtsstrategie.

Genossinnen und Genossen!

Oft wird die Frage gestellt: Wie sind die Äußerungen über eine neue Ostpolitik, über eine angebliche Verständigung mit den sozialistischen Ländern aufzufassen, zum Beispiel die Erklärung Kiesingers: „Unter bestimmten Voraussetzungen betrachte ich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem einen oder anderen Land Osteuropas für wünschenswert.“

Ich möchte hier ausdrücklich erklären: Die Kommunistische Partei Deutschlands kämpft seit Jahren dafür, daß die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern aufnimmt und ihr Verhältnis zur DDR normalisiert, um so zur Entspannung in Europa und zur europäischen Sicherheit beizutragen. Daß diplomatische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern bisher nicht zustandekamen, liegt an der entspannungsfeindlichen und aggressiven Politik der Bundesregierung. Wenn Kiesinger nun erklärt, unter bestimmten Voraussetzungen erachte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für wünschenswert, so unterscheidet er sich damit weder von Adenauer noch von Erhard. Auch sie waren bereit, unter „bestimmten Voraussetzungen“ diplomatische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aufzunehmen. Die Voraussetzung war, daß die sozialistischen Länder ihre Aggressionsziele tolerieren oder gar billigen. Der Versuch, damit die DDR, einen zuverlässigen Garanten für den Frieden in Europa zu isolieren, hat sich in der Vergangenheit als völlig illusorisch erwiesen und wird auch in Zukunft Schiffbruch erleiden.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne eine neue sogenannte Ostpolitik praktizieren und an den alten außenpolitischen Aggressionszielen festhalten. Unter dem Druck zahlreicher Forderungen aus den verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern wird die Regierung in der nächsten Zeit sicherlich einige Manöver vollführen und den Anschein erwecken, als ginge sie tatsächlich daran, ihr Verhältnis zu den sozialistischen Staaten neu zu gestalten. Am Anfang einer solchen Neugestaltung aber muß die Aufgabe der Gewaltpolitik, der Forderung nach Grenzrevision und Alleinvertretung, völliger Verzicht auf Atomwaffenbesitz und Mitverfügung über Nuklearwaffen stehen.

Aus dem Regierungsprogramm und den Erklärungen der Minister geht hervor: Diese Regierung ist nicht fähig und nicht willens, eine neue Politik zu beginnen. Sie verfolgt weiterhin die alte politische Konzeption. Das muß zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen und bringt neue Gefahren für das Volk. Gestützt auf die große Koalition werden die Monopole zu noch größerer Abenteuerlichkeit ermuntert.

Wir Kommunisten erklären mit aller Eindringlichkeit: Die Hauptgefahr für die Sicherheit und den Frieden in Deutschland und in Europa geht vom deutschen Imperialismus und Militarismus aus, die ihre alten Ziele, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, nicht aufgegeben haben und sich nach wie vor jeder Friedens- und Entspannungspolitik widersetzen. Wir lenken die Stoßrichtung unseres Kampfes auch weiterhin gegen die CDU/CSU, die Partei des Rüstungs- und Finanzkapitals, und Ihre revanchistische, antisoziale und antidemokratische Politik. In diese Stoßrichtung unseres Kampfes beziehen wir auch die NPD ein, die nur durch die Politik der CDU/CSU und durch deren Förderung einen solchen Aufschwung nehmen konnte.

In konsequenter Beibehaltung dieser unserer Orientierung werden wir uns prinzipiell und konkret mit der Politik rechter SPD-Führer auseinandersetzen, die innerhalb und außerhalb der Regierung das Monopolkapital bei der Verwirklichung seiner politischen Konzeption unterstützen. Das verlangt die Verantwortung gegenüber unserem Volk, das erfordern die Interessen des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas.

Von sozialdemokratischen Genossen wird die Frage gestellt, ob es nicht nützlich sein könnte, daß sozialdemokratische Minister in der Regierung sind. Sie könnten dort das Schlimmste verhüten.

In einer Regierung mit den Vertretern des Monopolkapitals bleiben die sozialdemokratischen Minister Gefangene der Politik der herrschenden Kreise. Sie werden

In ihr zu Erfüllungsgehilfen des Monopolkapitals und seiner politischen Vertreter, der CDU/CSU.

Wenn die sozialdemokratische Parteiführung das Schlimmste hätte verhüten wollen, dann bestand dazu die Möglichkeit, die CDU/CSU aus der Regierung zu drängen und durch die Entwicklung einer neuen Politik unserem Volk eine neue Perspektive zu geben. Damit wäre sie einen ehrlichen Weg gegangen und hätte das Schlimmste verhütet.

In welchem Maße die Minister der SPD die CDU/CSU-Politik durchführen können oder ob sie gezwungen werden, den Forderungen nach einer selbständigen Politik nachzukommen, hängt davon ab, in welchem Ausmaß und mit welchen Forderungen sich die Mitglieder und Funktionäre der SPD und alle Schichten der Bevölkerung an diese Minister wenden, und in vielfältigen Aktionen dafür eintreten.

Niemand wird behaupten wollen, daß die sozialdemokratischen Minister ihre Zustimmung zu den Gesetzen über die Senkung der Kilometergeldpauschale, die Erhöhung der Benzinpreise und der anderen antisozialen Maßnahmen, dem Angriff der Monopole auf den Lebensstandard der Werktätigen Widerstand geleistet hätten. Vielmehr erklärt Willy Brandt auf der außerordentlichen Tagung des Parteitages der SPD von Westberlin am 10. Dezember: „Es werde in der Bundesrepublik noch etwas schlechter werden.“ Das heißt doch, die Minister der SPD kennen bereits die Absicht der Monopolvertreter und haben ihnen bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU ihre Zustimmung gegeben. Um die Arbeiter zu beruhigen, fügt Willy Brandt seinem Ausspruch auf dem außerordentlichen Parteitag in Westberlin noch hinzu: „Später würde es wieder besser werden.“

Die Auswirkungen der Senkung des Lebensstandards zeigen sich bereits im Volkswagenwerk. Nach der Erhöhung des Benzinpreises und der Senkung der Kilometergeldpauschale haben viele den Kauf eines neuen Wagens vorläufig zurückgestellt, muß selbst die „Bild“-Zeitung schreiben. Auch dadurch wird das Volkswagenwerk in den nächsten drei Monaten insgesamt 16 Feierschichten einlegen müssen. Es bewährte sich die Feststellung, die wir in unserem Wirtschaftsprogramm getroffen haben: Die Drosselung der Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung wirkt sich zum Schaden der Wirtschaft aus. Die Erhöhung der Löhne und des Lebensstandards wirken schon immer auf die Wirtschaft belebend.

Die Erklärung von Brandt, es werde erst schlechter werden, damit es wieder besser gehen kann, widerspricht allen wirtschaftlichen Erfahrungen. Wahr ist vielmehr, daß es mit Verschlechterungen anfängt und auch mit Verschlechterungen weitergehen soll. Da auch Willy Brandt nicht von der Kürzung der Rüstungsausgaben spricht, ist er mit verantwortlich dafür, daß der Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung weitergeführt wird.

Die sozialdemokratischen Wähler haben bei den Bundestagswahlen 1965 ihre Stimme nicht der SPD gegeben, damit sie die CDU/CSU und ihre Politik unterstützt, größeren Massenbelastungen und dem Abbau der Demokratie zustimmt. Sie wollten eine neue Regierung und eine neue Politik. Ansätze für eine neue Politik waren in dem von Willy Brandt im September 1965 veröffentlichten Regierungsprogramm für die ersten 100 Tage seiner Regierung. Innenpolitisch versprach Willy Brandt darin eine finanzpolitische Konsolidierung ohne Steuererhöhung, die Unterbindung von Preissteigerungen, Förderung der Bildung und der Volksgesundheit, Änderung der Wohnungsgesetze in den weißen Kreisen, den Bau von familiengerechten Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, die Lösung der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben in Angriff zu nehmen und für die Wissenschaft und Forschung zusätzliche Mittel freizumachen.

Es gibt einen Maßstab, an dem wir jede Maßnahme und jede Ankündigung der Bonner Regierung und jedes einzelnen Ministers messen können. Dieser Maßstab ist gesetzt durch die Vorstellungen, die die Gewerkschaften, sozialdemokratische Organisationen und unsere Partei, die das Kuratorium „Notstand der Demokratie“, die Verbände der Bauern und des Mittelstandes, Arbeiterjugend- und Studentenorganisationen, die gesellschaftlichen Repräsentanten der Mehrheit unseres Volkes zu einer neuen Politik dargelegt haben.

Die KPD vertritt die Auffassung, daß für die Beurteilung eines demokratischen, sozialen und friedlichen Handelns folgende Grundsätze gelten:

Sozial sein, heißt: Jede soziale Demontage, auf welchem Gebiet auch immer, verhindern und statt dessen mit dem Abbau der riesigen Rüstungslasten beginnen. Demokrat sein, heißt: Sich mit Entschiedenheit gegen jede Änderung des Grundgesetzes zur Wehr setzen, die Manipulation des Wahlrechts verhindern, das demokratisch-parlamentarische System im gesamten staatlichen Leben durchsetzen. Nur so kann das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verwirklicht werden.

National sein, heißt: Auf jede Form des Mitbesitzes oder der Mitverfügung an Atomwaffen verzichten, das Zustandekommen eines Atomsperrvertrages fördern, die im Ergebnis des Hitlerkrieges entstandenen Grenzen und die Existenz der DDR als Realität anerkennen, den Alleinvertretungsanspruch aufgeben, die Vorschläge der DDR zur Entspannung und Verständigung nicht mit einem sturen Nein beantworten.

Wer den Frieden will, muß bereit sein, über die fünf Minimalvorschläge, wie sie Walter Ulbricht erneut der Bundesrepublik unterbreitet hat, zu verhandeln.

Genossinnen und Genossen!

Mit der Bildung dieser Regierung ist keine der Fragen, die zur Krise dieser Politik und zur Krise der Erhard-Regierung geführt haben, gelöst. Durch den Versuch, mit einer neuen Mehrheit die alte Politik verschärft fortzusetzen, müssen sich sowohl die inneren als auch die äußeren Widersprüche verschärfen. Das muß auch innerhalb der Bundesregierung selbst zu wachsenden Auseinandersetzungen führen. Das zeigt sowohl die Schwäche als auch die Gefährlichkeit dieser Regierung. Für die Durchsetzung ihrer antisozialen, antidemokratischen, verständigungsfeindlichen undfriedensgefährdenden Politik erhält die Regierung stets nur so viel Spielraum, wie ihr durch den Kampf der Arbeiter, Bauern, Geistesschaffenden, der demokratischen Bürger, der Jugendlichen und Frauen für ihre eigenen Forderungen gegeben wird. Die dringendsten Forderungen sind:

- Keine sozialen Belastungen für die Bevölkerung durch Rüstung und Höchstprofile. Ausgleich des Bundeshaushalts durch Senkung der Rüstungsausgaben.
- Die Tarifautonomie der Gewerkschaften muß erhalten, die Beschlüsse der Gewerkschaften müssen respektiert werden.
- Keine Notstandsgesetze und Notstandsverfassung, sondern Schutz des Grundgesetzes und Mitbestimmung für die Gewerkschaften.
- Für Schritte zur Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und für Frieden und Sicherheit in Europa. Verzicht auf Mitbesitz von Atomwaffen und jede Form der Mitverfügung über sie.

Zur dritten Frage: Worin sehen wir Kommunisten die Möglichkeit, wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit zu gewährleisten?

Die wirtschaftlichen und sozialen Fragen bleiben das Hauptfeld, auf dem sich die Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen den Monopolen und ihrer Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits verstärken werden.

Kiesinger betonte, daß der Rüstungsetat keine Reservekasse für die Haushaltsünden vergangener Jahre sein kann. Die fehlenden Mittel sollen vielmehr, wie Strauß erklärte, durch „neue einschneidende und äußerst schmerzhafte Maßnahmen“, also durch Preis- und Steuererhöhungen, Lohnraub und Sozialabbau aus den Werktätigen herausgepreßt werden.

Unter diesen Bedingungen gewinnen die von unserer Partei der Öffentlichkeit unterbreiteten Vorschläge „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“

große Bedeutung. Der Grundgedanke der von uns vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen besteht darin, daß Haushaltssausgleich und Stabilisierung nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes erfolgen dürfen. Während die von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen darauf abgestellt sind, weitere Milliarden für die Rüstung zu gewinnen, fordern wir die Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Milliarden Mark. Das ist ein durchaus realer und gangbarer Weg, um die im Etat entstandene Lücke zu schließen und für die Zukunft Mittel zu gewinnen, die der Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung dienen können.

Während die Regierung mit dem sogenannten Stabilisierungsgesetz ausschließlich die Profite des Großkapitals vermehren will, fordern wir eine höhere Besteuerung der Einkommen und Vermögen von Millionären und Großkonzernen. Statt Steuer- und Preiserhöhungen fordern wir drastische Maßnahmen gegen alle Preissteigerungen und Beendigung der staatlich verordneten Preis-, Tarif- und Mieterhöhungen. Statt Beschniedigung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden fordern wir eine demokratische Finanzreform, die den Ländern und Gemeinden einen höheren Anteil am Steueraufkommen für die Lösung sozialer und kultureller Aufgaben garantiert. Statt Einfrierung der Löhne fordern wir die Hebung der Kaufkraft des Volkes durch Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten als wichtiger Stütze der Konjunktur.

Es kommt jetzt darauf an, daß wir diese Vorschläge in den Betrieben, in den Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern diskutieren, um zu erreichen, daß sie in das Denken der Arbeiter Eingang finden und zum aktiven Handeln anregen. Das ist auch der Weg, um die Bewegung in den Betrieben und Gewerkschaften im Kampf gegen die antisozialen Maßnahmen der Regierung zu stärken. Dabei ist die Übereinstimmung der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen mit den Vorstellungen, die von einigen Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen entwickelt wurden, von Bedeutung. Diese Übereinstimmung läßt sich vor allem in einer solchen Hauptfrage wie der Herabsetzung der Rüstungsausgaben für die notwendige Entwicklung einer stabilen Wirtschaft feststellen.

So fordert die IG Metall in ihrem Fünf-Punkte-Programm für eine neue Politik „einen Stopp und allmäßlichen Abbau von Rüstungsausgaben“. Das Organ der IG Chemie „Gewerkschaftspost“ verlangt „rigorose Einsparungen an der Rüstung“. Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ hält „drastische Kürzungen des Rüstungshaushalts“ für erforderlich, um eine Sanierung der Staatsfinanzen zu erreichen. Die Kampagne für Abrüstung fordert die Mitarbeit der Bundesrepublik an Rüstungsbeschränkung und Rüstungabbau in Europa.

Auf diese Weise bieten sich in dieser für die wirtschaftliche Stabilität so wichtigen Frage große Möglichkeiten des gemeinsamen Auftretens breiter demokratischer Kräfte, auf das es gerade jetzt ankommt.

In unserem Wirtschaftsprogramm zeigen wir ferner den Weg zur Einschränkung der Übermacht der großen Monopolkonzerne und zur Durchsetzung der Mitbestimmung des arbeitenden Volkes und seiner Organisationen auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens. Wir unterbreiten Vorschläge für eine demokratische Wirtschaftspolitik und zeigen Lösungen zur Vollbeschäftigung, zu Wirtschaftswachstum und zur Überwindung der Krisenherde.

Zur vierten Frage: Worin sehen wir Kommunisten den Weg, die Demokratie zu sichern und den Abbau der Demokratie und die Beseitigung des Grundgesetzes zu verhindern?

Die Fortsetzung der bisherigen Politik der Rüstung und des Revanchismus ist nur mit antidemokratischen, diktatorischen Methoden gegen die Arbeiterklasse und das Volk möglich. Die Kiesinger-Regierung weiß das. Deshalb will sie insgesamt 84 einschneidende Verfassungsänderungen vornehmen, um die notwendigen Diktaturvollmachten zu erhalten. Auf diese Weise sollen u. a. die Notstandsverfassung, das

Stabilisierungsgesetz und das Mehrheitswahlrecht durchgesetzt werden. Nachdem das Grundgesetz bisher bereits 13 Mal im Sinne der friedensfeindlichen und antideokratischen Politik der CDU/CSU geändert wurde, würde es mit den vorgesehenen sieben Dutzend weiteren Änderungen faktisch liquidiert werden. Darum kommt es jetzt darauf an, daß alle Kräfte für die Verteidigung des Grundgesetzes mobilisiert werden.

Wir sind der Meinung, daß es starke demokratische Kräfte gibt, die willens und in der Lage sind, die Beseitigung des Grundgesetzes zu verhindern.

Der DGB hat in seinen Vorschlägen für ein Regierungsprogramm seine Ablehnung einer Notstandsgesetzgebung erneut bekräftigt und seine Absicht erklärt, der Beeinträchtigung der Grundrechte entgegenzutreten. Ebenso verlangt die IG Metall von der neuen Bundesregierung, daß sie auf eine zusätzliche Notstandsgesetzgebung verzichtet. In ähnlichem Sinne äußerte sich die IG Chemie. Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ fordert die Abschaffung der Notstandsgesetze statt ihrer Legalisierung durch Grundgesetzänderungen. Die Kampagne für Abrüstung fordert in ihrem Aufruf zum Ostermarsch 1967 den Verzicht auf Notstandsgesetzgebung und eine weitere Militarisierung und „Formierung“ der Gesellschaft in der Bundesrepublik.

Wenn sich alle diese Kräfte zusammenfinden, dann besteht die Möglichkeit, den von der Regierung der großen Koalition geplanten Verfassungsbruch zu vereiteln und das Grundgesetz und die Demokratie wirksam zu verteidigen.

Der Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ hat gezeigt, daß die Schaffung eines engen Bündnisses zur Verteidigung der Demokratie, das von den Gewerkschaften über die Intelligenz bis zur Jugend reicht, möglich und notwendig ist. Hier treten Kräfte in Erscheinung, die tief in der Bevölkerung verwurzelt sind, was die Voraussetzung bietet, die entstandene Bewegung zu erweitern und zu verstärken.

Zur fünften Frage: Was muß getan werden, um die Bundesrepublik aus der Isolierung herauszuführen und ihr Frieden und Sicherheit zu geben?

Unsere Partei ist der Auffassung, daß in der Bundesrepublik eine neue Politik durchgesetzt werden muß. Eine Politik, die den nationalen Interessen unseres Volkes und dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Völker entspricht. Das erfordert, den Verzicht auf Grenzrevision und auf jede Form der Beteiligung an Atomwaffen. Unsere Partei fordert, Anerkennung der Existenz der DDR, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, und Herstellung normaler Beziehungen zur DDR durch gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten.

Die Bundesrepublik braucht eine Außenpolitik, die auf konkrete Schritte zur Entspannung und Abrüstung und zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit orientiert ist. Dazu gehört, daß die Bundesrepublik einen Beitrag zum Zustandekommen eines Systems der europäischen Sicherheit leistet, an dem alle europäischen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik und der DDR, gleichberechtigt teilnehmen. Die Teilnahme der Bundesrepublik an einem europäischen Sicherheitssystem würde unserer Bevölkerung wirkliche Sicherheit geben, während ihr die NATO-Politik nur Unsicherheit gebracht hat.

In Übereinstimmung mit den Gewerkschaften und großen Teilen der Bevölkerung fordern wir von der Bundesregierung einen Beitrag zur Abrüstung durch die Begrenzung der Rüstung. Wir unterstützen die Forderung nach einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten.

Eine neue Politik erfordert die Beendigung der Unterstützung des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam; denn dieses Komplott zwischen den regierenden Kreisen

der Bundesrepublik und dem USA-Imperialismus birgt schwere politische und wirtschaftliche Gefahren für die Bundesrepublik in sich und gefährdet den Weltfrieden. Die KPD fordert, daß die Bundesregierung auf den Ankauf von amerikanischen Waffen verzichtet.

Zur sechsten Frage: Wie führen wir Kommunisten unter den neuen Bedingungen den Kampf für die Herstellung der Aktionseinheit weiter und wie setzen wir unsere Bemühungen um das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten fort?

Nach der Bildung der Koalitionsregierung tragen Kommunisten und Sozialdemokraten für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften, der Demokratie und des Grundgesetzes, für die Sicherung des Friedens und eine Politik der Verständigung eine erhöhte Verantwortung. Vom Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten wird es in hohem Maße abhängen, ob in der Bundesrepublik ein dringend notwendiges kraftvolles Zusammenwirken aller demokratischen und friedliebenden Kräfte erreicht werden kann. Darum müssen wir Kommunisten mehr als bisher bemüht sein, in unserem Auftreten und in den Diskussionen mit sozialdemokratischen Genossen unsere Politik überzeugend darzulegen und uns zugleich prinzipiell mit den Taten sozialdemokratischer Führer auseinanderzusetzen, wenn sie den Interessen der Werktätigen widersprechen und den Monopolen dienen.

Der Eintritt sozialdemokratischer Führungskräfte in die Koalitionsregierung hat in der SPD starke Empörung und Proteste ausgelöst. Die Kapitulation von Wehner, Schmidt und anderen führenden Kräften der SPD vor der CDU/CSU sowie das Einschwenken von Willy Brandt auf diese Position hat in der SPD die Kluft zwischen den Anhängern einer selbständigen sozialdemokratischen Politik und den Verfechtern der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU vertieft. Zahlreiche Ortsvereine und Unterbezirke sehen sehr wohl, daß mit dem Eintritt der SPD in die große Koalition die Herrschaft der CDU/CSU verlängert und die SPD für die gescheiterte Politik der CDU/CSU mit verantwortlich gemacht werden soll. Sie erklärten, daß es sehr wohl die Möglichkeit gegeben habe, mit der FDP eine Regierungskoalition einzugehen, womit Chancen für den Neubeginn einer Politik gegeben gewesen wären.

Was in Nordrhein-Westfalen möglich war, hätte auch in Bonn geschaffen werden können, wenn Wehner und andere Führer der SPD eine solche Entscheidung gewollt hätten. Mit Recht weisen viele Sozialdemokraten den Einwand von Wehner und auch Willy Brandt zurück, daß die SPD mit der geringen Mehrheit, wie sie eine SPD/FDP-Koalition bietet, nicht regieren könne. Sie weisen darauf hin, daß Adenauer im ersten Bundestag nur mit seiner eigenen Stimme Bundeskanzler wurde und damit der CDU/CSU zu einer 17jährigen Alleinherrschaft verhalf.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft lehnt die große Koalition ab. Sie fragt besorgt: Wem nutzt sie? Die Mitglieder befürchten mit Recht, daß sie der CDU/CSU nutzt und der SPD schadet. Sie sagen: Nach wie vor sind die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag so, daß die SPD die CDU/CSU aus der Regierung verdrängen und mit der FDP regieren kann. Sie kann jederzeit ablehnen, die Belastungen, die ihr von der CDU/CSU aufgeburdet werden, zu übernehmen und mit einer eigenständigen Politik deren Richtlinien ein sozialdemokratischer Kanzler bestimmt, regieren. Es liegt an der Führung der SPD, ob sie sich von der CDU/CSU abnutzen lassen will oder ob sie durch eine eigene Alternative ihr Ansehen stärkt.

Es gab viele Stimmen, die sagten: Eine sozialdemokratische Regierung mit einer neuen Politik hätte die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung der Bundes-

republik erhalten und dadurch ihr Ansehen in der Bevölkerung gestärkt und ihren Einfluß vergrößert. Eine solche Haltung wäre zum Nutzen der SPD.

Wehner aber strebte trotz des Widerstandes der Mehrheit der Partei – Mommer sprach davon, daß 90 Prozent der Mitglieder gegen die große Koalition waren und daß täglich bis zu 1500 Protestschreiben beim SPD-Parteivorstand eingingen → die große Koalition an. Dabei nahm er keinerlei Rücksicht auf die Mitglieder der SPD. Wehner ignorierte auch die Mahnungen zahlreicher sozialdemokratischer Gewerkschafter, daß sich die SPD mit ihrem Eintritt in die Große Koalition in wachsenden Widerspruch zu den Gewerkschaften und ihren Forderungen bringt.

Es verdient unsere volle Aufmerksamkeit, daß in diesen Wochen zahlreiche sozialdemokratische Genossen und Parteiorganisationen mit Vorstellungen für eine eigene sozialdemokratische Alternative aufgetreten sind.

So erhob der Unterbezirk Hessen-Süd die Forderung nach Verzicht auf Atomwaffen in jeder Form, nach Anerkennung bestehender Grenzen, gleichberechtigten Verhandlungen mit der DDR und Ablehnung des Mehrheitswahlrechts, für Initiativen zu Abrüstungsverhandlungen und europäischer Sicherheit.

Der außerordentliche Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD forderte am 19. November in einer Entschließung von der Fraktion der SPD, „im Zuge der Sparmaßnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushalts für 1967 auch für eine Kürzung des Verteidigungsetats einzutreten“.

Der Landesvorsitzende der SPD in Hamburg, Paul Nevermann, stellt auf einer Versammlung des SPD-Distrikts Hamburg-Hummelsbüttel die Frage: Wie hat eine profilierte SPD-Politik auszusehen? Er beantwortete sie selbst mit den Worten: Die SPD sei für eine beweglichere Ostpolitik, für den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin, für diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, für den völligen Verzicht auf Atombewaffnung, für die uneingeschränkte Zustimmung zu einem Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen, für Rüstungsbegrenzung, für Kürzung des Rüstungsetats, für stärkere kulturelle, wirtschaftliche und politische Kontakte zur DDR, für eine soziale Wohnungsbaupolitik, für eine Wirtschaftspolitik zugunsten der sozial schwachen Schichten der Bevölkerung und für Wirtschaftsplanung. Unverständlich für viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei bleibt aber, warum Nevermann dann trotzdem der großen Koalition zustimmt und dabei die Illusion verbreite, als könnten diese Forderungen mit der CDU/CSU gemeinsam durchgesetzt werden, wo er doch ausdrücklich hervorhob, daß diese Forderungen einen erheblichen Unterschied zur CDU/CSU aufweisen.

Große Bedeutung messen sozialdemokratische Genossen den in nächster Zeit stattfindenden Parteiversammlungen und Konferenzen bei. Sie erkennen Wehnerts Absicht, sich auf diesen Konferenzen nachträglich die Zustimmung der Parteiorganisation für seine Koalitionspolitik holen zu wollen, und die Parteiorganisationen zu beschwichtigen. Sozialdemokratische Genossen erinnern daran, daß Wehner Zweifler an seiner Politik vor den letzten Bundestagswahlen damit beschwichtigt hatte: Haltet jetzt Ruhe, hört jetzt auf mit eurer Opposition gegen uns; denn sonst erschwert ihr den Wahlsieg unserer Partei. Nun versucht Wehner erneut die Mitglieder und Funktionäre der SPD, die eine neue Politik der Partei verlangen, damit zu beruhigen, daß er ihnen wiederum sagt: Haltet Ruhe, hört auf mit eurer Opposition gegen uns und gebt uns Zeit, damit wir ungestört unsere Regierungsarbeit durchführen können.

Aber ist es nicht eine Tatsache, daß nach jeder Beschwichtigung und nach jedem Stillhalten der Kräfte, die eine sozialdemokratische Alternative fordern, Wehner eine weitere Annäherung an die CDU/CSU vornahm und weitere Forderungen und Vorstellungen sozialdemokratischer Politik über Bord warf? Die mit dieser Entwicklung unzufriedenen Kräfte möchte Wehner nun in der Partei isolieren, um so ungestörter eine noch engere Bindung der SPD an die Politik der CDU/CSU vollziehen zu können.

Die Entwicklung der SPD wird entscheidend davon abhängen, wie sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder es vermögen, in ihrer Partei und in der Öffentlich-

keit Alternativvorstellungen sichtbar zu machen. Die Voraussetzungen dafür sind günstiger geworden. Stärker als je zuvor haben Mitglieder, Funktionäre und Organisationen der SPD sozialdemokratische Alternativen in der Öffentlichkeit entwickelt. Dabei lernten sich diese Kräfte in einem viel größeren Ausmaß als bisher kennen, was künftig ihr gemeinsames Auftreten erleichtern kann. Das Sichtbarmachen von Alternativforderungen aus der SPD wäre eine starke Barriere gegen die Durchführung des antisozialen und antideokratischen Regierungsprogramms und seine Unterstützung durch die Minister der SPD.

Der Widerspruch, der zwischen der Bevölkerung einerseits und der Politik und dem Programm der Monopole und ihrer Kiesinger-Regierung andererseits vorhanden ist, wird durch die Regierungspolitik der sozialdemokratischen Minister auch die Widersprüche innerhalb der SPD, zwischen den Politikern der Gemeinsamkeit und jenen Kräften verschärfen, die für eine sozialdemokratische Alternative eintreten. Bei den enormen Angriffen des reaktionärsten Teils der Monopole und ihrer Koalitionsregierung gegen die sozialen und demokratischen Interessen der Werktätigen wird sich der Klassenkampf weiter verschärfen. Diese verschärften Klassenauseinandersetzungen werden auch in der SPD sichtbar werden. Bei jeder neuen Entscheidung der Monopole gegen die Interessen des Volkes, denen die Minister der SPD ihre Zustimmung geben, wird es zu neuen Auseinandersetzungen in der SPD um eine sozialdemokratische Alternativ-Politik kommen.

Wir Kommunisten müssen uns darüber im klaren sein, daß das Anwachsen der Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei, die eine eigene Alternativpolitik wollen, von den Klassenkämpfen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen abhängt. In dem Maße, wie wir den Kampf gegen den Angriff auf den Lebensstandard, für höhere Löhne, gegen die Notstandsgesetze, für die Erhaltung des Grundgesetzes und des Friedens mit ihnen gemeinsam führen, wird sich das Klassenbewußtsein entwickeln und werden sozialdemokratische Genossen in ihrer Partei zielbewußter für eine neue Politik auftreten. Immer bleibt die Kernfrage der Politik unserer Partei die Aktions-einheit der Arbeiterklasse, das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten für die demokratischen, sozialen und friedlichen Interessen der Arbeiterklasse und unseres Volkes.

Wir wissen, daß es aufgrund des Eintretens von sozialdemokratischen Führern in die große Koalition nicht nur Unzufriedenheit, sondern auch Resignation und selbst vereinzelte Austritte aus der SPD gibt. Wir sagen den sozialdemokratischen Genossen: Resignieren ist der falsche Weg, um dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten. Wir wollen uns mit den Mitgliedern und Funktionären der sozialdemokratischen Partei darüber verständigen, wie wir gemeinsam oder auch unabhängig voneinander in der gleichen Richtung und für die gleichen Forderungen eintreten können. Wir helfen damit jedem Sozialdemokraten, in seiner Partei, in den Gewerkschaften, in der Antinotstands- und Antiatombewegung politisch tätig zu sein.

Genossinnen und Genossen!

Die Entwicklung der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betrieben, Gewerkschaften und allen anderen demokratischen Massenorganisationen und Bewegungen ist noch dringender geworden. Jede Resignation oder jedes Abwenden von den SPD-Genossen war und ist fehl am Platze und zum Schaden der Arbeiterklasse und unseres Volkes. Die Zunahme der Auseinandersetzung in der SPD über die Koalition mit der CDU/CSU zeigt deutlich das Ringen großer Teile der SPD-Mitgliedschaft und sozialdemokratischer Organisationen um eine Alternativpolitik. Das erfordert geradezu enge und kameradschaftliche Beziehungen der Kommunisten zu den Genossen der SPD. Es wäre auch völlig falsch, jeden Sozialdemokraten, der gegenwärtig die große Koalition bejaht, mit Wehner und anderen SPD-Führern auf eine Stufe zu stellen.

Es zeigt sich schon jetzt, daß ein Teil der Mitglieder der SPD hinsichtlich der Teilnahme ihrer Führer an dieser Regierung Illusionen hat. Diese Illusionen können nur

überwunden werden, indem wir nach wie vor den ganzen Stoß gegen die Politik der CDU/CSU richten und uns prinzipiell und sachlich mit der Haltung der Führer der SPD und der Minister der SPD in der großen Koalition auseinandersetzen und anhand jeder einzelnen Maßnahme nachweisen, wessen Interessen sie dient. Indem wir uns fest mit den sozialdemokratischen Genossen verbünden und mit ihnen gemeinsam konkrete Forderungen stellen, den Kampf dafür organisieren, antisoziale und antidemokratische Angriffe gemeinsam abwehren, werden wir ihnen helfen, diese Illusionen zu überwinden.

In der Auseinandersetzung mit der antidemokratischen, friedensfeindlichen und antisozialen Politik der Kiesinger-Regierung kommt den Gewerkschaften eine erhöhte Bedeutung zu. Sie sind im Kampf für die Sicherung des Lebensstandards, zur Rettung des Grundgesetzes, der Verhinderung der Notstandsgesetze die stärkste Kraft. Das weiß auch die Regierung Kiesinger. Darum wird sie in den kommenden Auseinandersetzungen versuchen, einen verstärkten Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Diesem Druck werden die Gewerkschaften nur erfolgreich widerstehen und ihre Positionen stärken können, wenn sie an ihren Beschlüssen festhalten, um ihre Durchsetzung kämpfen und sich entschieden gegen jeden Versuch der Regierung, sie gleichzuschalten, zur Wehr setzen.

Bei der zunehmenden Machtkonzentration des Großkapitals und dem Angriff der Regierung auf die Demokratie ist der Kampf der Gewerkschaften für Mitbestimmung von entscheidender Bedeutung.

Angesichts der Preissteigerungen und Massensteuern für die Arbeiter, bei gleichzeitigem Versuch, durch sogenannte Lohn-Leitlinien einen Lohnstopp durchzusetzen, kommt es darauf an, daß die Gewerkschaften für eine aktive Lohnpolitik eintreten und um die Wahrung der Tarifautonomie kämpfen. Das gilt besonders im Hinblick auf das Auslaufen der Tarifverträge in der Bau- und Landwirtschaft am 1. April 1967 sowie für die um Mitte nächsten Jahres auslaufenden Tarifverträge in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn, Bundespost und später in der Textilindustrie.

Seit einigen Monaten gibt es in vielen Städten wieder mehr Arbeitssuchende als offene Stellen. Das erhöht die Verantwortung der Gewerkschaften dafür, den Betriebsräten und Vertrauensleuten zu helfen, sich entschieden für die Sicherung des Arbeitsplatzes einzusetzen und den Kampf gegen Entlassungen zu führen. Wir Kommunisten wollen in den Gewerkschaften und in der Arbeiterklasse auch dahin wirken, daß die deutschen und ausländischen Arbeiter in fester Klassensolidarität gemeinsam die Anschläge der Großunternehmer auf ihren Lebensstandard und ihre Rechte abwehren und jeden Versuch, sie mit nationalistischer Verhetzung gegeneinander auszuspielen, entschieden zurückweisen.

Die Abwehr des Versuchs zahlreicher Betriebsleitungen, im Zuge der Rationalisierung die Arbeiter an minder qualifizierte und geringer entlohnte Arbeitsplätze zu stellen und betriebliche Sozialleistungen abzubauen, ist eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften, der Betriebsräte und Vertrauensleute. Der Erfolg dieser betrieblichen Kämpfe hängt entscheidend von der Größe und Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb ab. Die Stärkung der Gewerkschaften ist darum Pflicht eines jeden Kommunisten. Kommunisten und Sozialdemokraten sollten sich in der nächsten Zeit darüber verständigen, bei den bevorstehenden Wahlen der Vertrauensmännerkörper gemeinsam die besten Kollegen zur Wahl aufzustellen und sie gemeinsam zu unterstützen. Dadurch wird auch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das Zusammengehen von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern gestärkt.

Wir sind der Meinung, daß die fünf Forderungen der Industriegewerkschaft Metall für eine neue Politik in Westdeutschland Grundlage für gemeinsames Handeln der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften sein sollte.

Zur siebenten Frage: Haben sich durch das Sichtbarwerden der oppositionellen Kräfte neue Möglichkeiten für die Einigung breiter Schichten der Bevölkerung auf einer gemeinsamen Plattform von Minimalforderungen ergeben?

Wenn man die jüngste Entwicklung in der Bundesrepublik richtig einschätzen will, dann darf man nicht nur sehen, daß sich bei den herrschenden Kreisen und ihrer Regierung im Hinblick auf die Verschärfung ihres Kurses etwas verändert hat, sondern man muß auch sehen, daß die friedliebenden und demokratischen Kräfte mit ihren Forderungen und Aktionen stärker hervorgetreten sind. Wir haben den Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ gehabt. Die große Bedeutung dieses Kongresses besteht gerade darin, daß hier erstmalig ein enges Bündnis von Gewerkschaften, darunter den zahlenmäßig stärksten, von Kreisen der Intelligenz, von Jugend- und Studentenorganisationen und anderen Bevölkerungsschichten zur Verteidigung der Demokratie und des Grundgesetzes verwirklicht wurde. Außerordentlich bedeutsam ist auch, daß in Verbindung mit der Regierungskrise in Bonn nicht nur unsere Partei, sondern eine Reihe politischer Kräfte, ich denke hier an die IG Metall, die ÖTV, die IG Chemie, das Kuratorium „Notstand der Demokratie“, die Kampagne für Abrüstung und sozialdemokratische Organisationen, mit einer Plattform oder Forderungen für eine neue Politik hervorgetreten sind.

Die von den genannten Organisationen erhobenen Forderungen bestätigen die Richtigkeit des von unserer 8. ZK-Tagung entwickelten Minimalprogramms für das Zusammenwirken aller friedliebenden und demokratischen Kräfte. Die Bildung örtlicher Ausschüsse zur Verteidigung der Demokratie führen dieser Bewegung neue Kräfte zu und geben ihr neue Impulse.

Das Neue bei den progressiven Kräften besteht darin, daß sie in wichtigen Grundfragen übereinstimmen und, wie es der Frankfurter Kongreß zeigte, auch zum Zusammensehen bereit sind. Vor allen diesen Kräften steht jetzt nach der Bildung der großen Koalition die Frage, wie es weitergehen soll.

In diesem Zusammenhang erhalten die vom Kuratorium „Notstand der Demokratie“ für das nächste Jahr geplanten Aktionen große Bedeutung. Wir wollen mithelfen, daß alle demokratischen Kräfte diese Aktionen unterstützen.

Wachsende Bedeutung erhalten Ostermärsche, die 1967 im Zeichen der vier Aktionslösungen der Kampagne für Abrüstung stehen:

Für Sicherheit in Europa

Für Abrüstung und Demokratie

Gegen Notstandsgesetze

Gegen den Krieg in Vietnam.

Die Vorbereitung dieser Märsche durch zahlreiche Aktivitäten und Aktionen auf der Grundlage des vom Kuratorium der Kampagne für Abrüstung herausgegebenen Aufrufes verlangt die größte Unterstützung aller demokratischen und friedliebenden Kräfte.

Wir meinen, daß sich in den Vorschlägen der verschiedenen demokratischen Organisationen jene Fragen und Forderungen herausgeschöpft haben, die eine Einigung der Volkskräfte auf einer gemeinsamen Plattform von Minimalforderungen sehr wohl möglich machen. Was uns angeht, so werden wir entsprechend der von unserer 6. ZK-Tagung entwickelten Idee einer Volkseinheit zum Schutz des Friedens und der Ver-

fassung unseren konstruktiven Beitrag leisten. Für eine neue Politik in der Bundesrepublik unterbreitet die KPD folgende Vorschläge:

- Sofortige erhebliche Verminderung der Rüstungsausgaben, um das Defizit im Bundeshaushalt zu beseitigen, die Stabilität der Währung und Wirtschaft zu sichern.
- Einstellung aller Devisenzahlungen an die USA, die nur der Unterstützung des schmutzigen Krieges in Vietnam dienen und Verwendung dieser Mittel für Wohnungs-, Schul- und Straßenbau.
- Unterbindung der Preistreiberei und Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung als wichtige Maßnahme zur Belebung der Konjunktur – Sicherung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsplatzes.
- Verzicht auf jede Form des Besitzes und der Mitverfügung über Atomwaffen.
- Anerkennung der bestehenden Grenzen.
- Aktive Beteiligung der Bundesrepublik an Schritten zur Entspannung und Abrüstung sowie am Zustandekommen eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und einem gesamteuropäischen Sicherheitssystems.
- Keine Unterstützung des USA-Krieges in Vietnam.
- Normalisierung der Beziehungen zur DDR und Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs.
- Schutz des Grundgesetzes, Ablehnung jeder Notstandsverfassung und Manipulierung des Wahlrechts, Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften.
- Durchführung einer Finanzreform, die den Gemeinden und Ländern die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben sichert.

Die KPD wendet sich an alle, diese Vorschläge zu prüfen.

Zur achten Frage: Gibt es neue Möglichkeiten im Kampf um die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei und wie muß der Kampf um sie fortgesetzt werden?

Es ist nicht zufällig, daß besonders in den letzten Wochen während der Zeit der Regierungskrise die Forderung nach einer legalen KPD immer stärker wurde. Angesichts der Großen Koalition wird für viele Arbeiter sichtbarer, daß sie in der Bundesrepublik keine legale Partei haben, die ihre sozialen und demokratischen Interessen vertritt. Mit dem Verlangen nach einer echten Interessenvertretung und nach einer Opposition zur gegenwärtigen Bundesregierung wächst auch die Forderung nach einer legalen Kommunistischen Partei Deutschlands.

So erklärten Gewerkschaftsjugendfunktionäre, daß es der CDU/CSU und der SPD bei einer legalen KPD nicht möglich gewesen wäre, diese Koalition zur Sicherung der Macht der Monopole einzugehen. Angesichts der von der Regierung vorgesehenen 84 Grundgesetzänderungen wird auch für viele die Behauptung Lückes, das Grundgesetz lasse eine Wiederzulassung der KPD nicht zu, immer fadenscheiniger und macht deutlich, daß es sich bei dem Urteil gegen die KPD um politische Willkür handelt. Hinzu kommt, daß für die Aufhebung des KPD-Verbots keinerlei Verfassungsänderungen notwendig sind, sondern ein politischer Akt der Bundesregierung und eine mit einfacher Mehrheit zu fassende Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, die dafür erforderlichen juristischen Möglichkeiten schaffen können.

Im Volke wächst das Verlangen, gerade in der gegenwärtigen Zeit aus dem Munde der Kommunisten zu hören, wie es nach ihrer Meinung in der Bundesrepublik weitergehen soll und welchen Ausweg sie zu bieten haben. Die Erfahrungen besagen, daß

wir bei richtiger Darlegung unserer Politik die Zustimmung breitester Kreise der Bevölkerung dafür erhalten. Die feste Verbindung mit den Massen durch eine richtige Politik und durch die aktive Mitarbeit der Kommunisten in den sozialen und demokratischen Bewegungen wird das Ansehen der Kommunisten stärken.

Es bestätigt sich immer mehr, daß der Kampf um die Legalität der KPD in dem Maße erfolgreich sein wird, wie es gelingt, vor der Bevölkerung unsere Politik überzeugend darzulegen. Nur so wird die Bevölkerung erkennen, daß eine legale KPD für die Wahrung ihrer Interessen notwendig ist. Das verpflichtet uns Kommunisten, stärker als bisher in der Öffentlichkeit aufzutreten und beharrlich unsere soziale, demokratische und friedliche Alternative darzulegen. Dabei dürfen wir keineswegs jene Regeln der Sicherheit vernachlässigen, zu deren Einhaltung wir durch das verfassungswidrige Verbot unserer Partei nach wie vor gezwungen sind.

Genossinnen und Genossen!

Wenn wir von der wachsenden Verantwortung unserer Partei sprechen, so deshalb, weil sich durch die große Koalition die Situation verschärft hat und die Politik der aggressiven Monopole und der Kiesinger-Regierung zu neuen Klassenkämpfen führen wird. Das stellt unsere Partei vor die Aufgabe, alles zu unternehmen, um das Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse zu stärken. Nur wenn uns das gelingt, wird die Arbeiterklasse und auch unsere Partei aus diesen Auseinandersetzungen gestärkt hervorgehen und sich neue Ausgangspositionen schaffen.

Die Stärkung des Klassenbewußtseins geschieht am besten in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Monopole, für die Sicherung und Verbesserung ihres Lebensstandards und ihrer demokratischen Rechte. In diesen Kämpfen wird der Widerpruch zwischen einer winzigen Schicht von Multimillionären, die über ungeheuren Reichtum verfügen und dem geringen Anteil der Mehrheit der Bevölkerung an ihren Arbeitsergebnissen sichtbar. Sichtbar wird aber auch der Zusammenhang zwischen der politischen und wirtschaftlichen Macht auf der einen und der wirtschaftlichen und politischen Machtlosigkeit auf der anderen Seite. Das ermöglicht uns, vor der Arbeiterklasse die Frage der Macht zu stellen und ihr zu erläutern, daß sie von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Arbeiterklasse ist. Das ist angesichts der großen Koalition von außerordentlicher Bedeutung. In diesen Klassenauseinandersetzungen erhalten wir auch die Möglichkeit, den Antikommunismus zurückzudrängen.

Die Arbeiterklasse und die übrigen demokratischen und friedliebenden Schichten unseres Volkes werden aber nicht von allein den richtigen Weg beschreiten. Es ist die große Aufgabe der Kommunisten, der Arbeiterklasse und unserem ganzen Volk den richtigen Weg zu weisen. Die bitteren Erfahrungen der Geschichte unseres Volkes lehren uns, daß in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situationen die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals die Werkträger mit Nationalismus, Revanchismus und sozialer Demagogie auf einen falschen, gegen die Interessen unseres Volkes gerichteten Weg führen können. Es darf den herrschenden Kreisen nicht erneut gelingen, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der NPD in eine nationalistische und neonazistische Richtung zu lenken.

Darum ist es notwendig, daß wir an der im Rechenschaftsbericht der 8. ZK-Tagung gegebenen Orientierung festhalten und unsere Bemühungen verstärken, unseren Masseneinfluß zu erweitern und die politisch-ideologischen Fragen in der Partei stärker zu klären. Vor allem ist es notwendig, daß sich alle Parteimitglieder mit der Politik und den Dokumenten der Partei ständig vertraut machen. Ausgerüstet mit diesen Kenntnissen, werden sie Antwort geben können auf diese Fragen, wie es weitergehen soll.

Für die Verwirklichung einer richtigen Politik brauchen wir eine politisch, ideologisch, aber auch organisatorisch starke Partei. Nach wie vor müssen wir unser ganzes Augenmerk auf die Festigung der Grundorganisationen und ihre Befähigung richten, auf der Grundlage der Dokumente und Beschlüsse der Partei selbstständig politisch massenwirksam zu werden.

Die Möglichkeiten, die unser wachsender Masseneinfluß für die Gewinnung neuer Mitglieder bieten, werden von uns noch immer nur sehr ungenügend genutzt. Das ist ein Hemmschuh für die Massenarbeit der Partei. Wir sollten in jeder Betriebsgruppe, in jeder Wohngruppe die Werbung neuer und besonders junger Menschen für unsere Partei zu einem ständigen Bestandteil unserer Arbeit machen und es darf keine Zusammenkunft von Genossen geben, auf der nicht beraten wird, wie wir neue Mitglieder gewinnen. Besonders unter der Arbeiterjugend beginnen sich Kräfte nach links zu orientieren. Sie müssen einen Platz in den Reihen unserer Partei finden. Dort werden sie sich das Rüstzeug holen, das sie befähigt, noch besser und vor allem zielbewußter für die Interessen der Arbeiterklasse zu wirken.

Worauf kommt es jetzt an?

1. Alle Parteileitungen und Parteimitglieder sollten ihre Anstrengungen darauf richten, unter der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, Bauern, dem Mittelstand, der Intelligenz und der Jugend in vielfältigen Formen Aufklärung zu schaffen über das Wesen der großen Koalition, über ihre Politik und den scharfen Rechtskurs, der von dieser Regierung sowohl innen- als auch außenpolitisch betrieben wird. Jetzt kommt es darauf an, in gemeinsamen Aktionen aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, vor allem durch das Zusammenwirken von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften die drohenden Gefahren, die auf die Bevölkerung zukommen, abzuwehren.

2. Es gilt, die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften für kraftvolle Aktionen gegen die verschärften sozialreaktionären Maßnahmen der Regierung der großen Koalition, gegen Preissteigerungen, Massensteuern, Abbau der Sozialleistungen und geplanten Lohnstopp, für eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben zu mobilisieren. Dabei stellen wir unsere Vorschläge „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“ zur Diskussion. Der Kampf für die Sicherung des Lebensstandards durch eine aktive Lohnpolitik, für die Erhaltung der Tarifautonomie der Gewerkschaften und die Sicherung des Arbeitsplatzes erfordert die Stärkung der Gewerkschaften.

3. Die Abwehr aller Anschläge auf das Grundgesetz, vor allem durch das sogenannte Stabilisierungsgesetz, die geplante Wahlrechtsreform, die Notstandsgesetze und Notstandsverfassung erfordern den Zusammenschluß aller aufrichtigen Demokraten. Wir unterstützen die Initiativen der Bewegung „Notstand der Demokratie“. Die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes, verlangt den entschiedenen Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften.

4. Die nationalen Interessen unseres Volkes erfordern den entschiedenen Kampf gegen das Streben der Bundesregierung nach Mitbesitz und Mitverfügung über Atomwaffen in jeder Form, für den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen, für europäische Sicherheit. Wir unterstützen alle Initiativen und Aktionen der Gewerkschaften und Friedensverbände gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam und das Vorhaben der Kampagne für Abrüstung, mit der Vorbereitung des Ostermarsches sofort zu beginnen. Wir treten für die Herstellung normaler Beziehungen zur DDR ein und entwickeln neue Initiativen für die Verständigung der Arbeiter in beiden deutschen Staaten.

5. Stärken und festigen wir unsere Partei durch das systematische Studium ihrer Dokumente und durch die Werbung neuer Mitglieder, vor allem junger Menschen, die sich in den Kämpfen um die sozialen, demokratischen und friedlichen Interessen der Arbeiter und des Volkes bewährt haben.

Zur Lage der Arbeiterklasse in Westdeutschland

In dieser Studie sind Tatsachen und Probleme zur Lage der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik behandelt. Die Politik der Arbeiterbewegung und die Taktik ihres Kampfes selbst können nur dann richtig und begründet sein, wenn sie sich auf Wissen und Verständnis für die konkreten Nöte und Bedürfnisse der Werktätigen stützen, die sich aus ihrer Lage, aus ihren Lebensbedingungen ergeben. Die Materialien über die Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik wurden von einer Forschungsgruppe im Auftrag des ZK der KPD vorbereitet und in der Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 11/1965 veröffentlicht. Der vorliegende Abdruck ist leicht gekürzt.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hoffte der überwiegende Teil der werktätigen Bevölkerung in ganz Deutschland, daß die Befreiung vom Faschismus in eine gesellschaftliche Ordnung einmünden würde, in der eine Konzentration wirtschaftlicher Macht nicht wieder zu politischem Mißbrauch führen konnte. Das Potsdamer Abkommen der Siegermächte gab dazu eine feste Handhabe; es sah die Beseitigung übermäßiger Konzentration wirtschaftlicher Macht vor. Dieser Weg ist in der Deutschen Demokratischen Republik beschritten worden. In Westdeutschland wurden diese geschichtlichen Forderungen ignoriert. Damit blieb auch die Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der Gesellschaft grundsätzlich unverändert.

I. Das Wachstum der Arbeiterklasse

Seit 1950 hat in Westdeutschland eine relativ rasche wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden, welche auf dem Nachkriegsboom, der durch staatsmonopolistische Maßnahmen geförderten technischen Entwicklung und — bis 1961 — zu einem nicht unerheblichen Teil auf der Ausplünderung der DDR beruhte. Damit waren ein starkes zahlenmäßiges Wachstum und eine Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterklasse verbunden. Die Ideologen der Monopolbourgeoisie behaupten, daß das Proletariat verschwinde. Der Bonner Kanzler Erhard hat neuerdings erklärt, daß Westdeutschland auf dem Wege zu einer „formierten Gesellschaft“ sei, in der es keine Klassengegensätze mehr gäbe und alle gesellschaftlichen Gruppen immer mehr untereinander kooperierten. Andere Behauptungen laufen darauf hinaus, die Masse der Arbeiter sei längst zum Mittelstand aufgestiegen, und dies widerlege die marxistische Theorie von den Klassen.

Entwicklung der Sphäre der Lohnarbeit

Es läßt sich aber auch von den Apologeten des Kapitalismus nicht bestreiten, daß der Anteil der unselbständig Beschäftigten seit Jahrzehnten rasch steigt. Ebenso ist es Tatsache, daß diese „Unselbständigen“ täglich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen (das Häuflein der Direktoren, Manager und höheren Beamten ausgeschlossen) und daß sie damit zur Arbeiterklasse gehören.

Die Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung Westdeutschlands

(in Prozent)

	1925	1939	1950	1956	1964
Selbständige*	17,2	14,9	14,8	13,3	11,4
Mithelfende Familienangehörige	19,6	18,4	14,4	11,0	8,7
Arbeiter, Angestellte, Beamte	63,2	66,7	70,8	75,7	79,9

*) Dieser Kategorie gehören alle Gruppen von Eigentümern (Unternehmer, Bauern usw.) sowie Angehörige freier Berufe an, die nicht in Lohnarbeit stehen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 16; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965, S. 151.

Diese Angaben beweisen eindeutig den raschen, ständig weiter fortschreitenden Prozeß der Proletarisierung der Bevölkerung Westdeutschlands. Ein wachsender Teil der Bevölkerung lebt vom Verkauf seiner Arbeitskraft, während der Anteil der Besitzer von Produktionsmitteln an der Gesamtbevölkerung immer noch weiter abnimmt.

Quellen des Anwachsens der Arbeiterklasse

Dieser Prozeß verläuft in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft sehr unterschiedlich. Während beispielsweise die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft von 1950 bis 1963 um 19 Prozent, in Industrie und Handwerk um 18 Prozent abnahm, stieg sie im Bereich der Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft um 21 Prozent. Andererseits sank die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Landwirtschaft um 56 Prozent, während sie im Bereich der übrigen produzierenden Wirtschaft um 51 Prozent, in der Dienstleistungs- und Verteilungswirtschaft sogar um 58 Prozent stieg. In den produzierenden Bereichen der Wirtschaft nimmt zwar der Anteil der Arbeiter und Angestellten in letzter Zeit nur wenig zu, aber der der Selbständigen vermindert sich rasch. Auch außerhalb der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion verändert sich die Relation zwischen Selbständigen und „Unselbständigen“ dadurch, daß die Zahl der letzteren sehr viel rascher steigt.

Die Veränderung der Relation zwischen Selbständigen und „Unselbständigen“ deutet bereits auf eine wichtige Quelle der Zunahme der Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten hin. Von 1950 bis 1963 ist die absolute Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten von 14,8 auf 21,3 Millionen gestiegen. Diese Zunahme basiert vor allem auf folgenden Faktoren: Die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft ist von 1950 bis 1963 um 1 236 000 zurückgegangen, im verarbeitenden Gewerbe (darunter vor allem im Handwerk) um etwa 160 000. Der Zustrom von Umsiedlern aus den Gebieten, die zur ČSSR und Polen gehören, brachte bis 1958 5,7 Millionen Menschen nach Westdeutschland, darunter 3,0 Millionen Erwerbspersonen. Sie fanden in Westdeutschland fast ausschließlich als Arbeiter und Angestellte Arbeit — viele allerdings erst nach langer Arbeitslosigkeit. Gab es unter den 5,7 Millionen Umsiedlern zum Zeitpunkt der Umsiedlung eine Million Selbständige und mithelfende Familienangehörige, so 1956 nur noch rund 200 000.

Bedeutenden Anteil am Zuwachs der Arbeiter und Angestellten hat die Steigerung der Frauenbeschäftigung. Von 1950 bis 1962 nahm die Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten um 1,8 Millionen zu, ihr Anteil an der Zahl der „unselbständigen“ Erwerbspersonen stieg von 30,7 auf 33,5 Prozent. Die Erwerbsquote der verheirateten Frauen stieg in dieser Zeit von 25 auf 32 Prozent. Selbstverständlich rekrutiert sich der bei weitem größte Teil dieser nun erwerbstätigen Frauen aus der Arbeiterklasse selbst.

Schließlich sei als wesentliche Quelle für das Anwachsen der Arbeiterklasse in Westdeutschland noch der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte genannt. Im

Herbst 1964 überstieg ihre Zahl erstmals eine Million, während Mitte 1960 erst 276 000 gezählt wurden.

Strukturelle Veränderungen

In der Nachkriegszeit veränderte sich in Westdeutschland auch die Verteilung der Werktätigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige sehr rasch. Am auffallendsten ist der starke Rückgang des Anteils jener Arbeiter und Angestellten, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, und ein rascher Anstieg der Zahl der im Handel, Geld- und Versicherungswesen Tätigen.

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Wirtschaftszweigen

	1951 in 1 000	1951 in Prozent	1962 in 1 000	1962 in Prozent
Land- und Forstwirtschaft	981	6,7	546	2,6
Bergbau, Energie, Steine und Erden	981	6,7	1 094	5,1
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	2 550	17,5	4 778	22,5
Chemische Industrie	341	2,3	612	2,9
Textilgewerbe, Bekleidungsgewerbe	1 035	7,0	1 164	5,5
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	1 942	13,5	1 553	11,9
Baugewerbe	1 174	8,1	2 324	10,9
Handels-, Geld-, Versicherungswesen	1 473	10,1	3 015	14,2
Dienstleistungen	995	6,0	1 361	6,4
Verkehrswesen	1 093	7,5	1 278	6,0
Öffentliche Dienste	2 019	13,8	2 575	12,1
Insgesamt	14 583	100,0	21 299	100,0

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1956, S. 118/119; 1960, S. 148/149; 1963, S. 144/145.

Früher sehr bedeutende Gruppen der Beschäftigten machen heute nur noch einen geringen Teil der Arbeiter und Angestellten aus. Der Anteil der unselbstständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sank von 6,7 auf 2,6 Prozent, jener im Bergbau von 4,2 auf 2,7 Prozent, der der Arbeiter und Angestellten in der Textil- und Bekleidungsindustrie von 7,0 auf 5,5 Prozent. Bei der Bundesbahn waren 1950 noch 4,1 Prozent aller Arbeiter und Angestellten beschäftigt, 1962 aber nur noch 2,5 Prozent. In den „Häuslichen Diensten“ arbeiten nur noch 2,3 gegenüber früher 4,2 Prozent der Beschäftigten. Andererseits wuchs der Anteil der Beschäftigten des Handels von 8,6 auf 12,1 Prozent, der des Hoch- und Tiefbaus von 5,8 auf 8,0 Prozent, der des Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbaus von 7,8 auf 10,5 Prozent und der der Elektrotechnik von 2,3 auf 4,0 Prozent.

Dieser Prozeß der schrittweisen Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse ist vor allem auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurückzuführen. Die technische Revolution, die im Kapitalismus bekanntlich mit massenweiser Kapitalvernichtung verbunden ist, ändert auch die Struktur der Beschäftigten — sowohl nach Wirtschaftszweigen wie auch nach der Art der Qualifikation und anderen Momenten. Ebenfalls üben gewisse parasitäre Erscheinungen des Kapitalismus einen Einfluß auf die Struktur der Beschäftigten aus, was in der überdimensionalen Zunahme des Dienstleistungs- und Handelsapparates zum Ausdruck kommt. Parallel zu diesen Veränderungen wuchs der Anteil der Angestellten innerhalb der Arbeiterklasse rasch an. Auch dies ist teilweise auf die technische Entwicklung (Zunahme der technischen Angestellten) und teilweise auf die Ausdehnung des Dienstleistungs- und Handelsbereichs sowie die Aufblähung des Staatsapparates zurückzuführen.

Anteil der Angestellten und Arbeiter an den Beschäftigten (in Prozent)

	Arbeiter	Angestellte und Beamte
1939	72,6	27,4
1950	71,6	28,4
1958	68,5	33,5
1962	62,5	37,5

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964; Statistik der Bundesrepublik Deutschland 1956, Bd. 36, Teil I, Heft 3.

Während vor dem zweiten Weltkrieg auf 100 Arbeiter 38 Angestellte und Beamte gezählt wurden, sind es 1962 bereits 60 gewesen.

Schließlich sei noch auf eine weitere Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse hingewiesen, die sich darin äußert, daß eine zunehmende Zahl von Arbeitern und Angestellten in Großbetrieben beschäftigt ist. Waren 1952 34,2 Prozent der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten tätig, so 1961 bereits 40,1 Prozent. In einigen Produktionszweigen stieg dieser Anteil besonders stark, so in der chemischen Industrie von 53,0 auf 62,4 Prozent, im Maschinenbau von 38,8 auf 45,2 Prozent, im Fahrzeugbau von 76,8 auf 80,8 Prozent und in der elektrotechnischen Industrie von 41,4 auf 55,8 Prozent. Die wachsende Konzentration der Arbeiter in Großbetrieben begünstigt den Kampf der Arbeiterklasse. Dennoch kann man nicht für die gesamte Wirtschaft eine Konzentration der Arbeiter auf Großbetriebe feststellen. Die Zunahme des dienstleistenden Bereichs bewirkt eine entgegengesetzte Tendenz zu einer Vielzahl von neuen kleineren Arbeitsstätten.

II. Die soziale Lage und die Ausbeutung der Industriearbeiter

Das „Wunder“ auf Kosten der Werktätigen

Das Monopolkapital hat in der Zeit seit der Währungsreform (1948), die die Spaltung Deutschlands praktisch einleitete, in Westdeutschland seine Positionen restaurieren und enorm ausbauen können. Es gelang der Großbourgeoisie, wie es auch im Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) heißt, die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen. Gleichzeitig gelang es ihr, auf Kosten der Arbeiterklasse einen relativ raschen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen: Die Werktätigen bauten nach dem Kriege für Hungerlöhne die Betriebe auf und schufen das vielzitierte westdeutsche „Wirtschaftswunder“. Aber sie waren und blieben die Stiefkinder dieses „Wunders“.

Seit 1950 hat sich die Industrieproduktion fast verdreifacht. Die westdeutsche Wirtschaft, die 1948 erst 4,1 Prozent der Produktion aller kapitalistischen Länder bestrielt, konnte diesen Anteil bis 1963 auf 9,4 Prozent erhöhen. Damit liegt die Bundesrepublik in der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder hinter den USA auf dem zweiten Platz. Auch im Außenhandel der kapitalistischen Länder wurde der zweite Platz, den Gesamtdeutschland vor dem zweiten Weltkrieg innehatte, zurückeroberzt.

Verschiedene günstige Faktoren erleichterten den sozialen Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse. In ökonomischer Hinsicht war es vor allem die lang andauernde Konjunktur, die den Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erleichterte. Die Arbeitslosigkeit sank rasch; betrug die Arbeitslosenquote 1950 noch 10,2 Prozent, so 1963 nur noch 0,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit als Massenproblem ist seit Jahren nicht nur unbedeutend geworden, sondern es gibt sogar seit Jahren einen akuten Mangel an Arbeitskräften.

Als wichtiger positiver Faktor wirkt der Druck, den der Aufbau des Sozialismus in der DDR auf die Entwicklung in Westdeutschland ausübt. Bei allen Entscheidungen vor allem auf sozialem und ökonomischem Gebiet muß die Monopolbourgeoisie die Errungenschaften des werktätigen Volkes der DDR in Rech-

nung stellen, was es den Gewerkschaften in Westdeutschland zweifellos leichter macht, soziale Zugeständnisse zu erringen. Die nach dem zweiten Weltkrieg einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland konnte wichtige soziale Erfolge erzielen, die aber erkämpft werden mußten. Ohne Kampfentschlossenheit hätte auch die westdeutsche Arbeiterklasse — trotz der erwähnten günstigen Bedingungen — keine Erfolge erzielt. Andererseits hätten bei einer konsequenteren Nutzung aller Möglichkeiten, bei einer aktiveren und zielbewussteren Führung vieler ökonomischer Kämpfe die Erfolge noch größer sein können.

Die Dynamik des Arbeitslohns

Von 1950 bis 1963 konnte durch den gewerkschaftlichen Lohnkampf, trotz gleichzeitiger Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 32 Prozent, eine durchschnittliche Reallohnnerhöhung um etwa 75 Prozent erzielt werden. Damit können natürlich die Arbeiter und Angestellten im allgemeinen ihre Bedürfnisse wesentlich besser befriedigen als vor 15 Jahren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Lohnniveau des Jahres 1950 infolge des Krieges außerordentlich niedrig war und dem Stand der industriellen Entwicklung Westdeutschlands in keiner Weise entsprach. Außerdem ist in der gleichen Zeit das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde um 121 Prozent gestiegen, also wesentlich schneller als der Reallohn. Die weit größere Belastung in der Produktion durch gesteigerte Arbeitszeit, stärkere Belastung der Nerven usw. ist durch die Lohnerhöhungen also nur zum Teil kompensiert worden. Die Gewerkschaften und (beispielsweise in ihrem „Bayern-Programm“) auch die SPD fordern deshalb für die Arbeiter und Angestellten „den gerechten Anteil am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit“.

Differenzierung der Löhne

Zur Höhe der Löhne muß außerdem vermerkt werden, daß sie sehr große Differenzen aufweisen. So liegen die Löhne der weiblichen Arbeiter im Durchschnitt etwa um ein Drittel niedriger als die der männlichen. Bei den Angestellten beträgt die Differenz 20—25 Prozent. Dies gilt jedoch nur innerhalb der gleichen Qualifikationsstufen. Da die Frauen zu einem sehr viel geringeren Teil in höheren Qualifikationsstufen anzutreffen sind als die Männer, beträgt die wirkliche Einkommensdifferenz sogar rund 40 Prozent.

Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind dagegen zwar immer noch vorhanden, aber sie sind geringer als vor dem Kriege. Bei den Männern betragen sie knapp 20 Prozent und bei den Frauen weniger als 15 Prozent. Diese Annäherung der Einkommen widerspiegelt die zunehmende Angleichung der sozialen Lage der Angestellten an die der Arbeiter, die in wachsendem Maße auch in den Arbeitsbedingungen zu beobachten ist.

Die folgenden Angaben sollen einen Eindruck von der Unterschiedlichkeit der materiellen Lage der Arbeiter- und Angestelltenfamilien vermitteln:

**Nettoeinkommen der Haushalte nach Einkommensgruppen im Jahre 1961
(in Prozent)**

Stellung des Haushaltvorstandes	monatliches Einkommen in DM				1200 und mehr
	unter 300	300—600	600—800	800—1200	
Beamte	0,4	17	29	36	18
Angestellte	2	25	31	29	13
Arbeiter	4	52	29	13	3

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1963, Heft 4/April, S. 197.

Die Lebenslage der Arbeiter- und Angestelltenfamilien ist also sehr unterschiedlich. Deshalb geht es bei den schlechter entlohten Schichten im Kampf um Lohnerhöhungen nach wie vor um ausreichende Ernährung und Kleidung,

während ein anderer Teil der Arbeiter und Angestellten den Kampf um höhere Löhne mit der Blickrichtung auf langlebige Gebrauchsgüter, darunter auch auf ein kleines Auto, auf Auslandsreisen usw. führt.

Die Klassenspaltung vertieft sich

Der genannten Steigerung der Reallöhne um etwa 75 Prozent seit 1950 steht aber eine noch sehr viel stärkere Steigerung der Profite der Kapitalisten gegenüber. Zwar hat sich bei der Aufteilung des Nationaleinkommens (auf der Entstehungsstufe) zwischen den Anteilen, die auf die Arbeiter und Angestellten einerseits und auf die Selbständigen andererseits entfallen, wenig geändert. Aber die Zahl der Arbeiter und Angestellten ist ja seit 1950 um etwa 50 Prozent gestiegen, während die der Selbständigen um rund 10 Prozent gesunken ist. Bei diesem Sachverhalt hätte die Lohnquote erheblich zunehmen müssen, wenn Arbeiter und Kapitalisten in relativ gleichem Umfang am allgemeinen Wirtschaftswachstum beteiligt gewesen wären. Wie die folgenden Zahlen beweisen, hat sich tatsächlich der **Anteil** der Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen **verringert**, weil ihre Einkommen bedeutend langsamer gewachsen sind als die der Selbständigen. Wenn die prozentuale Aufteilung des Nationaleinkommens von den Ökonomen der Großbourgeoisie als „Beweis“ für die „soziale“ Marktwirtschaft in Westdeutschland angeführt wird, so wird einfach die veränderte Beschäftigtenstruktur verschwiegen und so die Wirklichkeit verfälscht.

Die Verteilung des westdeutschen Nationaleinkommens

	Nationaleinkommen Md. DM	Bruttojahr- und -gehaltssumme (in Prozent)	Einkommen aus Unter- nehmeraktivität und Vermögen (in Prozent)	Arbeiter und Angestellte	Wachstum des Bruttojahres- einkommens (Index)	Selb- ständige	Relative Veränderungen des Einkommens der Arbeiter und Angestellten
1950	70,9	56,1	42,9	100	100	100	100
1955	131,5	56,2	41,8	147	193	76	
1960	202,3	57,7	40,8	208	306	88	
1962	244,7	60,5	37,6	243	336	72	

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, lfd.

Die Bruttojahreseinkommen der Selbständigen sind also wesentlich **rascher** gestiegen als die der Arbeiter und Angestellten. Dabei ist zu beachten, daß die Angaben für die Selbständigen die Einkommen der Kleinbauern, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden usw. enthalten, die meist nicht höher sind als die der Arbeiter. Infolgedessen sind die Angaben für die „Selbständigen“ natürlich nicht repräsentativ für alle unter dieser Rubrik erfaßten Gruppen. Die Großkapitalisten haben in Wahrheit eine noch viel schnellere Steigerung ihrer Einkommen zu verzeichnen als der Durchschnitt der „Selbständigen“.

Zur Charakterisierung der Profitwirtschaft in Westdeutschland seien einige Angaben aus der westdeutschen Vermögenssteuerstatistik gemacht, die allerdings nur die den Steuerbehörden bekannten Vermögen erfassen, also unvollständig sind. 1953 wurden danach in Westdeutschland etwa 1600 Personen gezählt, die ein Vermögen von über 1 Mill. DM hatten und zusammen über 6,5 Md. DM verfügten. 1963 gab es dagegen bereits 11 663 Vermögensmillionäre, die zusammen über 37,7 Md. DM Vermögen verfügten. Neben diesen natürlichen Personen,

die als Vermögensmillionäre erfaßt wurden, gibt es außerdem viele Körperschaften, die ebenfalls Vermögen in Höhe von 1 Mill. und mehr besitzen. Bei ihnen wurden 1953 Vermögen von 24 Md. DM und 1960 von 60 Md. DM ermittelt.

Die Höhe der Profite läßt sich ungefähr aus den Bilanzen der großen Aktiengesellschaften ersehen. Daraus ist z. B. zu entnehmen, daß 1962 den Vorstandsmitgliedern der westdeutschen Aktiengesellschaften durchschnittlich rund 100 000 DM gezahlt wurden. Die Höchstbeträge gehen weit darüber hinaus. Bei den Warenhauskonzernen Kaufhof AG und Karstadt AG wurden 460 000 DM gezahlt, bei den Farbenfabriken Bauer AG 325 000 DM, bei der AEG 350 000 DM und bei der Deutschen Bank AG 375 000 DM. Das sind Einkommen, die etwa das 50fache des Facharbeiterlohns in der Industrie ausmachen. Viele dieser Personen haben aber eine große Zahl solcher gut bezahlten Posten inne. Und außerdem beziehen sie die Dividenden aus ihren Aktienpaketen; 1950 wurden 200 Mill. DM Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet, 1961 aber 3150 Mill. DM. Die Einkommen der Aktionäre sind also um das 15fache gestiegen und haben damit deren Anteil am jährlichen Nationaleinkommen bedeutend erhöht. Trotz dieser erheblichen Steigerung muß festgestellt werden, daß der als Dividenden ausgeschüttete Teil der Profite nur den geringeren Teil des Gesamtprofits ausmacht. Aus den Bilanzen von 50 untersuchten repräsentativen westdeutschen Aktiengesellschaften ergibt sich für das Jahr 1962, daß „nur“ Profite in Höhe von 1,3 Md. DM ausgeschüttet wurden, während die nachweisbaren Profite 5,5 Md. DM betragen. Nach amtlichen westdeutschen Angaben betrug 1962 die Summe der nicht ausgeschütteten Profite aller Gesellschaften 15,8 Md. DM.

Die unerhört hohen Profite der Konzerne und die rasche Zunahme der großen Vermögen beweisen, daß die Ausbeutung der Arbeiter in Westdeutschland rasch zunimmt. Sie beweisen, daß die Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft trotz aller Propaganda vom Wohlfahrtsstaat und der Sozialpartnerschaft nicht aufgehoben ist, sondern sich im Gegenteil weiter vertieft.

III. Die Methoden der Steigerung der Ausbeutung

Neue Technik — Mittel zur Steigerung der Ausbeutung

Eine große Rolle bei der Steigerung der Produktion und der Profite spielt natürlich die durch den schnellen Fortschritt der Wissenschaften rasch vorangetriebene Anwendung der neuen Technik. Diese Rationalisierung „mit Kapital“, d. h. durch Mehreinsatz von Kapital, wird von bürgerlicher Seite stets so dargestellt, als ermögliche sie es dem Arbeiter, weniger zu arbeiten und gleichzeitig mehr zu verdienen. Weniger Arbeit, so wird weiter behauptet, sei identisch mit weniger Ausbeutung oder sogar dem Ende der Ausbeutung überhaupt. Aber wie sich die Ausbeutung in Wirklichkeit entwickelt, zeigt natürlich nicht die Zahl der Arbeitsstunden, sondern die Höhe der Profite, von der oben die Rede war. Die westdeutschen Industriearbeiter brachten 1964 je Arbeitsstunde eine gegenüber 1950 um 140 Prozent gestiegene Produktionsleistung, während ihre Arbeitszeit nur um etwa 6 Prozent gesunken ist. Die effektiv geleistete Arbeitszeit liegt dabei seit Jahren ständig über der tariflich vereinbarten.

Tatsächlich nimmt die Arbeitsbelastung des Arbeiters in der modernen kapitalistischen Produktion ständig zu. Selten werden im kapitalistischen Betrieb technische Verbesserungen vorgenommen, ohne daß gleichzeitig versucht wird, die Arbeitsintensität zu erhöhen. Es ist zwar nicht festzustellen, ein wie großer Teil der Produktionssteigerung auf den Einsatz der modernen Technik bzw. auf die Steigerung der Arbeitsetze zurückzuführen ist. Aber in den meisten Fällen sind technische Verbesserungen mit Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsintensität verbunden, so daß die Rationalisierung im Kapitalismus zu einer verstärkten Belastung des Arbeiters führt und seine Gesundheit untergräbt. Da den Belegschaften und ihren Betriebsräten in der Frage des Arbeitstemplos keinerlei Mitbestimmungsrecht gegeben ist, schlägt sich für die Arbeiter und Angestellten der technische Fortschritt vor allem in härterer Arbeit nieder.

Die Arbeitsbelastung hat sich in Westdeutschland aber nicht einfach nur erhöht; sie ist weithin auch qualitativ eine andere geworden. Die Erhöhung der Arbeitsintensität drückt sich kaum noch in der direkten Steigerung der physischen Belastung aus; diese kann sogar sinken. Aber es wächst in raschem Tempo die **nervliche** Belastung, die so stark sein kann, daß sie den Arbeiter auch physisch ruiniert. Welche Ansprüche die Unternehmer an die Arbeiter bei automatisierter oder teilautomatisierter Produktion stellen, zeigt eine Veröffentlichung des westdeutschen Rationalisierungskuratoriums: „Erhöhte Aufmerksamkeit, starke Konzentration und schnelles Reaktionsvermögen sind erforderlich wegen des schnellen Ablaufens der zu überwachenden Vorgänge, der Vielzahl von Störungsmöglichkeiten, der Beobachtung verschiedener optischer und akustischer Signale und wegen der sich über einen größeren Bereich mit verschiedenen Arbeitsphasen erstreckenden Kontrolle.“

Das Organ der westdeutschen Industriegewerkschaft Metall ergänzte diese Feststellung durch Erfahrungen aus der Praxis: „Genau 120 Schalter und Regler sowie 26 Instrumente muß der Mann am Steuerstand einer modernen Halbzeugstraße ständig bedienen bzw. im Auge haben. Nur eine Sekunde Unaufmerksamkeit kann zu unermeßlichem Schaden führen ... Nur junge Leute sind dieser Belastung gewachsen. Kaum ein Arbeiter an den modernen Walzenstraßen ist älter als 40 Jahre; manch einer der Männer, die sechs, acht oder mehr Walzgerüste steuern, zählt sogar erst 18 oder 20 Jahre.“ („Metall“, Zeitung der IG Metall, Frankfurt/Main, vom 26. August 1959.)

Folgen der Automation

Diese Entwicklung hat neben der wachsenden Arbeitsbelastung weitere außerordentlich schwere Folgen für die Arbeiterklasse. Die Automation stellt jedes Jahr einen wachsenden Teil der Arbeiter, aber auch der Angestellten, vor die Tatsache, daß die erworbene Qualifikation nicht mehr den Anforderungen entspricht, weil die technische Entwicklung bestimmte Berufe überflüssig macht oder zur Veränderung vieler Berufsbilder führt. Eine Untersuchung der IG Metall nannte als Beispiele für solche entwerteten Berufe den bisherigen Weber, Metallschleifer, Punktschweißer, Umlalzer, Porzellandreher, welche „heute kaum noch zu gebrauchen“ seien. Bei westdeutsche Gewerkschaft Textil-Bekleidung berichtet in einer Untersuchung über „die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung in der Textilindustrie“, in einer Vollspinnerei der Baumwollindustrie seien nach der Rationalisierung zwei Drittel der Arbeitskräfte entlassen worden. „50 bis 60 Arbeitskräfte produzieren dort heute mehr als vorher 150 bis 160 Arbeitskräfte.“ Zu einem Teil werden diese Facharbeiterberufe durch neue ersetzt, aber der Bonner Staat und die Unternehmen leisten nur in Ausnahmefällen Beihilfe bei der Umschulung.

Insgesamt ist der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtzahl der Arbeiter in der westdeutschen Industrie zurückgegangen. Im Jahre 1951 waren 57,4 Prozent der männlichen Arbeiter Facharbeiter, 1962 nur noch 52,4 Prozent. In der gleichen Zeit sank dieser Anteil bei den Arbeiterinnen sogar von 11,3 auf 6,2 Prozent. Diese Verschlechterung der Qualifikationsstruktur wirkt notwendigerweise lohnvermindernd, meistens finden die durch die Automation von ihrem Arbeitsplatz verdrängten Arbeiter nur einen schlechter bezahlten neuen Arbeitsplatz. Im Zeitraum der Jahre 1951 bis 1962 hat sich in 14 westdeutschen Industriezweigen die Zahl der Arbeitsplätze um 173 000 verringert. Die betroffenen Arbeiter haben zwar im allgemeinen bisher wegen der anhaltenden Expansion der westdeutschen Wirtschaft Arbeit gefunden, aber meistens mußten sie Lohnneinbußen hinnehmen. Am unsichersten ist daher der Arbeitsplatz in kleineren Unternehmen. Sie sind nicht in der Lage, soviel Kapital aufzuwenden, wie dies für eine moderne Produktion erforderlich ist. Heute gibt es Produktionsanlagen, in denen der einzelne Arbeitsplatz Hunderttausende von Mark kostet. Kleine und mittlere Industrieunternehmen geraten also in immer hoffnungslosere Unterlegenheit. Aber mit ihrer Liquidierung verlieren auch Tausende Arbeiter ihren angestamm-

ten Arbeitsplatz und müssen sich neue, meist weniger qualifizierte und schlechter bezahlte Arbeit suchen.

Systeme der Arbeitsetze

Neben der Rationalisierung „mit Kapital“, also der Anwendung des technischen Fortschritts durch Automatisierung und Mechanisierung, spielt in der westdeutschen Industrie die Rationalisierung „ohne Kapital“ eine große Rolle. Damit sind vor allem die Methoden des Zwangs und des Anreizes zur Mehrarbeit gemeint. Sie sind oft mit der Einführung moderner Technik eng verbunden. In dem erwähnten Bericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung heißt es dazu, in der modernen Spinnerei bedient heute eine Spinnerin 17 Seiten mit 7000 Spindeln. Noch 1957 seien es 4 bis 5 Seiten mit 2000 Spindeln gewesen. Die größere Tourenzahl erfordere „sehr viel größere Anforderungen an die Beweglichkeit des Bedienungspersonals“.

Unter der Vielzahl der Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität stehen in Westdeutschland heute die verschiedenen Systeme der sogenannten **Arbeitsbewertung** im Vordergrund. Sie sind in weiten Bereichen auf betrieblicher Basis eingeführt und in einigen Fällen auch in Tarifverträgen festgelegt worden. Diese Systeme werden mit dem Schein einer objektiven Festsetzung des Lohnes umgeben. Angeblich sollen sie feststellen, „welche Anforderungen die Arbeit an die Ausführenden stellt und welche Fähigkeiten und Kräfte physischer und geistiger Art sie von ihm verlangt“. In einem Punktsystem werden die Arbeitsbedingungen und Anforderungen (notwendige Fachkenntnisse, berufliche Geschicklichkeit, Verantwortung für Betriebsmittel, für die Sicherheit anderer, für den Arbeitsablauf, Anforderungen an Muskelarbeit, Aufmerksamkeit, geistige Beanspruchung, die Umgebungseinflüsse wie Temperatur, Feuchtigkeit, Verschmutzung, Gase, Dämpfe, Lärm, Lichtverhältnisse, Unfallgefahr usw.) bewertet. All dies soll dann eine „gerechte“ Entlohnung sichern, während gleichzeitig die grundlegende Ungerechtigkeit, die Tatsache der Ausbeutung, sorgfältig verdeckt wird. Ein Vorteil dieser Systeme für die Unternehmer besteht in der Möglichkeit, bei Verbesserungen am Arbeitsplatz Punkte und damit Teile des Lohns zu streichen und andererseits den Arbeitern wegen der Kompliziertheit der Berechnung praktisch die Kontrollmöglichkeit über die Lohnberechnung zu nehmen. Damit ist dieses Entlohnungssystem gegen die Einheitlichkeit der tarifvertraglichen Entlohnung gerichtet und dient dazu, die Solidarität der Arbeiter im Lohnkampf zu hintertreiben.

Neuerdings dringen in der westdeutschen Industrie sogenannte Kleinstzeitverfahren (MTM¹) vor. Die Arbeit wird dabei in kleinste Teilbewegungen zerlegt, für deren jede eine bestimmte Zeit vorgegeben wird. Die Summe der Teilstunden ergibt die Gesamtdauer, die dem Arbeiter für die Erledigung der Arbeit eingeräumt wird. „Die Einführung solcher Systeme soll zu einer durchschnittlichen Steigerung des stündlichen Ausstoßes um etwa 30 Prozent der neu gestalteten Arbeitsvorgänge führen, in einzelnen Fällen mehr, in anderen etwas weniger.“ („Der Gewerkschafter“, Nr. 5, Mai 1961.)

Selbst bürgerliche Wissenschaftler lehnen diese aus den USA importierte Methode zur Steigerung der Arbeitsetze ab. So stellte beispielsweise das Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie fest, „der elementar-mechanistische Ansatz der Bewegungselementeverfahren müßte als ein Rückfall in die frühen Irrtümer der experimentellen Physiologie und Psychologie erscheinen ... Abgesehen von den lohnpolitischen Konsequenzen könnte deswegen neben wirtschaftlichen Auswirkungen auch eine Überforderung des Menschen eintreten, die dann gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Folge hätten.“ („Der Gewerkschafter“, Nr. 2, Februar 1961.)

Außerdem gibt es eine Vielzahl von Lohnanreizsystemen, denen allen das Prinzip zugrunde liegt, den Arbeitern für Mehrleistungen einen Mehrverdienst

¹) Methods-Time-Measurement (engl.) — Zeitmessungsmethode. Die Red.

in Aussicht zu stellen, während gleichzeitig der Profit des Unternehmens noch stärker zunimmt. Und schließlich werden die Möglichkeiten des technischen Fortschritts von den Unternehmensleitungen auch zur direkten Verstärkung der Arbeitsetze ausgenutzt. Moderne Kontrollanlagen, die jeden Arbeitsplatz erfassen, geben den Aufsichtspersonen die Möglichkeit, jede Arbeitsunterbrechung und jede Verlangsamung der Arbeit zu registrieren, um die Arbeiter mit der Androhung von Lohnsenkungen zur Eile anzureiben. Auf diesem Gebiet ist den Unternehmern sowohl durch die sich rasch erweiternde westdeutsche Forschung auf dem Gebiet der Arbeit als auch durch die Übernahme amerikanischer Erfahrungen große Hilfe bei der Steigerung der Ausbeutung geleistet worden.

Arbeitsunfälle und Frühinvalidität

Die in breitem Umfang angewendeten Methoden des Lohnanreizes, der Arbeitsbewertung, der Arbeitsüberwachung usw. führten zu einer in Deutschland bisher ungekannten Arbeitsintensität. Wenn das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde von 1950 bis 1963 um 121 Prozent steigen konnte, so zu einem wesentlichen Teil deshalb, weil die Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland in einem Maße mehr leisten mußten, das die Wirkung der verbesserten technischen Einrichtungen weit übertraf.

Dies wird besonders drastisch durch die Zunahme der Arbeitsunfälle bewiesen:

Arbeitsunfälle (in 1000)*

1950	1258
1955	2180
1958	2491
1960	2711
1961	2871
1962	2722
1963	2638

Hierbei ist zu beachten, daß dies nur die gemeldeten Unfälle sind, meldepflichtig sind Unfälle aber nur, wenn sie drei oder mehr Tage Arbeitsausfall verursachen.

Je 1000 der Beschäftigten wurden 1950 etwa 100 Unfälle jährlich registriert. 1963 dagegen etwa 150. Die Zahl der Unfalltoten betrug von 1950 bis 1963 140 000. Das entspricht etwa der Gesamtzahl der Beschäftigten einer Stadt wie Aachen. Mit Recht sprechen Gewerkschaftsorgane davon, daß die Methoden zur Steigerung der Arbeitsetze nichts Besseres seien als Mord.

Einen ebenso alarmierenden Stand hat die Frühinvalidität. Im Jahre 1961 waren von 417 000 Neuzugängen an Altersrenten nur 165 000 aus Anlaß der erreichten gesetzlichen Altersgrenze gewährt worden. 252 000 Menschen mußten vorzeitig invalide geschrieben werden, weil ihre Arbeitsfähigkeit verbraucht war. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern betrug die Frühinvalidität 65,0 bzw. 64,8 Prozent, bei den weiblichen Angestellten 52,2 und bei den männlichen 43,7 Prozent. Das Arbeitsleben der westdeutschen Arbeiter endet im Durchschnitt bei 54 Jahren. Dann sind sie arbeitsunfähig und müssen auf Rente gesetzt werden, obwohl die offizielle Altersgrenze 65 Jahre beträgt. Ebenso ist die Krankenquote der westdeutschen Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit auf das Doppelte gestiegen. Von 100 Arbeitern müssen jährlich 78, von 100 Arbeiterinnen 68 wegen Krankheit die Arbeit unterbrechen. Die durchschnittliche Krankheitsdauer beträgt 22 bis 23 Tage.

Die rasche Ruinierung der Arbeitskraft widerlegt die Behauptung der Großbourgeoisie und ihrer Presse, daß der technische Fortschritt im Kapitalismus gleichbedeutend sei mit einer Erleichterung der Arbeit. Zwar wird die Arbeit zunehmend von physischer Belastung durch körperliche Schwerarbeit befreit.

* Ohne Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstelle sowie Berufskrankheiten. Erstere erreichen jährlich eine Zahl von etwa 300 000 und sind nicht nur auf den steigenden Kraftverkehr zurückzuführen, sondern auch durch die Erschöpfung der Arbeiter nach jedem schweren Arbeitstag bewirkt.

Aber die überhöhte nervliche Belastung führt oft zu einer noch schnelleren Zerrüttung der Arbeitskraft als die früheren Belastungen. Die Ausbeutung des Arbeiters — im wissenschaftlichen Sinne — ist also in Westdeutschland nicht geringer geworden. Die Reallöhne haben sich verbessert, viele können sich heute Konsumgüter kaufen, die es früher in Deutschland für Arbeiter nicht gab, wie einen Kühlschrank oder auch ein kleines Auto. Aber sie sind gezwungen, hierfür ihre Arbeitskraft bis zum äußersten anzuspannen und sie in immer höherem Grade vorzeitig zu ruinieren.

Die Rolle der „Sozial“aufwendungen

Eine wichtige Rolle im System der kapitalistischen Rationalisierung des Arbeitsprozesses spielt in Westdeutschland die betriebliche Sozialpolitik der Konzerne. In den Großbetrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten betragen die finanziellen Aufwendungen der Unternehmer für diese Zwecke ein Fünftel der Lohnsumme. Sie werden verwendet für alle möglichen Arten von Gratifikationen, „Gewinnbeteiligungen“ usw., für Betriebsrenten, für den Bau von Werkwohnungen, für betriebliche Verpflegung, für Ausbildung und andere Zwecke. Diese Leistungen sind Konzessionen der Unternehmer an die Arbeiter und damit Ergebnis ihres Kampfes und ihrer Organisation. Das höhere Klassenbewußtsein und die bessere Organisiertheit der Arbeiter in Großbetrieben zwingt die Bourgeoisie zu größeren Zugeständnissen. Sowohl übertarifliche Lohnzahlungen wie auch betriebliche Sozialleistungen sind in den Großbetrieben am höchsten. Trotzdem stehen die Belegschaften der größten Betriebe vielfach an der Spitze der ökonomischen Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse.

Ein Teil der Belegschaften soll durch besonders hohe Leistungen an das Unternehmen und an das kapitalistische System gebunden werden. Die Höhe der Zuwendungen ist sehr unterschiedlich und richtet sich vor allem nach der „Betriebstreue“ (Dauer der Betriebszugehörigkeit) und der Höhe von Lohn bzw. Gehalt. So ist zur Regel geworden, daß die Großbetriebe durchweg — wenn auch in unterschiedlicher Höhe — ihren Arbeitern und Angestellten sowohl betriebliche Renten als auch Jahresgratifikationen gewähren. Sehr groß ist auch der Teil der Betriebe, die Werkwohnungen errichten.

Die betrieblichen Sozialleistungen stellen damit ein wichtiges Mittel zur ideologischen und moralischen Beeinflussung und zur Spaltung der Arbeiterklasse auf betrieblicher Ebene dar. Die Unternehmensleitungen sind dabei bestrebt, privilegierte Arbeiter- und Angestelltengruppen zu schaffen, welche besonders wichtige Funktionen im Produktionsprozeß einzunehmen und meinungsbildend innerhalb der Gesamtbelegschaft wirken sollen. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte betrachten andererseits die betriebliche Sozialpolitik als ein wichtiges Feld des Kampfes um Verbesserungen zugunsten der Belegschaften. Beim Kampf um bessere oder um die Verteidigung bestehender Sozialleistungen konnten oft gute Ergebnisse erzielt werden, Kampferfahrungen wurden dabei gesammelt, und häufig wächst auch in diesen Auseinandersetzungen das Selbstbewußtsein und die Kampfkraft der Arbeiter sowie die Erkenntnis über den Klassencharakter dieses Kampfes.

IV. Der materielle Lebensstandard der Arbeiterklasse

Verwendung des Sozialprodukts

Das Zurückbleiben der Einkommen der westdeutschen Werktätigen hinter den Profiten zeigt sich deutlich, wenn die Verwendung des westdeutschen Nationaleinkommens untersucht wird. Zwar hat der gewerkschaftliche Kampf zu höheren Löhnen geführt, aber an den Verteilungsverhältnissen ist grundsätzlich nichts geändert worden. Gegenüber 1950 ist der Anteil der privaten Konsumtion am Sozialprodukt in Westdeutschland sogar wesentlich schneller zurückgegangen als in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern.

Verwendung des Bruttosozialprodukts (jeweilige Preise)

	1950	1955	1960	1964*
Sozialprodukt in Md. DM	97,9	180,4	279,8	376,8
darunter (in Prozent)				
privater Verbrauch	64,7	58,9	56,8	58,0
Bruttoanlageinvestitionen	18,5	22,5	24,0	25,0
Staatsverbrauch	14,3	13,2	13,5	15,3
privater Verbrauch je Einwohner in DM	1351	2158	3044	3730

* Einschließlich Westberlin.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß das Niveau des Konsums in den einzelnen Schichten der Bevölkerung außerordentlich unterschiedlich ist.

Vergleicht man z. B. die offiziellen Angaben der westdeutschen Statistik über den Verbrauch der Gesamtbevölkerung und über den der „Arbeitnehmerfamilien“ an Nahrungsmitteln, so ergeben sich erhebliche Unterschiede. Der Verbrauch der „durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilien“ liegt bei Massenverbrauchsgütern wie Fleisch um 40 Prozent, bei Trinkvolimilch um 24 Prozent, bei Käse um 14 Prozent, bei Gemüse um 20 Prozent und bei Frischobst um 44 Prozent unter dem Durchschnittsverbrauch. Diese Tatsache weist darauf hin, daß einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung größere Anschaffungen nur durch Einsparungen im Lebensmittelverbrauch möglich sind.

Die Wohnverhältnisse

Neben der Ernährung gehört die Wohnung zum wichtigsten Lebensbedürfnis. Auch hier ergibt sich für den Gesamtdurchschnitt eine bedeutend verbesserte Situation als in der ersten Nachkriegszeit. Aber von der großen Zahl alter, unzureichender Wohnungen entfällt der überwiegende Teil auf Arbeiterfamilien. Auch die Wohnungen auf dem Lande sind natürlich in der Ausstattung weit zurückgeblieben.

Wohnungsausstattung 1961

Beruf des Haushaltvorstandes	Eig. Bad	Heißw.-einr.	Ölofen*	Kohlenofen*	Zentralheizung*
Freie und selbständ. Berufe	66	52	18	66	21
Angestellte und Beamte	61	48	11	71	23
Facharbeiter	40	23	6	93	6
Sonstige Arbeiter	32	22	4	89	6
Selbständige Landwirte	18	15	4	97	3
Rentner, Berufslose	38	25	2	86	13

* Teilweise bestehen mehrere Heizungsmöglichkeiten.

Quelle: Der westdeutsche Markt in Zahlen (DIVO-Institut), Frankfurt/Main. 1962.

Von 100 Haushalten der „Selbständigen“ besaßen im Jahre 1961 94 eine eigene Wohnung; bei den Angestellten und Beamten beträgt diese Quote nur 90 und bei den Arbeitern 80. 64 Prozent der in Untermiete lebenden kinderreichen Familien haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 700 Mark. Das Statistische Bundesamt bemerkt hierzu, für diese Familien seien „die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse“ der wichtigste Grund dafür, daß sie über keine eigene Wohnung verfügen. In den ersten Nachkriegsjahren lag die durchschnittliche Mietbelastung der westdeutschen Haushalte bei etwa 10 Prozent ihrer Nettoeinkommen. Aber seit einigen Jahren ist die Bonner Regierung dabei, die Mieten schrittweise „freizugeben“, und es wird ein Anteil bis zu 20 Prozent des Einkommens für „angemessen“ gehalten. 1960 zahlten bereits 31,5 Prozent der

Einpersonenhaushalte und 5,0 Prozent der Mehrpersonenhaushalte über 20 Prozent ihres Nettoeinkommens als Miete an den Hausbesitzer. Diese Anteile sind seither stark gestiegen, weil gegenwärtig auch die Mieten für Altbauten schrittweise „freigegeben“ werden. Die Mietpreise werden sich künftig noch mehr als bisher nach dem Teil des Wohnungsbaus orientieren, der schon bisher keinerlei Mietpreisvorschriften unterlag und in dem Mieten von 4,5 und noch mehr DM je Quadratmeter und Baukostenzuschüsse von mehreren tausend DM genommen wurden.

Nach Berechnungen der westdeutschen Gewerkschaften fehlen zur Zeit noch etwa 2 Millionen Wohnungen, um die Notwohnungen aufzulösen, die Überbesetzung von Wohnraum mildern und den normalen Wachstumsbedarf decken zu können. Aber die Bonner Regierung gibt trotz dieses Mangels die Mieten frei, mit dem Ergebnis, daß teilweise Mietpreiserhöhungen von mehr als 100 Prozent von den Hausbesitzern diktiert werden. Gleichzeitig entfällt der gesetzliche Kündigungsschutz der Mieter, welchen übrigens die Gewerkschaften in den von ihnen kontrollierten Wohnungsbauunternehmen weiter aufrechterhalten.

Neue Formen des Konsums

Die starke Differenzierung des Konsums, die sowohl auf dem Gebiet der Ernährung als auch auf dem der Wohnung für Westdeutschland typisch ist, wird bei der Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern besonders deutlich. Die von der westdeutschen Statistik gemachten Angaben nach Einkommens-Größenklassen der Haushalte zeigen deutlich, daß Arbeiterhaushalte nur zu einem relativ kleinen Teil hochwertige langlebige Gebrauchsgüter anschaffen konnten. 1962 besaßen beispielsweise von den Haushaltungen mit 300 bis 600 DM Nettoeinkommen 16 Prozent einen Kraftwagen, 34 Prozent ein Fernsehgerät, 29 Prozent eine Waschmaschine, 46 Prozent einen Kühlenschrank und 36 Prozent einen Photoapparat.

Die starke Differenzierung des Verbrauchs entsprechend der jeweiligen Einkommenslage widerlegt die von der bürgerlichen Propaganda in Westdeutschland ständig erhobene Behauptung von einem allgemeinen Wohlstand in der Bundesrepublik. Berücksichtigt man hierbei, daß auf die einkommensschwachen Schichten der größte Teil der Konsumentenverschuldung entfällt, so wird klar, daß Anschaffungen in Arbeiterfamilien stets nur durch erhebliche Einschränkungen auf den anderen Gebieten der Lebenshaltung möglich werden. 1962 waren 52 Prozent der Teilzahlungsschuldner Arbeiter; mit ihren Teilzahlungskrediten erwarben sie nicht nur langlebige Gebrauchsgüter, sondern zu einem erheblichen Teil auch Textilien, ja zum Teil sogar Nahrungsmittel. Insgesamt ist die durchschnittliche Verschuldung der Arbeiter- und Angestelltenfamilien höher als ihre Sparsumme.

Im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Ländern ist der private Verbrauch in Westdeutschland schnell angestiegen und nimmt jetzt einen der ersten Plätze in Westeuropa ein. Aber gemessen am Sozialprodukt müßte er viel höher liegen.

Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt (in Prozent)

	1950	1955	1962
Westdeutschland	72,1	84,1	82,8
USA	73,4	70,3	70,3
Großbritannien	75,7	73,5	71,2
Frankreich	74,1	73,5	71,2

Wenn man also den Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt zum Maßstab eines internationalen Vergleichs nimmt, zeigt sich, daß die westdeutsche Bourgeoisie sich den relativ größten Teil des Nationaleinkommens aneignet und den Arbeitern und Angestellten den kleinsten beläßt. In Westdeutschland sank der Anteil des privaten Verbrauchs am Nationaleinkommen schneller als in den

anderen angeführten Ländern. Der Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften hat es also trotz aller Erfolge nicht vermocht, eine Veränderung der Aufteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Arbeitersklasse durchzusetzen, da sonst der private Verbrauch zumindest nicht schneller hätte sinken dürfen als in anderen Ländern.

V. Die staatlichen Sozialeinrichtungen

Bei der Sicherung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der ständigen Steigerung der Profite spielt die staatsmonopolistische Entwicklung Westdeutschlands eine große Rolle. Einen immer größeren Teil des Nationaleinkommens zieht der Staat an sich, um ihn entsprechend den Interessen der Monopole umzuverteilen. Gegenwärtig fließen etwa 45 Prozent des Nationaleinkommens durch Steuern und andere Abgaben in die Kassen des Staates, während es vor dem ersten Weltkrieg 12 Prozent und vor dem zweiten Weltkrieg 36 Prozent waren. Von 1950 bis 1963 wurden über die staatlichen Haushalte 86 Md. Mark für Investitionen im staatlichen Aufgabenbereich aufgewendet, während über 100 Md. Mark für die Akkumulation der privaten Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese Weise ist die staatliche Finanzpolitik ein wesentlicher Hebel, um die Profite des Großkapitals zu steigern.

Die Rentenversorgung

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik übernahm der westdeutsche Staat bei seiner Gründung ein relativ weit ausgebildetes System von Einrichtungen. Sein Bestreben war es von Anfang an, dieses System nicht zu erweitern, sondern es unter dem Motto der „Selbstverantwortung“ und „Selbsthilfe“ des einzelnen abzubauen. Der erste Schritt hierzu war die Reform der Rentenversicherung. Sie brachte im Jahre 1957 als positives Ergebnis für die Arbeiter und Angestellten eine im Durchschnitt beträchtliche Erhöhung der minimalen Nachkriegsrenten und die Festlegung einer kontinuierlichen Anhebung entsprechend der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Aber die negative Seite der „Reform“ war die feste Bindung der Rentenhöhe an die Höhe der gezahlten Beiträge. Versicherte mit niedrigem Einkommen in einem kurzen Arbeitsleben erhalten deshalb Renten, die weit unter dem Existenzminimum liegen und oft durch Wohlfahrtszuschüsse aufgebessert werden müssen. Besonders hart sind von dieser gegen die Tradition der deutschen Sozialversicherung verstörenden Regelung Frauen und Frühinvaliden betroffen. Faktisch ist damit die „soziale“ Rentenversicherung in Westdeutschland weitgehend nach Grundsätzen einer Privatversicherung organisiert und ihres sozialen Charakters entkleidet worden.

Die Unfall- und Krankenversicherung

Eine Reform der Unfallversicherung, die ebenfalls 1957 in Angriff genommen wurde, hat die gleichen Ziele. Es war beabsichtigt, sogenannte Bagatell-Renten für Teilschäden durch Arbeitsunfälle abzuschaffen bzw. durch einmalige Entschädigung abzulösen. Dagegen waren keinerlei Maßnahmen zur Verbesserung der Unfallverhütung vorgesehen. Das erst 1963 beschlossene Gesetz konnte diesen Wünschen der Bonner Regierung und der Unternehmer infolge des Widerstandes der Gewerkschaften nicht Rechnung tragen. Der gewerkschaftliche Kampf erzwang praktisch die Aufgabe der Pläne zum Versicherungsabbau und setzte obendrein wesentliche Bestimmungen zur Unfallverhütung durch, wie etwa die Beschäftigung von Sicherheitsingenieuren, die Verschärfung der Strafen für Verstöße gegen Unfallverhütungsvorschriften usw.

Seit nunmehr acht Jahren gehen die Auseinandersetzungen zwischen der Bonner Regierung, den Unternehmern, den Ärzten und den Gewerkschaften um eine Reform der Krankenversicherung. Diese Frage hat für die westdeutsche Arbeitersklasse deshalb besonders große Bedeutung, weil die hohe Arbeitsintensität im Vergleich mit der Vorkriegszeit zu einer Verdoppelung der Krankenhäufigkeit geführt hat. Durch einen der größten Streiks der Nachkriegszeit

hatten 1957 die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein erzwungen, daß dem erkrankten Arbeiter sechs Wochen lang sein Lohn weitergezahlt wird. Seither wurde von der Bonner Regierung versucht, die Versicherung in der Weise abzubauen, daß der Erkrankte an den Kosten für ärztliche Behandlung, Medikamente und Krankenhausaufenthalt beteiligt wird. Von diesem System verspricht man sich, daß die Krankenkassen nicht so stark wie bisher in Anspruch genommen werden. Angeblich soll das „Verantwortungsbewußtsein“ der Arbeiter und Angestellten gestärkt werden. Gleichzeitig ist beabsichtigt, das System der Kontrolle durch „Vertrauensärzte“ zu verstärken. Extreme Wünsche der Bourgeoisie gehen sogar dahin, die Lohnfortzahlung für den Kranken nicht vom Attest des behandelnden Arztes, sondern nur des „Vertrauensarztes“ abhängig zu machen. Diese Reform ist natürlich — da die Chancen für ihre Realisierung sonst hoffnungslos wären — auch mit einigen Verbesserungen für die Versicherten versehen, wie etwa kostenlose Vorsorgeuntersuchungen, längere Zahlung des Mutterschaftsgeldes, Übernahme der Kosten für Klinikentbindungen durch die Krankenkassen usw. Aber die Nachteile der „Reform“ überwiegen eindeutig, und so haben sich bisher die Gewerkschaften mit Erfolg gegen ihre Verwirklichung gestellt. Zahlreiche Kundgebungen und Warnstreiks der Arbeiter und Angestellten haben diesen Anschlag auf ihre soziale Sicherheit bisher unterbunden.

Die Arbeitslosenversicherung

Von den übrigen Einrichtungen der sozialen Sicherheit sei hier nur noch die Arbeitslosenversicherung genannt. Ihre Leistungen richten sich nach der Länge der Beschäftigung des Versicherten und nach der Höhe der Beiträge, welche sich wiederum nach seinem Einkommen richten. Nach ihrem Ende tritt die sogenannte „Arbeitslosenhilfe“ ein, deren Leistungen niedriger liegen. Im Durchschnitt macht die Arbeitslosenversicherung etwa 60 Prozent des Lohnes aus, die Arbeitslosenhilfe etwa 40 Prozent.

VI. Das arbeiterfeindliche Bildungssystem

Bildung nur für Elite

Sehr eindeutig erweist sich der volksfeindliche Charakter des Bonner Regimes in seinem Bildungssystem. In ihm ist für eine qualifizierte Bildung und Ausbildung der Arbeiter- und Bauernjugend faktisch kein Platz. Dabei macht der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung etwa die Hälfte aus. Aber der Anteil der Arbeiterkinder an der Schülerschaft der höheren Schulen beträgt nur 8 Prozent, an den Studenten der Ingenieurschulen nur 17 Prozent und an den Studenten der Hochschulen und Universitäten seit Jahren nur etwa 5 Prozent. Das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse ist also trotz aller demokratischen Tarnungen uneingeschränkt wirksam. Als bisher unüberwindbare Barriere gegen eine höhere Bildung und Ausbildung der Arbeiterkinder erweist sich die starre, reaktionäre Dreiteilung der Schulsysteme in Volksschulen für die Kinder der Arbeiter, Mittelschulen für die der Angestellten und Beamten, höhere Schulen und Universitäten für die Kinder der besitzenden Schichten. Die Isolierung und Undurchlässigkeit der drei Schulsysteme gegeneinander dient der Erhaltung der Bildungsprivilegien der herrschenden Klasse und der Erziehung einer sogenannten Bildungselite. Dieses undemokratische Schulsystem schützt die Bildungsprivilegien und hält die Angehörigen der Arbeiterklasse von den leitenden Berufen fern.

Der Übergang der Jugend zur Mittel- und Oberschule nach Abschluß des 4. Schuljahres ermöglicht praktisch nur den durch Bildungstradition und Geldbesitz Bevorzugten den Besuch von höheren Schulen. Für Arbeiterkinder ist dieser frühe Übergang in höhere Schulen weitgehend unmöglich, da die finanzielle Lage und die dem Lernen nicht förderlichen Wohnverhältnisse einen solchen Schritt verhindern. Selbst der ganz geringe Prozentsatz von 8 Prozent Arbeiter-

kindern, der /zur Mittel- und Oberschule kommt, scheidet meistens vor dem Abitur wieder aus. Die hemmenden Faktoren für eine qualifizierte Bildung und Ausbildung von Arbeiterkindern steigern sich auf ihrem weiteren Lebensweg.

Die Schule im Dienst der Reaktion

Der staatsmonopolistische Kapitalismus versucht, auch das geistige Leben des Volkes seinen revanchistischen und militaristischen Zielen zu unterwerfen. Das wirkt sich besonders verhängnisvoll im Bildungs- und Erziehungswesen aus. Die Bonner Regierung verschafft sich direkten politischen Einfluß auf die Schule durch die Unterrichtshilfen „Deutsche Lehrerbriefe“. Die Schulen erhalten außerdem die vom Führungsstab der Bundeswehr herausgegebenen „Informationen für die Truppe — Hefte für staatsbürgerliche Bildung und psychologische Rüstung“, die von der „Bundeszentrale“ gelieferten „Informationen zur politischen Bildung“ sowie die Schulungshefte „Deutsche Ostkunde“. Diese sogenannten Lehrmaterialien propagieren offen den Haß gegen die sozialistischen Länder, die nationalistische Überheblichkeit gegenüber den slawischen Völkern. Sie verschweigen oder verniedlichen die Verbrechen des deutschen Faschismus und Imperialismus. Sie infizieren die Jugend mit militaristischem und chauvinistischem Gift, um ihre Kriegsbereitschaft gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten zu wecken. Verhängnisvoll für den Schul- und Bildungsfortschritt in der Bundesrepublik wirkt sich auch die völlig ungenügende Entwicklung aller naturwissenschaftlichen Fächer, wie Mathematik, Chemie und Physik, vor allem in den Elementarschulen, aus. Der augenblickliche Stand des naturwissenschaftlichen Unterrichts verschließt großen Teilen der Jugend den Anschluß an die wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Epoche.

Unzulänglichkeiten der Berufsschulbildung

Die Gesetzgebung aller Bundesländer hat ein Mindestmaß von acht Unterrichtsstunden in der Woche für die Berufsschule festgelegt. Dieses Mindestmaß wird in einigen Ländern noch nicht einmal von der Hälfte aller Berufsschulklassen erreicht. Während die Gewerkschaften 12 Wochenstunden fordern, erhielten z. B. in Rheinland-Pfalz 78,8 Prozent der Schüler weniger als 8 Stunden und 13,1 weniger als 6 Stunden, in Nordrhein-Westfalen 70 Prozent weniger als 8 und 28,7 weniger als 6 Stunden und in Niedersachsen 60,8 Prozent weniger als 8 Stunden Unterricht („Die Zeit“ vom 10. Juli 1964). Dabei ist die Tatsache hervorzuheben, daß in dieser unzulänglichen Stundenzahl auch noch die obligatorischen Religionsstunden einbegriffen sind.

Die meisten Lehrlinge (60 Prozent) werden in veralteten Klein- und Handwerksbetrieben ausgebildet. Mit ihrer dreijährigen Lehrzeit können sie in ihrem späteren Leben sehr wenig anfangen. Diese Tendenz wird sich durch die weitere Entwicklung der technischen Revolution noch verstärken. Das Arbeitsamt in Genf hat errechnet, daß bis 1970 7 bis 8 Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Beruf wechseln müssen. Während bei den gewerblichen Lehrlingen im Handwerk auf 100 Beschäftigte (einschließlich der Meister und mitarbeitenden Familienangehörigen) 11 Lehrlinge entfallen, sind es in der Industrie nur 3. In Industriebetrieben bis zu 50 Beschäftigten beträgt die Lehrlingsquote noch 4,7 Prozent, in Großbetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten nur 2,1 Prozent. Bei den kaufmännischen Lehrlingen entfallen 67 Prozent der Lehrlinge auf Betriebe mit bis zu 49 Beschäftigten, aber nur 5 Prozent auf Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. Schon am 28. Dezember 1961 schrieb die „Hannoversche Presse“: „Die Lehrwerkstätten der Industrie müssen von 10 Bewerbern 9 abweisen.“ Die Lehrlingszahl wird deshalb so niedrig gehalten, um die Fachkräfte nicht für die Konkurrenz auszubilden. 15 Prozent der Lehrwerkstätten sind von den großen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, den Konzernen und Aktiengesellschaften eingerichtet und werden von ihnen kontrolliert. Die Großbetriebe und Konzerne nehmen die für ihren Bedarf erforderliche Lehrlingsquote in die betriebsseigenen Ausbildungsstätten. Sie erreichen damit zweierlei: Erstens vermitteln sie an ihren modernen Schulen die für die Produktions- und

Profitbedürfnisse ihres Konzerns notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten und zweitens erziehen sie durch ihre konzerneigenen Fachlehrer einen Stamm von qualifizierten Arbeitern mit den für ein „gutes Betriebsklima“ erwünschten Eigenschaften.

Die Lage im Bildungswesen ist unhaltbar

Der Zustand des bundesdeutschen Erziehungs- und Bildungswesens ist so katastrophal, daß er selbst für die Großindustrie, für die Kapitalinteressen zu einer Gefahr geworden ist und selbst von dieser Seite Kritik an der Regierung geübt wird. In Bayern wurden an 954 Schulen Testversuche nach den vorhandenen Begabungs- und Bildungsreserven angestellt. 44 Prozent der getesteten Schüler wurden für eine weitere Ausbildung geeignet befunden. Davon kamen zwei Drittes aller Kinder aus Arbeiterkreisen. Dieser Prozentsatz dürfte mit geringen Abweichungen für die ganze Bundesrepublik zutreffen. Der Besuch höherer Schulen und Universitäten ist für Arbeiterkinder ohne großzügige Stipendien- und Unterhaltshilfe nicht möglich, denn der Stipendienhöchstsatz nach dem sogenannten Honnefer Modell, dem regierungsoffiziellen Hilfsprogramm, beträgt nur 250 Mark. Dabei ist dieser Unterstützungssatz teilweise noch zurückzuerstellen.

Ein anderer wichtiger Grund für die Forderung der Monopolbourgeoisie nach einer besseren Schulbildung liegt in dem sichtbaren Vorsprung der DDR und anderer sozialistischen Staaten auf dem Bildungssektor. Im Unterschied zur Bundesrepublik gibt es in der DDR keine ein- und zweiklassigen Dorfschulen mehr. Die Kinder der Landbevölkerung erhalten in modernen Zentralschulen eine dem städtischen Schulunterricht gleichwertige Ausbildung. Die Mädchen haben die gleichen Bildungs- und Berufschancen wie die männliche Jugend. In der DDR kommen 160 Studierende auf 10 000 Einwohner, in der Bundesrepublik nur 47. Während in Westdeutschland knapp 7 Prozent der Studenten Arbeiter- und Bauernkinder sind, beträgt ihr Anteil in der DDR mehr als 50 Prozent.

Die massive Kritik und die entschiedenen Forderungen nach einer Neuordnung des Bildungswesens aus der Eltern- und Lehrerschaft, den Gewerkschaften, den Jugend- und Kulturorganisationen und die schulpolitische Zwangslage der Bundes- und Länderregierungen haben die Bildungspolitik in Bewegung gebracht. Die Erkenntnis dieses unhaltbaren Zustandes, der, wie der Bildungökonom Edding schrieb, morgen nicht mehr den Import von ausländischen Arbeitern, sondern von Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren erforderlich macht, gibt der Arbeiterklasse, besonders den Gewerkschaften, große Möglichkeiten zu erfolgreichen Aktivitäten und Aktionen.

VII. Die Rolle der Gewerkschaften und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse

Im Kampf für die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage stützt sich die westdeutsche Arbeiterklasse gegenwärtig vor allem auf ihre Gewerkschaften. Sie sind in der Bundesrepublik die umfassendste Organisation mit dem größten Einfluß auf die gesamte Arbeiterklasse. Unter den besonderen Bedingungen der Bundesrepublik sind die Gewerkschaften auch zu einer wichtigen politischen Rolle berufen.

Nach dem Prinzip der Industrie- und Einheitsgewerkschaft organisiert, vertreten sie in den letzten Jahren in vielen Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens einen von der rechten Führung der Sozialdemokratie unterschiedlichen und klassenbetonteren Standpunkt. Das kommt sowohl in entscheidenden Fragen ihres Programms als auch in der grundsätzlichen Einschätzung der gegenwärtig in der Bundesrepublik bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse zum Ausdruck. Einflußreiche Gewerkschaftsführer aus starken Industriegewerkschaften, z. B. der Metall- und der Chemiearbeiter, ver-

treten klassenbetonte Auffassungen zur Durchsetzung von sozialen und wirtschaftlichen Reformen, die insgesamt zur Rückdrängung der Macht der Monopole in Wirtschaft und Staat beitragen können. Das gegenwärtig gültige Godesberger Programm der SPD ist von Klassenforderungen und Klassenerkenntnissen „gereinigt“. Dagegen geht das neue Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) von 1963 in wesentlichen Teilen von Klassenerkenntnissen aus. Über die Ergebnisse einer rund zwanzigjährigen Entwicklung heißt es z. B.: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmer sind erstarzt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich unterordnet. Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

In dieser gewerkschaftlichen Bilanz der Entwicklung seit der Neugründung der Gewerkschaften im Jahre 1945/46 zeigt sich, welche Aufgaben vor der Arbeiterklasse noch stehen und welches die gegenwärtige Stellung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft der Bundesrepublik ist. Diese Stellung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in mancher Beziehung gewandelt.

Die Arbeiterbewegung in der Nachkriegsperiode

Nach 1945 war sich die große Mehrheit der Arbeiter und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen über die restlose Beseitigung der faschistisch-militaristischen Kräfte und den Aufbau eines sozialen und demokratischen Lebens in ganz Deutschland einig. Das zeigte sich in den gemeinsamen Dokumenten und Aktionen der Gewerkschaften aus allen Besatzungszonen. Durch ihren Zusammenhalt erreichten sie in dieser Zeit bedeutsame Erfolge, die dazu beitrugen, auch in den Westzonen Deutschlands im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben bürgerlich-demokratische Einrichtungen zu erkämpfen. Gemeinsam setzten Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in einer Reihe von Ländern fortschrittliche Verfassungen und Gesetze zur Überführung von monopolkapitalistischen Konzernen in öffentliches Eigentum durch. Sie gewannen dafür den größten Teil der Bevölkerung.

Die westdeutsche Großbourgeoisie und die imperialistischen Besatzungsmächte richteten gerade gegen diese Einheit der Arbeiterorganisationen ihre ganzen Anstrengungen. Sie verhinderten zunächst mit Hilfe der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer die Zusammenarbeit und den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien und dann das einheitliche Vorgehen der Gewerkschaften in ganz Deutschland. Das ermöglichte es den Monopolen und Militaristen, ihre alten Positionen in Wirtschaft, Staat und Armee wiederherzustellen. Die Kräfte der Arbeiterklasse blieben gespalten und geschwächt und konnten die Restaurierung der alten Mächte nicht verhindern. Es gelang den reaktionären Kräften, tatkräftig von rechten Führern der Sozialdemokratie unterstützt, breitere Kreise der Arbeiterschaft erneut mit dem Gift des Antikommunismus zu infizieren.

So konnte in der Restaurationsperiode die politische Kraft der Arbeiterklasse nicht im notwendigen Maße zur Geltung kommen. Rechte Führer der SPD und der Gewerkschaften vermochten starke Bewegungen gegen die einzelnen Phasen der Militarisierung und für demokratische und soziale Rechte zu bremsen. Die Aktionen der Arbeiterklasse waren in den letzten Jahren zumeist Abwehrkämpfe gegen die erstarkte wirtschaftliche und politische Macht des Monopolkapitals. Wenn es dennoch immer wieder zu großen Massenaktionen für soziale und demokratische Rechte, gegen die Kriegs- und Rüstungspolitik und in jüngster Zeit vor allem gegen die antidemokratischen Ausnahmegesetze gekommen ist, so beweist dies, daß in der Arbeiterklasse die Kräfte wachsen, die bereit sind, nicht nur für ihre sozialen und ökonomischen Forderungen, sondern auch

für die Verteidigung und Erweiterung ihrer politisch-demokratischen Rechte zu kämpfen.

Das Monopolkapital und seine Regierung sind bestrebt, die Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System zu integrieren. Es stützt sich dabei auf einzelne Gewerkschaftsführer, die für die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit und für die Preisgabe selbst der traditionellen reformistischen Methoden und Anschauungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung eintreten. So entwickelten sich immer deutlicher zwei Linien in der Gewerkschaftsbewegung. Eine geht zumeist von Klassenpositionen und von dem Streben nach tiefergehenden sozialen und demokratischen Reformen aus, während die andere bereit ist, auf eine selbständige Position der Gewerkschaften zu verzichten. Es bedarf ernster gemeinsamer Anstrengungen der sozialdemokratischen und kommunistischen, christlichen und parteilosen Mitglieder und Funktionäre, um die Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber Monopolkapital und Regierung zu erhalten und zu festigen. Das erfordert kampfbereite, an den elementaren Klassenpositionen festhaltende, zahlenmäßig starke Organisationen.

Organisierte und nichtorganisierte Werkstätige

Der gegenwärtige Organisationsgrad der westdeutschen Arbeiterklasse kann insgesamt nicht befriedigen, da nur etwa ein Viertel aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, 1964 waren es 6 430 978, in den Gewerkschaften organisiert ist. Auch ist der Organisationsgrad der einzelnen Kategorien der Arbeiterklasse sowie der männlichen und weiblichen Arbeiter sehr unterschiedlich, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad 1964* (in Prozent)		
Arbeiter	männlich	50,9
	weiblich	22,3
	Insgesamt	43,4
Angestellte	männlich	17,5
	weiblich	8,6
	Insgesamt	13,1
Beamte	männlich	46,1
	weiblich	35,0
	Insgesamt	44,9
zusammen	männlich	39,7**
	weiblich	15,0**
	Insgesamt	31,5

* Ohne Berücksichtigung der 1,4 Millionen Lehrlinge bei den Beschäftigten.

** Einschließlich der 1,4 Millionen Lehrlinge.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 148 und 186.

Obwohl die Zahl der Organisierten von 1954 bis 1964 um 300 000 zunahm, ist das Organisationsverhältnis rückläufig, da die Beschäftigtentzziffern weit stärker anstiegen. Am günstigsten ist das Organisationsverhältnis in den Großbetrieben, wo in vielen Fällen mehr als 80 Prozent der Belegschaften in einer Gewerkschaft des DGB organisiert sind. Der Organisationsgrad der Angestellten bleibt auch dann weit hinter den Arbeitern zurück, wenn man die in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) organisierten 480 000 und im Deutschen Handels- und Industriangestelltenverband (DHV) organisierten 61 000 Angestellten hinzurechnet. Er erreicht dann lediglich 23 Prozent.

Die mitgliedermäßig stärksten Gewerkschaften im DGB sind die IG Metall (1,9 Millionen Mitglieder), die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV, 1 Million Mitglieder), IG Chemie-Papier-Keramik (0,53 Millionen) und die IG Bau — Steine — Erden (0,50 Millionen). Innerhalb des DGB haben die

mitgliederstarken Gewerkschaften einen bestimmenden Einfluß. Das gilt vor allem für die größte Einzelgewerkschaft der kapitalistischen Welt, die westdeutsche IG Metall.

Neues Programm der Gewerkschaften

Die soziale und politische Entwicklung der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung sehr erhöht. Das kommt auch in dem im November 1963 vom Außerordentlichen DGB-Kongreß beschlossenen Grundsatzprogramm zum Ausdruck. Obwohl dieses Programm Kompromißcharakter zwischen den zwei Linien in der Gewerkschaftsbewegung trägt und in ihm Illusionen und Unklarheiten vor allem über den vom Monopolkapital beherrschten westdeutschen Staat enthalten sind, ist es dennoch eine Plattform für die Lösung von Aufgaben und Zielsetzungen einer unabhängigen, selbständigen, gegen die Monopole gerichteten Gewerkschaftspolitik, für das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und parteilosen Arbeitern.

Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sind bedeutungsvolle Forderungen entwickelt worden. Unter anderem wird die Aufgabe gestellt, mit der Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. Die Forderung nach Nationalisierung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen wird erhoben. Die Gewerkschaften bekennen sich zu einer aktiven Lohnpolitik, mit der sie auf Kosten der Profite einen höheren Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen durchsetzen wollen.

Im Programm ist ein ganzer Katalog von sozialen Forderungen enthalten, so z. B. weitere Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Urlaub, Herabsetzung des Rentenalters, Schutz vor Entlassung bei Automations- und Rationalisierungsmaßnahmen, freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, alleinige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften, Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung. Ein Teil dieser Forderungen wurde im März 1965 in einem Aktionsprogramm des DGB zusammengefaßt und konkretisiert. Dieses Aktionsprogramm stimmt in wesentlichen Fragen mit dem 1965 beschlossenen Europäischen Aktionsprogramm des IBFG überein.

Auch zu politischen Fragen nimmt der DGB in seinem Grundsatzprogramm Stellung. Die Erhaltung des Friedens wird als Voraussetzung für jeden sozialen Fortschritt angesehen sowie das Verbot von Atomwaffen und die allgemeine Abrüstung verlangt. Außerdem wird dazu aufgerufen, die im Grundgesetz verankerten verfassungsmäßigen demokratischen Rechte gegen alle Anschläge zu verteidigen.

Dieses Grundsatzprogramm ist in harter Auseinandersetzung mit rechten Führern zustande gekommen. Die vom Vorsitzenden der IG Bau — Steine — Erden, Georg Leber (Mitglied des Parteivorstandes der SPD), angeführte Minderheit im DGB vertritt eine Politik der Sozialpartnerschaft. Diese rechten Kräfte haben bei den Auseinandersetzungen und Diskussionen um ein neues Grundsatzprogramm der Gewerkschaften und auf dem letzten DGB-Kongreß selbst eine Schlappe erlitten. Jedoch ist die Gefahr der Gleichschaltung der Gewerkschaften keineswegs überwunden. Gewerkschaftsführer wie Georg Leber werden vom Monopolkapital und der Bonner Regierung ständig hochgespielt und als die „modernen“ Gewerkschaftsführer gefeiert. Andererseits wird von der gesamten großkapitalistischen Presse eine wütende Verleumdungskampagne gegen die IG Metall, die IG Chemie und ihre leitenden Funktionäre geführt. Es stehen also allen an den kämpferischen Positionen festhaltenden Gewerkschaftern noch harte Kämpfe bevor.

Viele der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre haben keineswegs alle antikommunistischen Vorurteile überwunden und lehnen z. B. sachliche Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen in der DDR nach wie vor ab. Erfreu-

licherweise mehren sich jedoch innerhalb der Gewerkschaften die Stimmen, die für eine Anerkennung der Realitäten in Deutschland eintreten und Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den Gewerkschaften befürworten.

Kommunisten und Gewerkschaften

Die Kommunisten in der Bundesrepublik unterstützen alle Bestrebungen, die die Gewerkschaften als starke Kampforganisationen mit einer selbständigen Arbeiterpolitik festigen und ihnen immer größeres Gewicht im gesamten gesellschaftlichen Leben geben wollen. Die KPD hat in ihrer Programmatischen Erklärung des Parteitages 1963 zur Rolle der Gewerkschaften festgestellt: „Für die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse kommt den Gewerkschaften größte Bedeutung zu. Sie sind die umfassende Organisation der Arbeiterklasse mit dem größten Einfluß auf die gesamte Arbeiterschaft ... Gegenwärtig tragen die Gewerkschaften und alle ihre Mitglieder eine besonders große Verantwortung. Die Gewerkschaften sind berufen, gemäß ihrer Bedeutung im Leben der Nation den Einfluß der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Politik und Staat zur Geltung zu bringen.“

Das ist um so notwendiger, als der Rüstungs- und Kriegskurs der Monopole und ihrer Regierung immer größere Gefahren für die demokratischen und sozialen Rechte, ja für die physische Existenz unserer Bevölkerung heraufbeschwört. Der gewerkschaftliche Kampf und die sozialen Bewegungen nehmen unter diesen Bedingungen immer stärker politischen Charakter an. Ihre eigenen Erfahrungen, nicht zuletzt die der letzten Monate aus dem Kampf gegen die Ausnahmegesetze (Notstandsgesetze), helfen einer wachsenden Zahl von Arbeitern erkennen, daß die Verteidigung ihrer sozialen Interessen zugleich den Kampf gegen die Atomrüstung und gegen alle Anschläge auf die Demokratie erfordert.

Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, brachte kürzlich in einem Interview offen zum Ausdruck: „Die Entwicklung der SPD zur Volkspartei ... bringt zwangsläufig mit sich, daß sie nicht mehr ausschließlich Arbeiterinteressen vertreten. Das zwingt die Gewerkschaften, sich um politische Dinge stärker zu kümmern, weil keine politisch-parlamentarische Vertretung mehr da ist, die so eindeutig wie früher die SPD auf der Arbeitnehmerseite steht.“ („Der Spiegel“, Hamburg, 9. Juni 1965.)

In ihrer Programmatischen Erklärung des Parteitages 1963 hatte die KPD darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften infolge der „Gemeinsamkeitspolitik“ der SPD-Führungsgruppe dazu berufen sind, selbständig ihre Auffassungen und Beschlüsse im politischen Leben mit dem Einsatz der ganzen Kraft ihrer Organisation zu verfechten und durchzusetzen. Es ist eine neue und interessante Entwicklung, daß sich z. B. 215 namhafte westdeutsche Professoren an die Gewerkschaften wandten und sie ersuchten, im Kampf gegen die Ausnahmegesetze, für die Verteidigung der Demokratie ihre ganze Kraft und Erfahrung einzusetzen.

Eine solche erweiterte Aufgabenstellung erfordert auch, daß die Gewerkschaften Einfluß nehmen auf die Wahlentscheidungen und die parlamentarische Vertretung ihrer Forderungen sichern. In einer Ordnung, in der die Monopole mit Hilfe des Staates alles bestimmen und im Sinne ihrer Profit- und Kriegsinteressen zu regulieren suchen, müssen die Gewerkschaften Einfluß nehmen auf Politik und Gesetzgebung. Das ist auch der Weg, um weitergehende soziale und ökonomische Forderungen zu verwirklichen und einen erfolgreichen Kampf um demokratische Rechte und gegen den Abbau bereits erkämpfter Rechte zu führen.

Aktuelle Aufgaben der Arbeiterbewegung

Gegenwärtig sind die Abwehr der Ausnahmegesetze und der Kampf für die Verteidigung und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte von besonderer Bedeutung. Echte Mitbestimmung erfordert den Kampf für freie Betätigung der

Gewerkschaften, für politische und soziale Rechte der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen. So können die Arbeiterrechte (Mitbestimmungsrechte) im Betrieb auf alle Fragen der Produktion, des Lohnes, der Arbeitszeit; der Sozial- und Urlaubsangelegenheiten, auf die Festlegungen der Investitionen, Dividenden und Abschreibungen und schließlich auch auf den überbetrieblichen Sektor der Wirtschaft ausgedehnt werden.

Die 4. ZK-Tagung der KPD hat darüber hinaus gefordert, die Mitbestimmungsrechte in den Manteltarifen zu verankern. Durch den Kampf um solche demokratischen und sozialen Reformen wird sich das politische Gewicht der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften erhöhen. So können auch im Verlauf des Kampfes erweiterte gesetzliche Festlegungen für die Mitbestimmung erreicht werden.

Gegenwärtig wird dieser Kampf von der Aufgabe bestimmt, das bestehende Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz voll auszunutzen und alle Arbeiterrechte gegen die Notstandsgesetze zu schützen. Aus diesen Gesetzen gilt es, die Bestimmungen zu beseitigen, die die Vertreter der Belegschaften und der Gewerkschaften auf eine Arbeitsgemeinschaftspolitik und in den Aufsichtsräten auf eine Schweigepflicht festlegen. Wir Kommunisten unterstützen die Forderung einiger Gewerkschaften, daß die Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsräten und allen anderen Organen der Mitbestimmung den Belegschaften und der Gewerkschaft rechenschaftspflichtig sein müssen. So wird es auch möglich sein, daß die Bilanzen, Gewinne und Geschäftspraktiken der Konzerne und Großbanken offen gelegt werden und sich damit für die Werktätigen ein klares Bild vom wahren Verhältnis zwischen Profiten und Löhnen, von der Macht der Konzernherren und dem Missbrauch dieser Macht ergibt.

Echte Mitbestimmung ist unvereinbar mit der sogenannten Sozialpartnerschaft. Sie ist vielmehr ein ständiges Kräftemessen und ein ununterbrochener Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften gegen die Konzerne und das staatsmonopolistische System.

Wie schon dargelegt, haben die Gewerkschaften in ihrem Grundsatzprogramm die Forderung nach der Nationalisierung der entscheidenden Schlüsselindustrien erhoben. Diese Forderung würde sofort praktische Bedeutung im demokratischen Kampf gewinnen, wenn die Gewerkschaften einen konkreten Plan für die Nationalisierung der großen Konzerne der Rüstungs- und Atomindustrie, des Steinkohlenbergbaus, der Energiewirtschaft sowie der Großbanken ausarbeiten und die gesamte Arbeiterschaft für diesen Kampf mobilisieren würden. Das gilt auch für die gewerkschaftlichen Vorschläge zur planvollen Lenkung der Volkswirtschaft.

Es ist sehr bedeutsam, daß sich die führenden Gewerkschaften, die IG Metall und Chernie, mit selbständigen Vorschlägen in die Diskussion über die neuen Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution einschalten. Sie erfordert dringend umfassend soziale und wirtschaftliche Reformen, werden doch gegenwärtig durch Automation und andere Rationalisierungsmaßnahmen jährlich bereits 1,5 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt, die im Zeichen der Konjunktur zur Zeit noch eine neue Beschäftigung finden können.

Bei voller Ausnutzung ihrer politischen und sozialen Macht, ihrer zahlenmäßigen Stärke und Organisiertheit kann die westdeutsche Arbeiterklasse die Angriffe des Monopolkapitals erfolgreich abwehren und ihre soziale und politische Stellung verbessern. Zweifellos würde sich das Gewicht der Arbeiterklasse noch verstärken, wenn die Gewerkschaften bewußter die Errungenschaften der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern für den eigenen Kampf nutzen würden. Andererseits müssen aber die klassenbewußten Gewerkschafter gegen die Illusion kämpfen, als vermöge die Arbeiterklasse die soziale Frage im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu lösen. Darum gewinnen alle Diskussionen über die Lage und die Perspektiven des Kampfes der Arbeiter eine entscheidende Bedeutung. Es besteht außerdem die Gefahr, daß bereits errungene öko-

nomische Erfolge durch ein politisches Zurückbleiben der Arbeiterbewegung gefährdet werden. die Hauptaufgabe der westdeutschen Arbeiterbewegung besteht darin, daß es gelingt, alle ihre Kräfte gegen den Kriegskurs der herrschenden Kreise nach außen und innen zusammenzuschließen und so die Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik zu schaffen. Auch wesentliche materielle Verbesserungen und Reformen lassen sich nur mit der gesamten politischen Kraft der Arbeiterklasse, der Aktionseinheit aller ihrer Formationen erkämpfen. Die Schaffung dieser Aktionseinheit ist zweifellos das Hauptproblem, um das Gewicht der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft stärker zur Geltung zu bringen.

Die Arbeiterklasse muß die starken Positionen und die Kraft der Gewerkschaften besser nutzen, um ihr politisches Gewicht stärker zur Geltung zu bringen. Da die Hauptmasse der politisch organisierten Arbeiter in der SPD ist, geht es darum, die Lage in der SPD zu ändern, so daß der Wille der Mitglieder für eine sozialdemokratische Alternativpolitik stärker zur Geltung kommt. Auch dabei kann der Einfluß der Gewerkschaften sehr bedeutsam sein, da in ihren Aktionen und in ihrer Programmatik grundlegende Gedanken zu einer demokratischen Alternativpolitik zum Ausdruck kommen.

Wir Kommunisten sind bestrebt, den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse im Kampf für ihre antimilitaristischen, demokratischen und sozialen Forderungen maximal zu fördern. Im Prozeß dieses gemeinsamen Kampfes wird die Kraft der Arbeiterbewegung weiter wachsen, wird sie ihren politischen Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben stärken. Der gemeinsame Kampf ist auch der Weg zur Klärung bestehender ideologischer Differenzen, er wird zweifellos auch die Barrieren des Antikommunismus im Denken vieler Sozialdemokraten abbauen und die Überwindung von Illusionen erleichtern. Von jedem Kommunisten fordert die KPD, daß er sich als selbstloser Vorkämpfer der Arbeiterinteressen, als guter Gewerkschafter erweist, der sich mit ganzer Kraft dafür einsetzt, die sozialen und demokratischen Forderungen der Werktätigen zu verwirklichen und die Organisationen der Arbeiterklasse als selbständige Kraft zu stärken.